

JUNGE LIBERALE NRW

Antragsbuch

106. Landeskongress

Lünen · 17. und 18. Oktober 2026



Anträge

Inhaltsverzeichnis

Reihenfolge: Leitantrag vorab, danach die Anträge nach dem Ergebnis des Alex-Müller-Verfahrens (Platz 1–20).

Platz	Bezeichner	Titel · Antragsteller*in	Seite
–	L-01	NRWiederaufstieg! – Perspektiven, auf die man bauen kann Landesvorstand	3
1	13	Kommunale Finanzen – Echte Selbstverwaltung statt Geisel der Landespolitik BV Westfalen-West, BV Ostwestfalen-Lippe, BV Münsterland, BV Westfalen-Süd, BV Köln-Bonn, BV Ruhrgebiet	25
2	18	Weniger Staat, mehr Zuhause – Wohnen endlich wieder bezahlbar machen. BV Köln-Bonn, BV Ruhrgebiet	27
3	17	Bargeld ist Freiheit. Bargeld schützen, Wahlfreiheit sichern Torben Hundsörfer, Jonathan Dammermann	29
4	08	Frequenzwechsel: ÖRR privatisieren BV Düsseldorf, BV Münsterland	31
5	14	Luisa ist überall! – Für einen konsequenten Schutz von Frauen vor Gewalt BV Westfalen-West, BV Ostwestfalen-Lippe, BV Münsterland, BV Westfalen-Süd, BV Niederrhein, BV Ruhrgebiet	33
6	02	Eine neue Gründerzeit für Nordrhein-Westfalen KV Erft	36
7	05	Vertragsfreiheit statt Einheitskasse - Die GKV marktwirtschaftlich reformieren BV Ostwestfalen-Lippe	38
8	09	Aufgabenkritik statt Autopilot: NRW-Finanzen neu ordnen BV Düsseldorf	40
9	10	Keine versteckten Smart Glasses und Action Cams in Bädern, Kitas und Schulen BV Düsseldorf	42
10	20	Elternunabhängige Chancengerechtigkeit ermöglichen - Steuerfinanzierte Prüfungsmaterialien veröffentlichen BV Ostwestfalen-Lippe	43
11	07	Zeitenwende auch im Zivilschutz BV Ruhrgebiet, BV Köln-Bonn, BV Münsterland, BV Westfalen-West	44
12	03	Feministische Rechts- und Kriminalpolitik KV Bochum, BV Westfalen West, BV Münsterland, BV Ostwestfalen-Lippe	47
13	19	Energie! Speichern unter...? – Das Potential von Energiespeichern entfesseln BV Köln-Bonn	50
14	06	Qualität vor Quantität: Fehlsteuerungen der Internationalisierung an NRW-Hochschulen korrigieren BV Ruhrgebiet	52
15	12	Der Mangel ist hausgemacht – Hausärztliche Primärversorgung entfesseln und digitalisieren BV Westfalen-West, BV Westfalen-Süd	54
16	01	Freie Fahrradfahrt für freie Bürger KV Erft	61
17	04	Für einen liberalen und rechtsstaatlichen Umgang mit dem Strafrecht BV Westfalen-Süd	62
18	11	Sichere Altersvorsorge statt Risikogeschäfte – Berufsständische Versorgungswerke transparent und zukunftssicher machen. Einführung einer NRW-Anlageverordnung BV Düsseldorf	64
19	16	Zurück zur Landes- und Bündnisverteidigung – Zeitenwende ernstnehmen Lennart Poll, Torben Hundsörfer, Frederik Bottermann, Janik Büsching, Paul Wetzler, Fabian Behrens, Tom Hinz, Paolo Aguilar Sanchez, Lasse Hundsörfer	66
20	15	Vom Zwangsbörsen zum Gewinnlos – Steuerehrlichkeit durch Anreiz statt Pflicht BV Westfalen-West, BV Ostwestfalen-Lippe, BV Westfalen-Süd	70

Antrag L-01: NRWiederaufstieg! – Perspektiven, auf die man bauen kann

Laufende Nummer: 22

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	Landtagswahlprogramm

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Unsere Vision für NRW ist Europas Top 5 und Deutschlands Nummer 1 im Jahr 2040. Ein
- 2 starkes Nordrhein-Westfalen wird nur wegen dir und deiner Perspektiven stark – auf
- 3 diese Perspektiven wollen wir bauen.
- 4 Wir Junge Liberale wollen Nordrhein-Westfalen bis 2040 in Europas Top 5 führen: zu
- 5 den stärksten und lebenswertesten Regionen Europas, zu Deutschlands attraktivstem
- 6 Bundesland. Ein Land, in dem du dein Morgen siehst, weil du hier etwas aus deinem
- 7 Leben machen kannst.
- 8 Es ist 2040. Ein selbstfahrendes Taxi bringt dich nach dem Konzert direkt nach Hause,
- 9 zwischen unseren Städten schwebst du mit 150 km/h zur Berufsschule – ohne Fahrer, mit
- 10 smartem Ticket. Deine Lehrerin kennt mehr als deinen Namen und die letzte Note:
- 11 Kleine Klassen und starke Pädagogen fordern und fördern dich, egal ob Sport, Mathe
- 12 oder Geschichte. Willst du unterrichten, verdienst du schon im Studium Geld.
- 13 Ausbildung und Studium sind gleich viel wert, der Wechsel zwischen beiden geht
- 14 jederzeit. Deine ersten eigenen Quadratmeter mietest du schon, die ersten zu kaufen
- 15 ist realistisch, umgezogen bist du mit ein paar Klicks. Du willst mal richtig das
- 16 Leben genießen? Dann bist du in leidenschaftlichen Fankurven und sicheren Clubs
- 17 zuhause.
- 18 NRW ist schon das wirtschaftlich größte Bundesland – diese Größe soll bei dir
- 19 ankommen, mit Erlebnissen für jede von 18 Millionen Perspektiven.
- 20 Deshalb beginnt unser Plan jetzt: mit Unterstützung in den Klassen, verlässlicher
- 21 Infrastruktur und einem Staat, der Entscheidungen möglich macht, statt sie zu
- 22 verwalten. Unser Staat ist eine ausgestreckte Hand: erreichbar, wenn du sie brauchst,
- 23 und bereit, dich deinen eigenen Weg gehen zu lassen. Dieser Weg beginnt mit Bildung.
- 24 **Zukunft zuerst. Wir bauen Deutschlands bestes Bildungssystem**
- 25 *Unsere Vision: Bis 2040 klettert NRW im Bildungsmonitor, dem jährlichen Vergleich*
- 26 *aller Bundesländer, von Platz 14 auf Platz 1. Wir bauen dabei auf dich: Wir stärken*
- 27 *deine Stärken und schwächen deine Schwächen. Mit sieben liest du flüssig. Wenn nicht,*
- 28 *liest du jeden Tag zwanzig Minuten in einer kleinen Gruppe, bis es klappt. Fällt eine*
- 29 *Stunde aus, springt die Studentin ein, die an deiner Schule dual studiert und dich*
- 30 *kennt. Ab der achten Klasse wählst du ein Profil: Handwerk, Finanzen oder Informatik.*
- 31 *Drückt dich etwas, hat jemand in der Schule Zeit für dich. Deine Grundschullehrerin*
- 32 *stand vom ersten Semester an in Klassenräumen, wer dir Physik beibringt, hat Physik*
- 33 *gemacht, und wer gut unterrichtet, wird besser bezahlt. Gehst du nach der Ausbildung*
- 34 *ins Studium oder andersherum, zählt jedes Fach, das du schon kannst. Und deine Eltern*
- 35 *buchen die Kita nach ihrer Schicht, nicht nach der Uhr der Kita.*

Damit du diese Perspektive bekommst, muss sich schon morgen Folgendes ändern:

Weltklasse statt Rotstift

Hochschulfinanzierung auf drei Säulen:

1. Mehr Freiheit in der Grundfinanzierung: Wir wollen Finanzierungstöpfe bündeln und die Grundfinanzierung stärken. Hochschulen sollen selbst entscheiden können, wo ihr Geld den größten Unterschied macht, wobei wir die leistungsbezogenen Mittel nicht abschaffen, sondern mehr nach Qualität verteilen wollen.

2. Generationenpakt für moderne Hochschulen, nachgelagerte Studiengebühren: Erst nach dem Studium und ab dem Erreichen des deutschen Medianeinkommens sollen Absolventen einkommensabhängig zurückzahlen. Dabei wollen wir 1.000 Euro pro Semester und 50 Euro je erworbenem ECTS-Punkt ansetzen – bei einem dreijährigen Bachelor rund 15.000 Euro. Vollständig angelaufen kann das den Hochschulen zusätzliche Einnahmen in Milliardenhöhe ermöglichen, ohne amerikanische Verschuldungsverhältnisse zu schaffen. Zwei Drittel der Beiträge sollen direkt an die jeweilige Hochschule fließen, ein Drittel in einen Exzellenzfonds NRW.

3. Gebühren für internationale Studierende: Studierende aus Nicht-EU-Staaten sollen zusätzliche zweckgebundene Gebühren zahlen, die direkt in Lehre, Betreuung und beispielsweise in verpflichtende Deutschkurse fließen, damit die Studenten nicht nur unsere Hochschulen nutzen, sondern anschließend auf dem nordrhein-westfälischen Arbeitsmarkt ankommen. Wer nach seinem universitären Abschluss fünf Jahre auf dem deutschen Arbeitsmarkt tätig war, erhält die gezahlten Gebühren in Form einer Steuerrückerstattung zurück.

Nordrhein-westfälisches Harvard: NRW soll mit den Mitteln aus dem Exzellenzfonds seine bestehenden Exzellenzuniversitäten weiterentwickeln und langfristig mindestens eine international wettbewerbsfähige Eliteuniversität etablieren, die in Forschung und Lehre weltweite Strahlkraft besitzt. Sie soll herausragende Studierende und Forschende aus Europa und der Welt anziehen, sie hier ausbilden und für den deutschen Wirtschaftsstandort gewinnen. Aus erfolgreichen Ausgründungen sollen häufiger große Wachstumsunternehmen entstehen, die neue Technologien, Arbeitsplätze und ganze Ökosysteme rund um die Hochschulen schaffen – besonders in Verbindung mit dem produzierenden Gewerbe Nordrhein-Westfalens. So soll das Humankapital wachsen, von dem der deutsche Wirtschaftsstandort abhängt, und aus der Abwanderung von Talenten und Ideen häufiger ein Brain-Gain für NRW werden.

Mitnehmen, was du schon gelernt hast. Was du in der Ausbildung gelernt hast, zählt im Studium. Was du im Studium geschafft hast, zählt in der Ausbildung. Heute rechnet dir die Hochschule höchstens die Hälfte an, und nur, wenn sie will. Wir drehen das um: Anrechnung ist der Normalfall. Lehnt eine Hochschule ab, muss sie es begründen. Brichst du das Studium ab, verkürzt sich deine Ausbildung um das, was du schon kannst. Ein modulares System über alle Ausbildungen macht dir den Wechsel leichter und bringt dich schneller in den Beruf, der dich erfüllt.

Verfasste Studierendenschaft – Keine Mitgliedspflicht: Wer sich nicht vertreten fühlt, muss trotzdem zahlen. Die verfassten Studierendenschaften leiden vielerorts unter geringer Wahlbeteiligung, hohen Mitgliedsbeiträgen und politisch motivierten Ausgaben. Im Sinne der individuellen Freiheit geben wir Studierenden deshalb die Wahl, ob sie Teil der verfassten Studierendenschaft sein wollen. Finanziert wird sie

81 künftig nur noch durch freiwillige Mitgliedschaft statt durch verpflichtende
82 Gebühren.

83 **Bildungsmonitor Platz 1: Eine Schule, die um dich kämpft**

84 **Heute im Studium, morgen vor der Klasse:** In NRW sind rund 7.800 Lehrerstellen
85 unbesetzt. Auf neue Absolventen zu warten, dauert Jahre. Deshalb wird das
86 Lehramtsstudium dual: Nach der Grundstudiumsprüfung arbeitest du in Teilzeit an einer
87 Schule, bezahlt. Du bereitest vor, korrigierst, springst ein, wenn eine Stunde
88 ausfällt, und unterrichtest Schritt für Schritt selbst. Das erste Examen wird durch
89 die Grundstudiumsprüfung und mehrere Prüfungen während des Studiums bis ins dritte
90 Studienjahr schrittweise abgelegt. Das Referendariat entfällt, die zweite
91 Staatsprüfung steht am Ende des Studiums. Wer schon studiert, wechselt sofort ins
92 duale System. So stehen Zehntausende angehende Lehrer in den Schulen, bevor sie
93 fertig sind. Und keine Stunde fällt aus. Der Lehrermangel wird durch immer
94 selbstständigeren Unterricht und bessere Arbeitsbedingungen schnell beendet und
95 engere Betreuung wird endlich möglich.

96 **Die Besten vor die Klasse:** Du gehörst in Studium oder Beruf zu den Besten deines
97 Faches und möchtest deine Leidenschaft in der Schule verbreiten. In Zukunft soll es
98 eine Probestunde geben, um mit dem Quereinstieg zu starten, und ein
99 Ergänzungsstudium, das du während der Praxis durchläufst. An jeder Uni in NRW, die
100 Lehrer ausbildet, soll es dieses Studium geben und du sollst es in Teilzeit
101 absolvieren können. Die Berufserfahrung spürst du bei diesem System von Anfang an
102 beim Gehalt. So unterrichtet in Physik jemand, der Physik angewendet hat, und in der
103 Wirtschaft jemand, der einen Betrieb geführt hat.

104 **Sieben Semester bis zur ersten Klasse:** In Bayern bist du nach sieben Semestern
105 Grundschullehrer. In NRW brauchst du zehn Semester, so lange wie fürs Gymnasium, plus
106 Referendariat. Dabei braucht die Grundschule anderes als das Gymnasium: Lesen lehren,
107 Rechnen lehren, eine Klasse voller Sechsjähriger führen, von denen einige noch Wörter
108 suchen. Deshalb führen wir den Bachelorstudiengang Grundschullehramt ein: sieben
109 Semester, Praxis vom ersten Semester an, mit Staatsprüfung am Ende. Was du für die
110 erste Klasse brauchst, lernst du im ersten Semester, nicht im zehnten.

111 **Lehrkraft entfesseln:** Die beste Lehrerin deiner Schule verdient heute genauso viel
112 wie der Kollege mit denselben Dienstjahren, der seit Jahren dieselben Blätter
113 kopiert. Deshalb verbeamten wir ab sofort keine neuen Lehrer mehr. Wer gut
114 unterrichtet, merkt das auf dem Konto. Wer Beamter ist, soll das bleiben. Neue Lehrer
115 werden angestellt wie in jedem anderen Beruf und bezahlt für das, was sie leisten,
116 nicht nur für die Stunden vor der Tafel: für guten Unterricht, für Korrekturen und
117 Klassenleitung, für Zeit für jeden einzelnen Schüler und für die Klasse, die sonst
118 keiner nehmen will. Damit der Beruf dabei gewinnt, entscheidest du mit, wann und wo
119 du arbeitest, deine Schule entscheidet, wen sie einstellt, und unterm Strich
120 verdienst du nicht weniger als heute als Beamter. So läuft die Verbeamtung aus, ohne
121 dass jemand verliert, und die Pensionslast von übermorgen wächst nicht weiter. Wir
122 wollen, dass langfristig bundesweit keine Lehrer mehr verbeamtet werden.

123 **Vertrauen gegen Vorgaben: Ziele erreichen!** Nordrhein-Westfalen braucht bei seit zehn
124 Jahren stagnierender Bildungspolitik offensichtlich mehr Innovation. Deshalb sollen
125 sogenannte Vertragsschulen erprobt werden, indem erste öffentliche Schulen und
126 private Ersatzschulen in ein neues System überführt werden. In diesem System sollen

Vertragsschulen freier, nicht gewinnorientierter Träger befristete Leistungsverträge mit Kommune oder Land erhalten. In diesen sollen Bildungsziele, Transparenzpflichten und Qualitätsindikatoren definiert werden. Bis 2032 soll der Erfolg dieser Vertragsschulen evidenzbasiert evaluiert werden. Wer in der Evaluation gut abschneidet, bekommt seinen Vertrag verlängert und mehr Freiheit bei Personal, Lehrplan und Methoden, wer schlecht abschneidet, verliert den Vertrag an einen anderen Träger. So schaffen wir schnell Wettbewerb zwischen Schulen, für mehr Innovation.

Wettbewerb wirkt: Schulen, die um jeden Schüler kämpfen müssen, werden besser, Schulen mit sicherem Budget unabhängig von ihrer Leistung nicht. Deshalb sollen Bildungsgutscheine langfristig an die Stelle von blinder Schulfinanzierung treten. Eltern sollen einen Gutschein für ihr Kind erhalten, der die Kosten der Ausbildung des Kindes trägt. Mit diesem können sich Eltern frei entscheiden, an welche Schule das Kind geschickt werden soll. Schulen finanzieren sich so nicht frei von der Attraktivität für Schüler, sondern stehen zueinander im Wettbewerb, mit dem Druck, sich selbst zu verbessern und mit der Zeit zu gehen. Die Schulen sollen dabei feste Ziele erreichen müssen, die in einem klar festgelegten Qualitätsrahmen geprüft werden sollen.

Berufsschule, die zu deinem Beruf passt: Was du an der Berufsschule lernst, muss zu deiner Ausbildung passen. Deshalb gewichtet jede Berufsschule ihre Lehrpläne selbst: Wie viel Zeit Fächer bekommen, die mit deinem Beruf wenig zu tun haben, entscheidet deine Schule. Den Unterricht baut sie in Modulen auf, und was du im Betrieb schon kannst, musst du nicht noch einmal absitzen. Die gewonnene Zeit gehört der Praxis, verkürzt deine Ausbildung oder vermittelt dir Fähigkeiten, die dir schon in der Ausbildung die Tür zur Selbstständigkeit öffnen.

Erlebnisse statt Erlaubnisse – Unterricht, der begeistert! Erleben schafft Lernen. Wenn Schüler nicht nur am Whiteboard und im Buch etwas beschrieben bekommen, sondern im Unterricht echte Experimente erleben, mit VR-Brillen in andere Welten eintauchen, von Experten Berichte der Wirklichkeit bekommen und durch Simulationen und Rollenspiele selbst handeln, dann wird nicht nur Wissen vermittelt. Damit wecken wir Begeisterung. Und diese enge Verknüpfung mit den Lehrmethoden der Lehrer sorgt dafür, dass wir erst Neugierde entfachen und diese dann mit wichtigem Fachwissen füllen. Hierfür wollen wir die Möglichkeiten zur Kooperation mit außerschulischen Bildungseinrichtungen, Unternehmen und Museen ausbauen, standardisierte Aufgaben des Landes verbessern und Fortbildungen ausbauen.

Eine Klasse, die zu dir passt: Wir befürworten, dass das deutsche Schulsystem allgemeinbildend wirkt. Gleichzeitig teilen wir das Gefühl vieler Menschen, dass die Schule zu wenig Fähigkeiten vermittelt, die unsere Schüler umfassend zu einer selbstbestimmten Lebensführung befähigen. Viel zu oft müssen sich Schulabsolventen fragen, was ihnen eine Gedichtanalyse für die Steuererklärung bringt, oder der Unterricht für den Umgang mit ihren Finanzen. Wir schaffen ein Angebot, das diese Frustration einfängt und beides unter einen Hut bekommt: Durch Praxisprofile möchten wir unseren Jugendlichen die Möglichkeit geben, lebensnützliche Skills zu erlernen. Dadurch entsteht entweder Motivation für einen Beruf nach dem Abschluss, oder Schüler erwerben Fähigkeiten, die für immer bleiben. Beispielsweise ab Stufe 8 soll es die Wahl zwischen den Profilen Handwerk, Finanzbildung und Informatik geben. Wir möchten

173 auf eine schnelle und flächendeckende Ermöglichung dieser Wahlmöglichkeiten
174 hinwirken. Dazu unterstützt das Land finanziell, organisatorisch und konzeptionell.
175 In Ballungsräumen sollen in diesem Zusammenhang Kooperationen zwischen Schulen
176 möglich sein. Zudem können Kooperationen mit Unternehmen starken Gründergeist
177 fördern.

178 **Lesen können, bevor es weitergeht:** Wer in Klasse 4 nicht flüssig liest, verliert auch
179 in Klasse 5 den Anschluss in anderen Fächern. Deshalb wird in Klasse 2 und 3 geprüft,
180 ob du flüssig liest. Wenn nicht, liest du jeden Tag zwanzig Minuten in einer kleinen
181 Gruppe, bis es klappt. Hamburg lässt seit 2024 an zwei Dritteln seiner Grundschulen
182 jeden Tag lesen. Wir an allen.

183 **Hilfe, bevor aus Sorgen Krisen werden: Ein Schulpsychologe für dich.** Wer mit Angst,
184 Mobbing oder Überforderung im Klassenzimmer sitzt, braucht mehr als den Rat, sich
185 zusammenzureißen. Doch in NRW kamen 2024 auf eine schulpsychologische Vollzeitstelle
186 rund 5.500 Schüler. Wir wollen die Versorgung schrittweise auf eine Vollzeitstelle
187 pro 1.000 Schüler ausbauen und vertrauliche Beratung im Schulalltag leichter
188 zugänglich machen. Dabei sollen Schulen in sozial schwierigen Lagen vorrangig
189 Unterstützung erhalten. Freiwillige, wissenschaftlich geprüfte Fragebögen sollen
190 helfen, Belastungen frühzeitig zu erkennen und bei Bedarf ein persönliches
191 Beratungsangebot anzuschließen. Damit Schule ein Ort wird, an dem Kinder mit ihren
192 Sorgen gehört werden und wieder Kraft zum Lernen finden.

193 **Ethik für alle, Religion nach Wahl:** An jeder öffentlichen Schule in NRW führen wir
194 einen überkonfessionellen Ethik- und Philosophieunterricht ein, verpflichtend für
195 alle. Hier lernst du, was gerecht ist, woran andere glauben und wie man streitet,
196 ohne zu verletzen. Der konfessionelle Religionsunterricht bleibt für alle, die ihn
197 wollen. Die Landesregierung hat Philosophie in der Grundschule zweimal verschoben.
198 Wir führen sie für alle ein.

199 **Handysucht ernst nehmen:** So wichtig digitale Kompetenzen an modernen Schulen sind, so
200 erschreckend sind die steigenden Handysucht-Zahlen junger Menschen. Wie sie die
201 Handynutzung regeln, überlassen wir deshalb den Schulen vor Ort – auch Handyverbote
202 sollen möglich bleiben, solange ihre Wirkung noch nicht abschließend erforscht ist.
203 Ein generelles und landesweites Handyverbot lehnen wir ab.

204 **Wörter statt Warten: Die erste Schule heißt Kita**

205 **Sprache als Schlüssel zur Gesellschaft:** Sprache ist eine tragende Säule der
206 gesellschaftlichen Teilhabe. Deshalb muss gute Sprachbildung bereits in der KiTa
207 beginnen, auch um Ungleichheiten der Herkunft im Sinne der Chancengerechtigkeit
208 auszugleichen. Deshalb müssen Sprachbildung, Sprachstandserhebungen und pädagogische
209 Sprachförderung fester Bestandteil des KiTa-Alltags werden.

210 **24/7-KiTa: Betreuung nach echtem Bedarf:** Kitas sollen nicht durch Pflichtauflagen
211 besucht werden müssen, sondern weil sie zur Lebensrealität der Familien passen.
212 Deswegen sollen KiTas ihre Öffnungszeiten individuell anhand des Bedarfs der Eltern
213 festlegen können, um eine wirkliche Entlastung für diese schaffen zu können. KiTas
214 sollen eine maximale wöchentliche Betreuungszeit pro Kind festlegen, welche auch zu
215 Zeiten außerhalb der Kernarbeitszeiten genutzt werden kann. Betreuung in der Nacht
216 buchen Eltern im Voraus.

217 **Mehr Wege in den Erzieherberuf:** In den Kitas fehlen Fachkräfte für verlässliche

218 Betreuung. Wer umsteigen will, kann heute über die praxisintegrierte Ausbildung oder
219 den qualifizierten Quereinstieg kommen, das dauert aber zwei bis drei Jahre. Deshalb
220 kommt ein berufsbegleitender Weg dazu, damit niemand für die Kita kündigen muss: Was
221 du aus Kita oder Beruf schon kannst, wird angerechnet, im Unterricht bis zur Hälfte
222 der Unterrichtsinhalte, und dein Weg zum Abschluss wird deutlich kürzer. Weiterbilden
223 kannst du dich auch in der arbeitsfreien Zeit, und wer das tut, steigt schneller in
224 die nächste Erfahrungsstufe auf.

225 **Stillstand ist keine Verkehrsart. Wir bauen Deutschlands pünktlichstes Bundesland**

226 *Unsere Vision: Bis 2040 kommen neun von zehn Zügen in NRW pünktlich. Ob Auto, Bahn,*
227 *Rad oder Bus, du entscheidest nach Lust, nicht nach dem, was gerade funktioniert.*
228 *Beim Einstieg hältst du deine Bankkarte hin, am Monatsende zahlst du automatisch den*
229 *günstigsten Preis, und hat dein Zug Verspätung, ist das Geld zurück, bevor du*
230 *aussteigst. Die Rheinbrücke auf deinem Weg wurde ersetzt, bevor sie gesperrt werden*
231 *musste. Von Bonn nach Köln radelst du auf dem Radschnellweg ohne Ampel und ohne Auto.*
232 *Der Blitzer steht vor der Grundschule, nicht an der Ausfallstraße. Nachts ist die*
233 *Haltestelle hell und du kannst per Knopfdruck schnelle Hilfe holen.*

234 Damit NRW 2040 so fahren kann, müssen ab morgen folgende Weichen gestellt werden:

235 **Schweben, was das Zeug hält!**

236 **Trassenkampf statt Klassenkampf:** In fünf Minuten, fast lautlos ohne Fahrer durch die
237 Stadt rasen. Klingt zu gut, um wahr zu sein, ist aber so. Wir wollen einen offenen
238 Wettbewerb, nicht nur auf der Schiene, sondern in der Infrastruktur. Wir wollen, dass
239 Magnetschwebbahnen in einen Wettbewerb mit der Schiene treten und das bis 2032. Bei
240 geschätzten Bauzeiten von zwei Jahren durch Baukastensysteme und angesichts von
241 Teststrecken, die in teils weniger als dieser Zeit gebaut wurden, könnte die
242 Magnetschwebbahn ein Herausforderer für die Schiene sein. Wenn die Magnetschwebbahn
243 bis 2032 ihre Zuverlässigkeit unter Beweis stellt, soll sich die bereits
244 wettbewerbsfähige Technologie für kurze und mittlere Distanzen flächendeckend
245 etablieren.

246 **Ein Land, das hält: Geld, Brücken und Planung**

247 **Ein Land, ein Ticket, ein Budget:** Du wohnst in Hamm, arbeitest in Dortmund und
248 triffst am Wochenende Freunde in Münster. Dafür brauchst du mehrere Tarife und Apps.
249 Und die Straße vor deiner Tür wartet seit Jahren auf ihre Sanierung, weil im
250 Landeshaushalt das Geld fehlt. Wir legen alle Verkehrsverbünde zu einer Gesellschaft
251 zusammen, ÖPNV.NRW, und machen eezy.nrw zum Ticket für alles: Du hältst Bankkarte
252 oder Handy an das Gate, und am Monatsende zahlst du automatisch den günstigsten
253 Tarif. Papier- und Fernverkehrstickets gelten an denselben Gates. Und weil nur
254 hineinkommt, wer fährt, werden die Bahnhöfe sauberer und sicherer. Mit der Bahn und
255 den Niederlanden sorgen wir dafür, dass das bis Maastricht funktioniert. ÖPNV.NRW und
256 Straßem.NRW bekommen ein eigenes Budget, dürfen in Grenzen Kredite aufnehmen und Geld
257 von privaten Anlegern einsammeln. Was sie zusätzlich verdienen, etwa mit Solaranlagen
258 an Lärmschutzwänden, behalten sie. Dann hängt deine Straße nicht mehr am Haushalt
259 eines einzelnen Jahres.

260 **Die Rheinquerungen:** Zwischen Bonn und Emmerich queren zu wenige Brücken den Rhein.
261 Fällt eine aus, stehst du mit der halben Region im Stau. Deshalb erstellt das Land
262 mit Bund, Autobahn GmbH und Städten einen Rheinquerungsplan, in dem Reihenfolge,

263 Termine und Ersatzverkehr veröffentlicht werden, bevor gesperrt wird. NRW drängt beim
264 Bund auf die Rheinspange 553 zwischen Köln und Bonn und berechnet binnen eines
265 Jahres, wo eine weitere Querung die meisten Staus spart. Bauen muss der Bund. Geplant
266 wird in Monaten: mit einer digitalen Bauakte für ganz NRW und Ausschreibungen, die
267 das Ziel festlegen, nicht jede Schraube. Wird eine alte Brücke durch eine
268 gleichartige neue ersetzt, entfällt die erneute Umweltprüfung. Ausschreibungen legen
269 fest, was am Ende funktionieren muss.

270 **Pünktlich, einfach, sicher: Bus und Bahn, die für dich fahren**

271 **Züge, die pünktlich sind:** Oft scheitert die Bahn an Kleinigkeiten: einer fehlenden
272 Weiche, einem veralteten Signal, einem zu kurzen Bahnsteig. Dazu kommen Fahrpläne,
273 die auf dem Papier funktionieren, aber nicht bei nassem Laub. Das Netz gehört dem
274 Bund. Deshalb setzt sich das Land beim Bund und bei der DB InfraGO dafür ein, zuerst
275 diese Engpässe zu beseitigen, Fahrpläne realistisch zu planen und eingleisige
276 Strecken zweigleisig auszubauen.

277 **Geld zurück, bevor du aussteigst:** Dein Zug hat eine Stunde Verspätung. Für die
278 Entschädigung füllst du Formulare aus, lädst Belege hoch und wartest wochenlang.
279 Deshalb bekommst du dein Geld künftig automatisch zurück. Wer mit eazy.nrw eincheckt,
280 hat die Erstattung direkt auf dem Konto.

281 **Ein gutes Gefühl gehört zum Ticket:** Du steigst um Mitternacht an einer S-Bahn-Station
282 in Duisburg aus. Der Bahnsteig ist hell, und falls doch etwas passiert, drückst du
283 einen Knopf in deiner App und Hilfe ist unterwegs. Dafür sorgen wir mit guter
284 Beleuchtung an allen Stationen und Haltestellen, gezielter Videobeobachtung an
285 Kriminalitätsschwerpunkten und Apps wie SafeNow.

286 **Freie Fahrt für alle Verkehrsteilnehmer**

287 **Radeln wie in Utrecht:** In NRW hört der Radweg oft einfach auf. Stell dir vor, du
288 fährst mit dem E-Bike auf einer alten Bahntrasse von Münster nach Bielefeld, ohne
289 Ampeln und ohne Autos. Deshalb bauen wir Radschnellwege nach niederländischem
290 Vorbild, wo viele Menschen sie brauchen, vor allem entlang von Bundes- und
291 Landesstraßen. Alte Bahnstrecken werden zu Radschnellwegen, wenn eine Reaktivierung
292 für den Zugverkehr ausgeschlossen ist. Bau und Betrieb übernimmt Straßen.NRW, damit
293 sich auch private Investoren beteiligen können.

294 **Ampeln, die mitdenken:** Der Stau in unseren Städten steht an Ampeln, die ein Programm
295 von vorgestern schalten. Deshalb bekommen alle Ampelknoten Sensoren und künstliche
296 Intelligenz. Diese soll für einen flüssigeren Verkehr sorgen, indem sie nach Bedarf
297 schaltet und auch grüne Wellen produziert, anstatt wie eine Festzeitsteuerung allen
298 Zeit zu kosten.

299 **Blitzer für Sicherheit, nicht für die Stadtkasse:** Der Blitzer steht an der breiten
300 Ausfallstraße, wo kaum etwas passiert. Vor der Grundschule steht keiner. Deshalb
301 stehen Blitzer bei uns dort, wo Menschen verunglückt sind, und vor Schulen und Kitas.
302 Die Einnahmen plant keine Kommune mehr im Haushalt ein, sie fließen in die
303 Verkehrssicherheit.

304 **Ab in den Süden bleibt bezahlbar:** Fliegen wird von Jahr zu Jahr teurer – vor allem
305 durch staatliche Standortkosten von bis zu 4.700 Euro pro Mittelstreckenflug. Dabei
306 ist der Luftverkehr für NRW ein wichtiger Wirtschaftsfaktor: Allein am Flughafen
307 Düsseldorf hängen 56.000 Arbeitsplätze. Deshalb setzen wir uns für die ersatzlose

Abschaffung der Luftverkehrsteuer ein. Allen sechs großen NRW-Flughäfen – Düsseldorf, Köln/Bonn, Dortmund, Niederrhein, Münster/Osnabrück und Paderborn/Lippstadt – muss die Landesregierung rechtssicher Landesbedeutsamkeit einräumen und kleinere Flughäfen besser ans ÖPNV-Netz anbinden. Die Erhöhung der Luftsicherheitsgebühr wollen wir zurücknehmen. Und weil Flugzeuge messbar leiser werden, lassen sich bestehende Nachtflugverbote im Einzelfall kritisch überprüfen.

Mut zum Experiment: NRW als Testland

Ausprobieren statt ausbremsen: Neue Ideen für den Verkehr scheitern oft schon an der ersten Vorschrift. Deshalb können Städte und Gemeinden für eine begrenzte Zeit zu Reallaboren werden. Dort fallen viele Regeln weg, und Busse ohne Fahrer werden getestet, statt jahrelang geprüft. Ein öffentliches Dashboard zeigt Störungen, Sperrungen und wie weit wichtige Baustellen sind.

Eine neue Großstadt, die du baust.

Unsere Vision: 2040 wohnt jeder zweite Haushalt in NRW in den eigenen vier Wänden, heute sind es vier von zehn. Uns fehlen so viele Wohnungen, wie Dortmund hat. Die Wohnungen dafür baut nicht der Staat, sondern du, dein Nachbar und die Firma, die schneller ist als das Amt. Du ziehst mit 22 ins Studentendorf auf Landesgrund. Mit 30 kaufst du deine erste Wohnung, ohne Grunderwerbsteuer. Einen Stellplatz baust du nur, wenn du ein Auto hast, und eine Solaranlage, wenn du sie willst. Deine Eltern stocken mit einer Anzeige auf statt einem Antrag, und das Haus, das in Münster schon geprüft wurde, darf in Minden ohne neue Prüfung stehen. Aus dem leeren Büro gegenüber wurden vier Wohnungen.

Damit ab morgen so gebaut werden kann, muss sich Folgendes ändern:

Bauen dürfen

Bauordnung E: Nur Sicherheit bleibt Pflicht: Ein Haus in NRW braucht heute einen Stellplatz, einen Spielplatz, eine Solaranlage, einen Aufzug ab dem vierten Geschoss, 2,40 Meter Raumhöhe, Abstellflächen für Kinderwagen und einen Architekten für den Antrag. In den Niederlanden braucht es das alles nicht, und dort wird gebaut. Deshalb bleibt in der Bauordnung nur, was Leben schützt: Standsicherheit, Brandschutz, zwei Rettungswege. Alles andere vereinbaren Bauherr und Käufer selbst und wer es weglässt, haftet, nicht das Amt. Den Antrag darf jeder einreichen; Statik und Brandschutz bestätigt ein Prüfsachverständiger.

Kein Stellplatz, den keiner will: Wer in NRW ein Haus mit mehr als zwei Wohnungen baut, muss in der Regel je Wohnung einen Autostellplatz und anderthalb Fahrradplätze schaffen. Das schreibt die Stellplatzverordnung des Landes vor, wo die Stadt keine eigene Stellplatzsatzung hat. Und auch die Satzungen der Städte dürfen Pflichtplätze verlangen. Ein Tiefgaragenplatz kostet mehr als ein Kleinwagen und verteuert den Neubau um rund zehn Prozent. Berlin hat die Pflicht 1997 abgeschafft, Hamburg 2013, und London erlaubt seit 2004 nur noch Höchstzahlen. Dort entstehen so viele Plätze, wie Käufer wollen, und keiner mehr. Wir streichen die Pflicht in der Landesverordnung und verbieten Mindestzahlen in den Satzungen der Städte. Kommunen dürfen nur noch Höchstzahlen setzen.

Solar bleibt erlaubt, nicht befohlen: Seit 2025 muss jedes neue Wohnhaus in NRW eine Solaranlage tragen, ab 2026 auch bei jeder Dachsanierung. Die Niederlande haben keine Pflicht und die meisten Solarmodule je Einwohner in Europa. Wir streichen die

353 **Pflicht.** Wer Solar will, baut sie ohne Antrag.

354 **Recht auf zwei Stockwerke:** In England darf seit 2020 jedes Haus zwei Geschosse höher,
355 mit einer Anzeige statt einer Baugenehmigung und Entscheidung in acht Wochen. Wir
356 holen das nach NRW: Aufstockung um zwei Geschosse mit Anzeige, wenn Statik und
357 Abstand stimmen. Die Abstandsflächen sinken auf ein Viertel der Gebäudehöhe, mit
358 Zustimmung des Nachbarn auf null. Wo ein Bebauungsplan die Höhe deckelt, muss die
359 Stadt in drei Monaten befreien oder begründen.

360 **Bauen, das sich wiederholt:** Ein Haus, das anderswo schon genehmigt wurde, muss in NRW
361 trotzdem wieder von vorne geprüft werden. Serielles Bauen senkt durch Vorfertigung
362 und Standardisierung die Kosten für Neubauten erheblich. Deshalb setzen wir uns für
363 eine gegenseitige Anerkennung von Typengenehmigungen ein. Außerdem entschlacken wir
364 die Landesbauordnung NRW und beschränken kommunale Zusatzvorschriften auf rein
365 optische Gestaltungsvorgaben. Und eine einmal erteilte Typengenehmigung für ein
366 serielles oder modulares Gebäude gilt künftig in jeder NRW-Kommune, statt erneut
367 einzeln geprüft zu werden.

368 **Bauland aktivieren statt Grundstücke horten:** In NRW fehlt Wohnraum, obwohl vielerorts
369 längst Bauland vorhanden ist. Deshalb digitalisieren und beschleunigen wir
370 Bebauungsplanverfahren und geben der Innenentwicklung klaren Vorrang vor neuen
371 Flächen am Ortsrand. Statt starrer, landesweiter Flächenobergrenzen bekommen Kommunen
372 mit hohem Wohnungsdruck Spielraum für eine ortsbezogene Baulandplanung.

373 **Die Paragraphen, die fallen:** Wir wollen konkret benennen, welche Vorschriften im
374 Baurecht entfallen sollen. Deswegen schaffen wir ab: §48 und Stellplatzverordnung; §
375 42a und Solaranlagen-Verordnung; § 8 Abs. 2 Spielplatz; § 39 Abs. 4 Aufzug ab OG 4; §
376 6 Abs. 5 Abstand; § 46 Raumhöhe & Fenster; §47 Abs. 3 Abstellflächen; § 67
377 Bauvorlagenberechtigung; §§ 63/74 Freistellung im ungeplanten Innenbereich/Fiktion in
378 jedem Verfahren nach drei Monaten + § 91 Veröffentlichung; §§ 8 Abs 1/89 Nr. 5&7
379 Vorgarten und Begrünung; § 89 Nr. 1 Gestaltungssatzungen; §§ 12-21 Zweckentfremdung;
380 §49 LNatSchG Baumschutzsatzungen; LEP Ziel 6.1-1 & Grundsatz 6.1-2 Erlass Kunst und
381 Bau.

382 **Denkmalschutz auf Zeit:** NRW hat über 80.000 Baudenkmäler, 80 Prozent in Privatbesitz.
383 Die Verwaltung dieser Denkmäler bindet zahlreiche Ressourcen in kommunalen Behörden
384 und kostet die Eigentümer oftmals Nerven. Wir fordern daher, dass zukünftig keine
385 Bauwerke mehr unter Denkmalschutz gestellt werden, außer sie haben eine tatsächlich
386 herausragende Bedeutung für die öffentliche Erinnerungs- und/oder
387 Gesellschaftskultur. Der Denkmalschutz der derzeitigen Bauwerke soll in fünf Jahren
388 auslaufen und nur bei Erfüllung dieser Voraussetzungen verlängert werden. Bei
389 besonderem Interesse können beispielsweise Vereine einen Antrag stellen, sofern sie
390 die entstehenden Kosten übernehmen. Diese Regelung soll nahezu einer Abschaffung
391 gleichen.

392 **Klein-Rom für Studenten.** Rom wurde nicht an einem Tag gebaut. Jungen Menschen
393 (insbesondere Studenten) in NRW fehlt es aber nicht erst in einigen Jahren an
394 Wohnraum – sie brauchen ihn schon jetzt. Um bereits kurzfristig eine Lösung
395 anzubieten, die jungen Menschen zu günstigen Preisen ein Dach über dem Kopf anbietet,
396 fordern wir die Errichtung von Studentendörfern.

397 Dafür stellt das Land eigene Flächen zwischen Stadtrand und Hochschule im Erbbaurecht

398 bereit. Bauen und betreiben dürfen Studierendenwerke und private Anbieter, und den
399 Zuschlag bekommt, wer die niedrigste Miete bietet. Hält ein Betreiber Miete oder
400 Zustand nicht, kann das Land verlangen, dass ihm das Haus übertragen wird.

401 Die Wohneinheiten dürfen nur an Menschen unter 25 vermietet werden, die entweder
402 studieren oder eine anderweitige Ausbildung absolvieren. Die Dörfer sollen mit zwei
403 Shuttle-ÖPNV-Verbindungen ausgestattet sein, die jeweils das Unigelände und den
404 Stadtkern zum Ziel haben. So soll die Partizipation am Stadtleben für die Bewohner
405 gesichert werden. In Zusammenarbeit mit freiwilligen Initiativen können diese Orte
406 sogar zu coolen Mittelpunkten des Studentenlebens werden.

407 **Das Papier durch den Schredder. Wir bauen Deutschlands schnellste Verwaltung**

408 *Unsere Vision: 2040 erledigst du jeden Behördengang in NRW online und an einem Tag.*
409 *Kommt die Antwort des Amts zu spät, zahlst du keine Gebühr und dein Antrag gilt.*
410 *Deine Daten gibst du nur einmal an, danach meldet sich der Staat bei dir. Steht dir*
411 *eine Leistung zu, zahlt der Staat dir, bevor du fragst. Ein Gesetz, das nach acht*
412 *Jahren nicht zeigt, dass es wirkt, läuft aus. Gründe für eine Entscheidung des*
413 *Staates liest du jederzeit im Netz nach. Dein Rundfunkbeitrag bezahlt Nachrichten,*
414 *Region und Bildung. Die Quizshow im Fernsehen gibt's als Abo.*

415 Dafür streichen wir ab morgen, Ebene für Ebene und Paragraf für Paragraf:

416 **Drei Ebenen weniger**

417 **Abschaffung von Bezirksregierungen:** Ob eine Buslinie fahren darf, wie viele
418 Lehrerstellen deine Schule bekommt und ob deine Stadt Fördergeld bekommt, entscheidet
419 oft eine von fünf Bezirksregierungen zwischen Stadt und Land. Wir wollen das ändern:
420 Die Regionalplanung übernimmt das Land, die Aufsicht über Städte und Kreise das neue
421 Kommunalministerium. Lehrkräfte stellen die Schulen selbst ein. Genehmigungen gehen
422 an Kreise und kreisfreie Städte, große Industrieanlagen und Bergbau an ein Landesamt.
423 Fördergeld bewilligt nur noch die NRW.Bank. Die Landesämter behalten Standorte in
424 allen Regionen, und jede Aufgabe hat eine Adresse statt zwei.

425 **Abschaffung der Landschaftsverbände LVR und LWL:** LVR und LWL geben 2026 zusammen rund
426 zehn Milliarden Euro aus und beschäftigen mehr als 40.000 Menschen. Bezahlt wird das
427 vor allem über eine Umlage deiner Stadt. Die Aufgaben bleiben, die Ebene geht.
428 Eingliederungshilfe übernehmen Kreise und kreisfreie Städte. Außerdem übernehmen sie
429 die Förderschulen. Die Kliniken führt eine Landesgesellschaft. Landesjugendamt und
430 Inklusionsamt übernimmt das Land. Dein Ansprechpartner bleibt die Fachstelle bei
431 deinem Kreis. Kein Kind verliert seinen Therapieplatz.

432 **Abschaffung Regionalverband Ruhr:** Das Ruhrgebiet hat ein eigenes Parlament, seit 2020
433 direkt gewählt. Es plant die Region, pflegt Parks und wirbt für das Revier. Für all
434 das gibt es schon die Städte und das Land. Wir lösen den Regionalverband auf: Die
435 Regionalplanung macht das Land wie überall, Parks und Wege übernehmen die Städte, und
436 für das Marketing schließen sie sich zusammen, wenn sie wollen. Dann wählst du nur
437 noch Gremien, die wirklich zuständig sind.

438 **Sieben Ministerien reichen:** NRW hat elf Ministerien und die Staatskanzlei, jeweils
439 mit eigener Abteilung für Personal, Haushalt und IT. Wir kürzen vier: Sieben
440 Ministerien, eine gemeinsame Zentralabteilung, und Landesämter mit ähnlichen Aufgaben
441 werden zusammengelegt, zuerst das Landesamt für Finanzen und das Landesamt für
442 Besoldung und Versorgung. Stellen, die dadurch überflüssig werden, besetzen wir nicht

443 neu, wenn jemand in Rente geht. Für dich heißt das: weniger Zuständige, schnellere
444 Antworten und jedes Jahr ein etwas kleinerer Staat.

445 **Die Frist läuft für den Staat**

446 **Das Amt schweigt, du baust:** Eine Frist ohne Folge ist nur eine Bitte. Wenn das Amt
447 schweigt, verliert es heute nichts, und du verlierst alles. Wir machen die
448 Genehmigungsfiktion zur Regel: Läuft die Frist ab, gilt dein Antrag als genehmigt. Wo
449 kein Gesetz eine kürzere Frist nennt, gelten drei Monate, auch für jeden Bauantrag.
450 Die Frist beginnt mit dem Eingang, nicht erst, wenn die Unterlagen vollständig sind.
451 Ob etwas fehlt, sagt dir das Amt innerhalb von zehn Arbeitstagen. Danach gilt dein
452 Antrag als vollständig. Ausgenommen ist nur die Gefahrenabwehr, und die Fälle stehen
453 abschließend im Gesetz. Nachbarn und andere Betroffene schützt ihre Beteiligung am
454 Verfahren. Eine Ausnahme von der Regel brauchen sie nicht, sonst fiele fast jeder
455 Bauantrag wieder heraus. Frankreich hat die Regel 2014 eingeführt und dann mit
456 Ausnahmen ausgehöhlt. Diesen Fehler machen wir nicht. Damit du die Genehmigung deiner
457 Bank zeigen kannst, bestätigt das Amt sie innerhalb von drei Tagen. Und jede Behörde
458 veröffentlicht, wie lange sie braucht. Für Bauämter steht diese Pflicht seit Jahren
459 im Gesetz, umgesetzt wurde sie nie.

460 **Zu spät? Gebühr zurück:** Hält eine Landesbehörde oder deine Stadt ihre gesetzliche
461 Frist nicht ein, zahlst du trotzdem die volle Gebühr, egal wie lange du gewartet
462 hast. Künftig entfällt sie dann, automatisch und ohne Antrag. England macht das bei
463 Bauanträgen seit 2013 nach 26 Wochen. Dort haben sich die Ämter aber Verlängerungen
464 unterschreiben lassen, bis die Regel leer lief. Bei uns darf die Behörde deshalb nur
465 einmal verlängern, begründet und um höchstens die Hälfte der Frist. Dann plant das
466 Amt so, dass es die Frist hält.

467 **Einmal ist genug: Du kriegst Service.** Bei jedem Antrag gibst du dieselben Daten an
468 und wenn es Leistungen gibt, die du in Anspruch nehmen könntest, weiß kaum jemand
469 etwas darüber und das Geld kommt nie bei dir an. Wir ändern das und fordern eine
470 konsequente Durchsetzung des Once-Only-Prinzips, sodass du alle Daten bei Ämtern nur
471 einmal angeben musst. Außerdem fordern wir, dass der Staat digital automatisch
472 erkennt, welche Leistungen dir zustehen. Leistungen, die viele nicht abrufen, sind
473 falsch gebaut oder unbekannt. Deshalb sollen bislang oft nicht abgerufene Leistungen
474 auf ihre Notwendigkeit überprüft werden.

475 **Kultur braucht Publikum, kein Amt:** Heute entscheidet eine Jury im Ministerium, welche
476 Kunst dein Steuergeld bekommt. Gefördert wird, wer den besten Antrag schreibt, nicht
477 wer begeistert. Wir schaffen die Kulturförderung des Landes ab, laufende Zusagen
478 enden mit ihrer Frist. Das Geld bekommst du zurück, etwa über eine niedrigere
479 Grunderwerbsteuer. Im Bundesrat setzt sich NRW dafür ein, dass Spenden an Kultur voll
480 von der Steuer abziehbar sind. Dann entscheidest du, welche Kultur es gibt: mit
481 deinem Ticket und deiner Spende.

482 **Weniger Sender, mehr Auftrag:** Heute zahlst du für Dutzende Sender, doppelte
483 Radiowellen und eine Mediathek pro Anstalt. Wir fordern einen Neustart mit Fokus auf
484 Bildung, Information und Kultur. Aus den dritten Programmen werden vier regionale
485 Sender, aus allen Mediatheken eine. Unterhaltung gibt es im Zusatzabo oder bei
486 Privaten. Bis dahin steigt der Beitrag nicht mehr, und beim WDR verdient niemand mehr
487 als der Ministerpräsident. Du zahlst für Nachrichten, nicht für Quizshows.

488 **Regeln mit Verfallsdatum**

489 **Belastungsbudget statt Moratorium:** Neue Regeln dürfen den Staat nicht jedes Jahr
490 komplizierter machen. Ein Moratorium verschiebt das Problem nur. Wir fordern ein
491 Belastungsbudget: Jede neue Regel wird in Euro Aufwand bewertet und im gleichen Jahr
492 durch Abbau gedeckt. Wird die Bilanz verfehlt, stoppen neue Pflichten automatisch.
493 Für Gründer gilt eine Karenzzeit von vier Jahren. Rechnen soll ein Normenkontrollrat,
494 wie ihn Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen und Thüringen haben, NRW aber bislang
495 nicht. Er beziffert, was dich eine neue Pflicht an Zeit und Geld kostet, bevor der
496 Landtag abstimmt.

497 **Regeln auf Probe:** Ein Landesgesetz gilt heute, bis der Landtag es aufhebt, ob es
498 wirkt oder nicht. Künftig läuft jedes neue Gesetz und jede Verordnung, die dir
499 Pflichten auferlegen, nach acht Jahren aus. Verlängert wird nur, was nachweislich
500 wirkt. Und jede Stadt darf beantragen, eine Landesvorschrift fünf Jahre lang nicht
501 anzuwenden. Bewährt sich das anhand klarer Kriterien, fällt die Vorschrift für alle.

502 **Ein Antrag, ein Formular:** Öffentliche Aufträge unter 100.000 Euro sollen direkt
503 vergeben werden können. Eine einmal hinterlegte Eigenerklärung und ein zentrales
504 Unternehmensprofil ersetzen wiederholte Nachweise. Rechnungen werden in maximal 21
505 Tagen bezahlt und Dauerleistungen für mehrere Jahre vergeben. Direktvergaben oberhalb
506 einer Wertgrenze werden 14 Tage vorher angekündigt, damit weitere Unternehmen
507 Angebote machen können; anschließend werden Zahl der Angebote und Vergabedaten für
508 die Kartellaufsicht dokumentiert. Gleichzeitig verzichten wir auf das geplante
509 Tariftreuegesetz und schaffen die bestehende landesrechtliche Tariftreue ab: Bei der
510 Vergabe zählen Preis, Qualität und Termin statt zusätzlicher vergabefremder Vorgaben.

511 **Ein Dienst für die Besten:** Jede Verbeamtung kostet dich eine Pension durch
512 Steuergelder und das bei mehr als der Hälfte von 509.500 Beschäftigten des Landes.
513 Außerdem werden Anforderungsprofile nicht immer rein nach den Fähigkeiten
514 ausgerichtet, die für eine derartige Stelle benötigt werden. Daher wollen wir, dass
515 das Land in Zukunft nur für bestimmte hoheitliche Dienste verbeamtet und nur die
516 spitzenpolitischen Positionen in Ministerien leicht ausgetauscht werden. Für
517 Transparenz fordern wir: Das Land muss veröffentlichen, wie viele Leitungsstellen es
518 von außen besetzt hat.

519 **Transparent von Amts wegen:** Willst du wissen, welche Gutachten und Verträge hinter
520 einer Entscheidung des Landes stehen, musst du einen Antrag stellen, nach dem
521 Informationsfreiheitsgesetz von 2001. Die Koalition wollte 2022 prüfen, ob sich das
522 ändern lässt. 2024 sah die Landesbeauftragte für Informationsfreiheit keine
523 Bemühungen. Wir drehen es um: Verträge, Gutachten und Weisungen stehen von Amts wegen
524 im Netz, wie in Hamburg seit 2012. Jeder Gesetzentwurf nennt, wer Text geliefert hat,
525 und du siehst, wie NRW im Bundesrat abgestimmt hat.

526 **Solide gegenfinanziert:** Mehr Geld für die Kommunen darf nicht auf Pump finanziert
527 werden. Den Verbundsatz erhöhen wir deshalb schrittweise um einen Prozentpunkt pro
528 Jahr. Jeden Schritt finanzieren wir im Landeshaushalt gegen. Dafür überführen wir
529 bisherige Landesförderprogramme in die allgemeinen Zuweisungen. Weitere Mittel kommen
530 aus den Einsparungen durch die Abschaffung ganzer Verwaltungsebenen und einer
531 kleineren Landesverwaltung. Außerdem führen wir eine Subventionsbremse ein, nach der
532 jede Landesförderung nach fünf Jahren ausläuft, wenn sie ihr Ziel nicht nachweislich
533 erreicht. Beteiligungen des Landes, die keine staatliche Kernaufgabe erfüllen, etwa

534 an Flughäfen und Messengesellschaften, verkaufen wir und tilgen mit den Erlösen
535 Schulden – das senkt dauerhaft die Zinslast.

536 **Ein Land, das rechnen kann. Wir bauen das Gründerland Nummer eins**

537 *Unsere Vision: Bis 2040 ist NRW das Gründerland Nummer eins, und keine Stadt lebt*
538 *mehr vom Dispo. Statt 878 Förderprogrammen gibt es eine Handvoll, und das gesparte*
539 *Geld senkt deine Steuern. Die Erzieherin aus Spanien arbeitet nach acht Wochen in der*
540 *Kita deines Kindes, und dein Laden öffnet, wann du willst. Deine Grundsteuer rechnest*
541 *du in einer Zeile nach: Fläche mal Bodenwert. Das Land zahlt, was es bestellt, leiht*
542 *sich nur in der Krise Geld, und jeden Euro, den es ausgibt, kannst du im Netz*
543 *begründet nachlesen.*

544 Rechnen lernt das Land ab morgen, mit diesen Schritten:

545 **Platz für Arbeit und Gründen**

546 **Gründen wir gemeinsam:** Willst du aus deiner Universität heraus etwas gründen und
547 suchst Wagniskapital, gibt es in NRW kaum echte Möglichkeiten. Wir wollen
548 Musterverträge und standardisierte Verfahren für Ausgründungen sowie für die Nutzung
549 universitärer Patente, besonders bei Lizenzen mit Umsatzbeteiligung. Ein Anteil am
550 Unternehmen ist dabei schon rechtlich möglich, soll aber öfter zum Regelfall werden,
551 besonders bei forschenden Startups. Zusätzlich öffnen wir die Anlageregeln der
552 Versorgungswerke für breit gestreute Venture-Capital-Fonds: Entscheidend für die
553 Streuung sind die Unternehmen im Fonds, nicht der Fonds als einzelnes Investment.

554 **Die Fabrik darf wachsen:** Will dein Arbeitgeber im Sauerland neben seiner alten Halle
555 eine neue bauen, braucht er Regionalplan, Bebauungsplan und Genehmigung,
556 nacheinander. Wir drehen die Reihenfolge um: Die Erweiterung am eigenen Standort hat
557 im Landesentwicklungsplan Vorrang vor jedem neuen Gewerbegebiet auf der grünen Wiese.
558 Jedes große Verfahren bekommt einen Projektmanager, der alle Behörden gleichzeitig
559 beteiligt, und jede Behörde veröffentlicht ihre Verfahrensdauer. Wo das Bundesrecht
560 es erlaubt, darf der Betrieb anfangen, bevor der letzte Bescheid da ist.

561 **Anerkennung in acht Wochen:** Bist du Erzieherin aus Spanien oder Ingenieur aus Indien,
562 entscheidet eine Behörde, ob dein Abschluss in NRW gilt. Für die Berufe, die das Land
563 regelt, entscheidet sie künftig in acht Wochen, sonst darfst du vorläufig arbeiten.
564 Fehlt dir etwas, bekommst du eine Teilanerkennung und holst den Rest im Job nach.
565 Prüfungstermine gibt es mindestens einmal im Quartal. Nur in Heilberufen arbeitest du
566 bis zur Entscheidung unter Aufsicht.

567 **Laden auf, wann du willst:** Wann ein Laden montags bis samstags öffnet, geht den Staat
568 nichts an. Deshalb schaffen wir das Ladenöffnungsgesetz NRW ab. Langfristig ist unser
569 Ziel, es Geschäften generell zu ermöglichen, sonntags offen zu haben. Kurzfristig
570 schöpfen wir alle Spielräume aus und wollen rechtssicheren Betrieb für Automatenshops
571 sowie ganztägige Öffnung für Kioske und zumindest die zwölf möglichen verkaufsoffenen
572 Sonntage je Kommune. Insbesondere Supermärkte wollen wir dabei mit einbeziehen.

573 **Streichen statt stapeln:** Im April 2025 hatte das Land 878 eigene Förderprogramme,
574 jedes mit eigenem Antrag, eigener Frist und eigenem Nachweis. Geld bekommt, wer die
575 besten Berater hat, nicht wer die beste Idee hat. Bis Ende 2025 wollte die
576 Landesregierung auf 769 kommen. Wir wollen unter hundert. Was bleibt, läuft nach fünf
577 Jahren aus, wenn der Wirkungsbericht keinen Nutzen zeigt, und kein Marktführer
578 bekommt Geld für seinen eigenen Markt. Das gesparte Geld senkt Steuern und schafft

579 deine Grunderwerbsteuer ab. 35 Millionen Euro für Medienförderung beispielsweise oder
580 33 Millionen im Haushaltskapitel „Starke Heimat Nordrhein-Westfalen“ sollten nicht
581 vom Land organisiert werden.

582 **Kammer ohne Zwang:** Hast du ein Gewerbe, bist du Pflichtmitglied der IHK oder der
583 Handwerkskammer. Die IHKs in NRW haben 1,1 Millionen Mitglieder. Zur Wahl gingen
584 zuletzt 4 bis 18 von 100. Deshalb zahlt künftig nur einen Beitrag, wer will. Bei IHK
585 und Handwerkskammer fällt die Pflichtmitgliedschaft, dafür werben wir im Bundesrat.
586 Die Pflegekammer wird freiwillig, das beschließt der Landtag. Ärztinnen, Apotheker
587 und Architekten bleiben Mitglied, weil daran ihre Altersversorgung hängt, zahlen aber
588 nur Gebühren für das, was der Staat der Kammer überträgt. Für alles andere wirbt die
589 Kammer um dich wie ein Verein.

590 **Ein Land, das rechnen kann**

591 **Beamtenversorgung – weniger aus deiner Tasche:** Die Pensionen von heute zahlst du
592 morgen. 280.565 Menschen beziehen schon jetzt eine Versorgung des Landes. Wir fordern
593 volle Kapitaldeckung bei jeder Neuverbeamtung, in einem eigenen Fonds, und den
594 Deckungsgrad als Pflichtangabe. Du siehst, was es dich kostet und durch die
595 Kapitaldeckung kommt weniger aus deiner Tasche und mehr aus früher Vorsorge für
596 Beamte.

597 **Ehrliche Bücher bis 2030:** Stell dir vor, du kannst mit wenigen Klicks sehen, wie viel
598 der Staat investiert und wie viel Verschleiß in Euro stattfindet. Erst eine
599 Vermögensrechnung zeigt dir, was das Land besitzt, schuldet und verfallen lässt. NRW
600 setzt das bereits um: Aber viel zu langsam, ohne Nachdruck. Das Land stellt seit
601 Jahren auf die doppelte Buchführung um, ohne Endtermin, wann es final umgesetzt wird.
602 Wir schreiben den Termin gesetzlich fest: 2030. Dazu legt die Landesregierung alle
603 zwei Jahre eine Generationenbilanz vor. Sie zeigt, was ihre Beschlüsse dich in zehn,
604 zwanzig und vierzig Jahren kosten, samt Subventionen und Pensionen. Was Beamte den
605 Staat in Zukunft kosten werden, wird dann in Rückstellungen jeder dauerhaft einsehen
606 können.

607 **Sondervermögen nur gegen Zusätzlichkeit:** Aus dem Sondervermögen des Bundes und
608 eigenem Geld plant NRW 31,2 Milliarden Euro in zwölf Jahren, 21,3 Milliarden davon
609 für die Kommunen. Das Geld soll in die Brücke auf deinem Weg gehen, in Schulen und
610 Netze, nicht in laufende Kosten. Mittel aus Sondervermögen fließen nur, wenn die
611 Investitionsquote im Kernhaushalt mindestens den beschlossenen Vorgaben des
612 Sondervermögens entspricht. Wer hier kürzt, hat nicht investiert. Und die Aufsicht
613 genehmigt keinen Haushalt, der das verletzt. Bucht der Bund selbst so um, klagt NRW
614 in Karlsruhe. So stellen wir uns ehrliche Haushaltspolitik vor.

615 **Was dem Land gehört, braucht einen Zweck:** Das Land ist an Unternehmen beteiligt, von
616 der NRW.Bank bis zum Flughafen Köln/Bonn. Für jede Beteiligung veröffentlicht es
617 künftig ein Ziel, die Vergütung des Vorstands und jedes Jahr, ob das Ziel erreicht
618 wurde. Was keinen öffentlichen Zweck mehr hat, verkauft das Land im offenen
619 Bieterverfahren.

620 **Städte ohne Dispo: Kommunalfinanzen**

621 **Wer bestellt, bezahlt:** Beschließt das Land eine neue Aufgabe für deine Stadt, zahlt
622 am Ende oft die Stadt, und sie holt sich das Geld über deine Grundsteuer zurück. Das
623 Land bezahlt, was es den Kommunen anordnet. So steht es in der Landesverfassung.

624 Gelebt wird es nicht, weil die Kostenschätzung von dem stammt, der die Aufgabe
625 abgibt. Wir fordern eine Nacherhebung nach zwei Jahren und einen automatischen
626 Ausgleich bei Abweichung. Streiten Land und Städte über die Zahl, entscheidet eine
627 Schiedsstelle.

628 **Wachstum lohnt sich:** Siedelt sich in deiner Stadt ein neuer Betrieb an, bleibt ihr
629 davon wenig. Denn für jeden Euro, den sie rechnerisch an Steuern mehr einnimmt,
630 sinken ihre Zuweisungen vom Land um 90 Cent. Den Ärger mit dem Verkehr hat die Stadt,
631 das Geld verteilt der Finanzausgleich. Wir ändern das: Wächst die Steuerkraft deiner
632 Stadt stärker als im Landesschnitt, rechnet das Land den Zuwachs fünf Jahre lang nur
633 zur Hälfte an. Dann lohnt sich das neue Gewerbegebiet wieder, gerade dort, wo das
634 Geld heute am knappsten ist.

635 **Kein Dispo mehr:** Ende 2025 hatten Städte und Kreise in NRW 27,6 Milliarden Euro
636 Kassenkredite, 17,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Dieser Dispo soll Engpässe
637 überbrücken und bezahlt längst laufende Rechnungen. 2025 hat das Land beschlossen,
638 8,9 Milliarden Euro Altschulden zu übernehmen. Eine zweite Rettung gibt es nicht.
639 Deshalb muss jede Stadt neue Kassenkredite binnen eines Jahres zurückzahlen. Schafft
640 sie das nicht, steigt sie automatisch eine Stufe auf: Das Land setzt das Ziel, dein
641 Rat wählt den Weg, und neue freiwillige Ausgaben gibt es erst, wenn der Haushalt
642 steht.

643 **Grundsteuer: einfach, fair und nachhaltig:** Deine Grundsteuer berechnet das Finanzamt
644 heute aus Bodenwert, Wohnfläche, Baujahr und einer Miete aus der Tabelle des Bundes,
645 egal was du wirklich zahlst. Baden-Württemberg rechnet nur mit dem Boden, und der
646 Bundesfinanzhof hat im April 2026 bestätigt: Das ist verfassungsgemäß. Wir machen es
647 noch einfacher: Fläche mal Bodenrichtwert mal Landessatz mal Hebesatz. Übersteigt die
648 Steuer einen festen Teil deines Einkommens, wird sie bis zum Verkauf gestundet. Wer
649 baureifes Land brachliegen lässt, zahlt dann so viel wie sein bebauter Nachbar.

650 **Energie unter deinem Haus – Energieformen, die wir brauchen**

651 **Ungenutzte Energiequellen heben:** Unter dem Ruhrgebiet liegt Energie, die niemand
652 nutzt: Warmes Grubenwasser aus stillgelegten Zechen könnte laut Landesstudien
653 perspektivisch einen erheblichen Teil des Wärmebedarfs in NRW decken. Deshalb treiben
654 wir den Ausbau der Grubenwasser-Geothermie im Ruhrgebiet konsequent voran, wie es
655 Pilotprojekte etwa in Bochum bereits zeigen. Auch das Potenzial der Tiefengeothermie
656 in anderen Landesteilen wollen wir durch gezielte Probebohrungen systematisch
657 erschließen. Weil heimisches Gas nicht importiert werden muss, setzen wir uns zudem
658 für wissenschaftliche Erprobungsmaßnahmen ein, um zu klären, ob sich NRWs
659 Schiefergasvorkommen sicher fördern lassen. Und damit Biogas seine Stärke als
660 grundlastfähige, wetterunabhängige Energiequelle ausspielen kann, bauen wir die
661 bürokratischen Hürden für Landwirte bei Genehmigung und Netzanschluss von
662 Biogasanlagen ab.

663 **Sicherheit auf Augenhöhe. Ein Rechtsstaat, der dich schützt und dir vertraut**

664 *Unsere Vision: Bis 2040 kannst du nachts durch deine Stadt gehen und keine Kamera*
665 *erkennt dein Gesicht. Die Unterführung zur Haltestelle ist hell. Wirst du auf einer*
666 *Demo verletzt, kennst du die Nummer des Polizisten. Flieht eine Freundin vor ihrem*
667 *Partner, findet sie noch in derselben Nacht einen Platz im Frauenhaus. Dafür gibt es*
668 *rund 1.800 Plätze für Frauen und ihre Kinder statt der 708 von heute. Klagst du auf*

669 *dein Geld, siehst du vorher, wie lange dein Gericht braucht. Wer eine Geldstrafe*
670 *nicht zahlen kann, arbeitet sie ab, statt ins Gefängnis zu gehen. Wer als Flüchtling*
671 *zu uns kommt, lernt vom ersten Tag an Deutsch und darf arbeiten. Wer ausreisen muss*
672 *und Straftaten begeht, wird zuerst zurückgeführt. Und dein Club darf auch an*
673 *Karfreitag öffnen. Wann deine Nacht endet, entscheidest du.*

674 Was sich dafür ab morgen bei Polizei, Justiz und im Nachtleben ändern muss:

675 **Frei und sicher**

676 **Dein Gesicht bleibt deins:** Gehst du durch die Innenstadt, soll dich keine Kamera
677 automatisch erkennen. Seit Dezember 2025 darf die Polizei in NRW Daten mit
678 selbstlernenden Programmen auswerten, und die Landesdatenschutzbeauftragte
679 bezweifelt, dass das mit der Verfassung vereinbar ist. Wir verbieten die automatische
680 Gesichtserkennung im öffentlichen Raum, fassen die Datenanalyse eng und steigen aus
681 der Software von Palantir aus. Jede Polizeikamera steht mit ihrem Standort in einer
682 öffentlichen Liste. Eine flächendeckende Videoüberwachung lehnen wir ab.

683 **Polizei mit Nummer, Kamera und Taser:** Du ziehst mit Schal und Freunden zum Stadion,
684 die Polizei sichert den Weg. Fankultur lebt von Vertrauen. Deshalb tragen
685 geschlossene Einheiten der Polizei wieder eine Kennzeichnung: eine zufällige
686 Rückennummer, keinen Namen. 2017 verurteilte der Europäische Gerichtshof für
687 Menschenrechte Deutschland, weil nach einem Spiel nicht richtig ermittelt wurde: Die
688 Beamten waren nicht erkennbar. Eine Bodycam trägt künftig jeder Polizeibeamte im
689 Außendienst. Während eines Einsatzes darf sie nicht abgeschaltet werden. Die
690 Aufnahmen werden sicher gespeichert und grundsätzlich gelöscht, sofern keine
691 Strafanzeige gestellt wurde.

692 Kontrollen ohne jeden Verdacht an sogenannten gefährlichen Orten und die strategische
693 Fahndung streichen wir. Dafür bekommt jede Streife einen Taser, heute haben ihn 18
694 von 47 Polizeibehörden. Einfache Einsatzberichte entwirft eine KI aus den
695 Einsatzdaten, ein Mensch prüft und unterschreibt sie. So bleibt der Polizei mehr Zeit
696 für die Straße.

697 **Betrugsgeld stoppen, bevor es weg ist:** Ruft ein falscher Polizist deine Oma an und
698 bringt sie dazu, ihr Ersparnis zu überweisen, liegt das Geld in Sekunden auf einem
699 fremden Konto. Wir richten beim Landeskriminalamt eine Stelle ein, die rund um die
700 Uhr erreichbar ist. Sie hält mit Staatsanwaltschaft und Banken die Überweisung an und
701 sichert das Empfängerkonto, solange das Geld noch da ist. Singapur holt so rund 15
702 Prozent des Schadens zurück, und die Zahl der Betrugs- und Cyberdelikte sank dort
703 2025 um fast ein Viertel.

704 **Demonstrieren ohne heimliche Kamera:** Gehst du demonstrieren, darf die Polizei dich in
705 NRW unter Umständen verdeckt filmen. Wir streichen diese Befugnis aus dem
706 Versammlungsgesetz. Gefilmt wird regulär offen. Jede Aufnahme wird gelöscht, sobald
707 sie nicht mehr gebraucht wird, und die Polizei weist jedes Jahr nach, was sie
708 gelöscht hat. Dann gehst du auf die Straße, ohne dich zu fragen, wer zusieht.

709 **Licht, wo du Angst hast:** Gehst du nachts durch eine dunkle Unterführung zur
710 Haltestelle, gehst du schneller. Das Land fördert Städte und Hochschulen, die solche
711 Angsträume hell und einsehbar machen, und die Polizei misst vorher und nachher, was
712 sich ändert. Gefördert wird weiter, was wirkt. In New York sanken schwere Straftaten
713 nachts im Freien um mindestens 36 Prozent, nachdem die Stadt per Los ausgewählte

714 Wohnanlagen besser beleuchtet hatte.

715 **Kritik ist kein Fall für den Staatsanwalt:** Beleidigst du im Netz eine Behörde schwer,
716 kann ihr Leiter gegen dich Strafantrag wegen Beleidigung stellen. Das Land soll
717 darauf verzichten: Wegen Äußerungen über Behörden und Regierung stellt es dann keine
718 eigenen Strafanträge mehr und erteilt keine Ermächtigung zur Verfolgung. Wer als
719 Beamter beleidigt wird, kann selbst Strafantrag stellen. Die Staatsanwaltschaften
720 bearbeiten so zuerst Gewalt, Einbruch und Betrug, Beleidigungen danach, Drohungen
721 ausgenommen. So bleibt Zeit für die Fälle, in denen jemand verletzt wurde.

722 **Schutz vor Gewalt**

723 **Ein Platz in derselben Nacht:** Fliehst du nachts mit deinen Kindern vor deinem
724 Partner, suchst du oft am Telefon nach einem freien Platz. In NRW gibt es 708 Plätze
725 für Frauen mit ihren Kindern, der Europarat empfiehlt für ein Land dieser Größe rund
726 1.800. Wir bauen auf diese Zahl aus, zuerst dort, wo das nächste Frauenhaus weit weg
727 ist. Eine Vermittlung rund um die Uhr sucht den Platz für dich. Und Programme für
728 Täter werden eine feste Aufgabe, bezahlt vom Land statt von Projekt zu Projekt.

729 **Spuren sichern, ohne gleich anzuzeigen:** Wurde jemand vergewaltigt und weiß noch
730 nicht, ob sie den Täter anzeigen will, zählen trotzdem die ersten Stunden. Seit 2025
731 zahlt die Krankenkasse die vertrauliche Spurensicherung, doch angeboten wird sie erst
732 nach und nach in den Kliniken. Wir sorgen dafür, dass du eine solche Stelle überall
733 in NRW in höchstens einer Stunde erreichst. Entscheidest du dich für die Anzeige,
734 begleitet dich jemand durch das ganze Verfahren, bezahlt vom Land statt aus
735 Projektmitteln.

736 **Jede Sekunde zählt:** Werden Nacktbilder von dir ohne deine Zustimmung verbreitet,
737 zählt jede Sekunde. Du erstattest online Anzeige, lädst deine Beweise direkt mit hoch
738 und bekommst eine feste Ansprechperson, die dich über den Stand des Verfahrens auf
739 dem Laufenden hält. Die Polizei bildet ihre Beamtinnen und Beamten gezielt fort und
740 geht auch vorbeugend gegen Cybergrooming vor. Eilanträge gegen solche Inhalte bündelt
741 das Land bei spezialisierten Gerichten. Diese Gerichte bekommen so viel Personal und
742 Ausstattung, dass sie in der Regel innerhalb von 48 Stunden entscheiden können. Ob
743 Deepfakes strafbar sind, regelt der Bund, und dort setzen wir uns mit Nachdruck für
744 klare Regeln ein. Dabei bleibt die Anonymität im Netz geschützt: Eine
745 Klarnamenpflicht lehnen wir ab.

746 **Ein Haus für Kinder, die Gewalt erlebt haben:** Wurde ein Kind missbraucht, muss es
747 seine Geschichte oft mehrmals erzählen: der Polizei, der Ärztin, dem Jugendamt, dem
748 Gericht. In einem Kinderhaus geschieht alles an einem Ort, und eine Richterin befragt
749 das Kind einmal auf Video. Düsseldorf hat seit 2020 ein solches Haus, wir wollen
750 eines in jedem der 19 Landgerichtsbezirke. In Island hat sich die Zahl der
751 Verurteilungen seit Einführung mehr als verdoppelt.

752 **Eine Justiz, die liefert**

753 **Kein Gefängnis für Armut:** Fährst du ohne Ticket und kannst die Geldstrafe nicht
754 zahlen, musst du ins Gefängnis. Ende 2025 saßen in NRW 520 Menschen eine
755 Ersatzfreiheitsstrafe ab. Eine Studie aus NRW fand: Drei von vier waren vor der Haft
756 arbeitslos. Künftig bekommst du Raten, ohne sie beantragen zu müssen, und ein Angebot
757 für gemeinnützige Arbeit, bevor ein Haftbefehl kommt. Über den Bundesrat soll
758 Schwarzfahren keine Straftat mehr sein.

759 **Justiz mit Stoppuhr:** Klagst du als Handwerker auf dein Geld, weißt du nicht, wie
760 lange du wartest. Jedes Gericht in NRW veröffentlicht künftig, wie lange seine
761 Verfahren dauern, auch beim Grundbuch und beim Handelsregister. Zahlungsklagen bis
762 10.000 Euro reichst du an jedem Amtsgericht online ein, wie seit Juni 2026 in Bonn,
763 Essen und Dortmund. Wo es hakt, stellt das Land zuerst Rechtspfleger und
764 Servicekräfte ein.

765 **Work First: Arbeit ab dem ersten Tag:** Kommst du als Asylbewerber nach NRW und willst
766 arbeiten, musst du warten: Einen Anspruch auf die Erlaubnis hast du seit Juni 2026
767 erst nach drei Monaten. Wir bieten gemeinnützige Arbeit überall ab dem ersten Tag an,
768 denn erlaubt ist sie schon heute. Über den Bundesrat fordern wir die reguläre
769 Arbeitserlaubnis ab Tag eins. Auch dafür setzen wir uns im Bundesrat ein.

770 **Einbürgerung mit Uhr:** Lebst du seit Jahren hier und willst den deutschen Pass,
771 stellst du deinen Antrag und wartest, ohne zu wissen, wie lange. 2025 gingen in NRW
772 104.371 Anträge ein, abgeschlossen wurden 87.789 Verfahren. Wie lange die Verfahren
773 dauern, weist keine Statistik aus. Künftig stellst du jeden Antrag bei der Ausländer-
774 und Einbürgerungsbehörde online, auf Deutsch und ohne auf einen Termin zu warten.
775 Deine Fiktionsbescheinigung kommt digital mit der Eingangsbestätigung. Jede Behörde
776 veröffentlicht, wie lange sie braucht.

777 **Deutsch ab dem ersten Tag:** Kommst du als Flüchtling nach NRW, kann dich die Behörde
778 schon heute zum Deutschkurs verpflichten. Doch seit Dezember 2025 lässt der Bund
779 Asylbewerber in der Regel nicht mehr in seine Integrationskurse, nur noch begrenzt in
780 kürzere Orientierungskurse. Wo der Bund keinen Platz hat, zahlt das Land deinen Kurs
781 ab dem ersten Tag, auch digital, wenn er gleich gut prüfbar ist. So kannst du
782 arbeiten, sobald du darfst.

783 **Gleiches Recht für alle:** Wer ausreisepflichtig ist und immer wieder Straftaten
784 begeht, soll zuerst zurückgeführt werden. Dafür bündeln wir diese Fälle bei der
785 Zentralen Ausländerbehörde in Essen, die schon heute für Gefährder zuständig ist. Das
786 Land wirbt in der Innenministerkonferenz für eine Definition von Intensivtätern für
787 die Länder. Du sollst dich darauf verlassen können, dass der Staat vollzieht, was er
788 entscheidet.

789 **Deine Nacht, dein Alltag**

790 **Tanzen erlaubt:** An stillen Feiertagen ist Tanzen in NRW verboten, an Karfreitag sogar
791 bis zum nächsten Morgen. Wir streichen das Tanzverbot aus dem Feiertagsgesetz. Auch
792 die Putzstunde fällt, in der Kneipen und Clubs zwischen fünf und sechs Uhr morgens
793 schließen müssen, wo die Stadt nichts anderes regelt. Wann deine Nacht endet,
794 entscheidest du. Gottesdienste bleiben vor Störungen geschützt, und wer den Tag still
795 begehen will, kann das weiterhin.

796 **Clubs sind Kultur:** Zieht neben deinen Lieblingsclub ein Wohnhaus, beschweren sich
797 bald die neuen Nachbarn, und der Club muss dämmen oder schließen, obwohl er zuerst da
798 war. Der Bund will Clubs im Baurecht als Kultur einstufen, wie Theater. Das
799 unterstützen wir im Bundesrat und gehen weiter: Wer neben einen Club zieht, soll den
800 Schallschutz tragen. Dafür werben wir bei den Lärmregeln des Bundes, und die
801 Bauordnung des Landes verlangt an neuen Wohnhäusern neben Clubs besseren
802 Schallschutz. Dann bleibt deine Stadt auch nachts lebendig.

803 **Anzeige statt Erlaubnis:** Willst du eine Bar eröffnen, brauchst du in NRW eine

804 Erlaubnis nach dem Gaststättengesetz des Bundes von 1970. Niedersachsen hat seit 2012
805 ein eigenes Gesetz, dort zeigst du dein Lokal nur noch an. Das übernehmen wir. Das
806 Amt prüft nur noch, wo es um echte Gefahren geht, und du kannst öffnen, sobald alles
807 sicher ist.

808 **Public Viewing ohne Sonderverordnung:** Spielt Deutschland bei einer WM, willst du mit
809 Tausenden auf dem Platz mitfeiern. Damit der Lärm abends erlaubt ist, erlässt der
810 Bund heute vor jedem Turnier eine eigene Verordnung, zuletzt im Mai 2026. Über den
811 Bundesrat fordern wir eine dauerhafte Regel für große Turniere, und im Land reicht
812 für Public Viewing künftig eine Anzeige bei der Stadt. Dabei können große Turniere
813 mehr sein als Fußball und auch die größten Sportevents anderer Sportarten umfassen.

814 **Die letzte Ruhe, wie du willst:** Stirbt deine Großmutter, darf ihre Urne in NRW nicht
815 bei dir zu Hause stehen, egal was sie wollte. Rheinland-Pfalz erlaubt seit 2025 die
816 Urne zu Hause und die Bestattung im Fluss. Das übernehmen wir: Was du zu Lebzeiten
817 schriftlich festlegst, gilt, und die Friedhofspflicht für Urnen fällt.

818 **Stadion und Ernstfall**

819 **Fankultur stärken:** Gehst du ins Stadion, bist du sicherer als früher: In der Saison
820 2024/25 wurden bei Spielen der ersten drei Ligen 1.107 Menschen verletzt, 17 Prozent
821 weniger als im Jahr davor. Wir finanzieren die 16 unabhängigen Fanprojekte, die von
822 Städten, Vereinen oder freien Trägern betrieben werden und als Ansprechpartner für
823 Fans dienen, dauerhaft und wer im Stadion Dienst hat, lernt vorher, wie Fanszenen
824 funktionieren. Konzepte gegen Gewalt erarbeitet die Polizei mit den Fans. Pyrotechnik
825 darf in genehmigten Zonen kontrolliert brennen.

826 **Gewalttäter Sport: löschen, wenn nichts war:** Wirst du nach einem Spiel kontrolliert
827 und in der Datei „Gewalttäter Sport“ gespeichert, kann der Eintrag bleiben, auch wenn
828 das Verfahren gegen dich eingestellt wird. Bundesweit stehen 6.492 Menschen in der
829 Datei, 2.575 davon hat NRW gemeldet. Künftig löscht die Polizei deinen Eintrag,
830 sobald das Verfahren eingestellt ist, und das Land berichtet jedes Jahr, wie viele
831 Einträge es gibt und warum.

832 **Polizeikosten nur bei Verstoß:** Sicherheit im Stadion bezahlst du über deine Steuern.
833 Seit einem Urteil von 2025 steht fest, dass ein Land die Kosten großer
834 Polizeieinsätze bei Hochrisikospielen der Liga in Rechnung stellen darf, Bremen tut
835 das. Wir tun es nur, wenn ein Verein sein Sicherheitskonzept nicht umsetzt, etwa bei
836 Einlasskontrollen oder Fanarbeit. Wer mit seinen Fans zusammenarbeitet, zahlt nichts
837 extra.

838 **Katastrophenschutz zum Mitmachen:** Fällt in deiner Stadt tagelang der Strom aus,
839 brauchst du einen Ort mit Wasser, Wärme und Informationen. Jede Stadt veröffentlicht
840 künftig in Abstimmung mit der Bundesbehörde (BBK) ihren Katastrophenschutzplan in
841 einer Fassung, die du verstehst, mit den Notfalltreffpunkten in deinem Viertel.
842 Einmal im Jahr übt sie unangekündigt. Und das Land misst, wen eine Warnung wirklich
843 erreicht, statt nur Freiwillige online zu befragen.

844 **Die ausgestreckte Hand. Ein Sozialstaat, der aufhilft statt festhält**

845 *Unsere Vision: Bis 2040 hat jede Geburtsklinik in Nordrhein-Westfalen einen*
846 *Hebammenkreißsaal. Dort leiten Hebammen deine Geburt, und eine Ärztin kommt dazu,*
847 *wenn es nötig ist. Suchst du in Essen einen Therapieplatz, wartest du nicht länger*
848 *als in Köln. Vor dem Festival weißt du, was in der eingeworfenen Pille steckt. Hast*

849 *du eine Behinderung, suchst dir ein Jobcoach zuerst einen Betrieb. Wachsen dir*
850 *Schulden über den Kopf, sitzt du binnen vier Wochen bei einer Beraterin. Der*
851 *Sozialstaat ist eine ausgestreckte Hand: Du kannst sie ergreifen, sie hilft dir auf*
852 *die Beine und entlässt dich in dein eigenes, selbstbestimmtes Leben.*

853 Damit du diese Hand schon morgen greifen kannst, muss sich Folgendes ändern:

854 **Gesund, wenn es drauf ankommt**

855 **Hilfe kommt, auch ohne Blaulicht:** Nicht jeder Notruf ist ein Fall für den
856 Rettungswagen. Trotzdem bleibt der Leitstelle heute oft keine passende Alternative,
857 auch wenn keine Lebensgefahr besteht und eine Versorgung vor Ort ausreichen würde.
858 Oldenburg und drei Landkreise haben deshalb 2019 den Gemeindenotfallsanitäter
859 eingeführt. Er fährt zu solchen Einsätzen, versorgt die Menschen vor Ort und
860 vermittelt sie bei Bedarf an die Hausarztpraxis. Im ersten Jahr war bei 86 von 100
861 seiner Einsätze anschließend kein Rettungswagen nötig. Dieses Modell übernehmen wir
862 für NRW und schreiben den Gemeindenotfallsanitäter ins Rettungsgesetz. Die Leitstelle
863 entscheidet, wann sie ihn statt eines Rettungswagens schickt. Und weil die
864 Krankenkassen Einsätze ohne anschließende Fahrt ins Krankenhaus bisher nur teilweise
865 bezahlen, ändern wir über den Bundesrat auch die Finanzierung.

866 **Kreißaal in Reichweite:** Setzen bei dir nachts die Wehen ein, willst du nicht eine
867 Stunde über Land fahren. 2017 hatten in NRW noch 153 Kliniken eine Geburtshilfe,
868 heute sind es 117. Der Krankenhausplan bekommt deshalb ein eigenes Ziel: Von jedem
869 Ort erreichst du einen Kreißaal in höchstens 40 Minuten mit dem Auto. Diese Grenze
870 setzt der Gemeinsame Bundesausschuss schon für Zuschläge an Geburtskliniken auf dem
871 Land. Würde eine Schließung längere Wege bedeuten, bekommt die Klinik diesen Zuschlag
872 der Krankenkassen und Hilfe vom Land. Jede Geburtsklinik erhält einen
873 Hebammenkreißaal, den Umbau zahlt das Land.

874 **Studieren, wo du später heilst:** In NRW sind fast 1.000 Hausarztsitze frei, und fast
875 vier von zehn Hausärzten sind älter als 60. In Australien arbeiten Ärzte, die vom
876 Land kommen und dort mindestens ein Studienjahr verbracht haben, acht Jahre nach dem
877 Abschluss fast fünfmal so oft auf dem Land wie Stadtkinder ohne dieses Jahr. Deshalb
878 bietet jede Medizinfakultät einen Landzweig an: Du lernst mindestens ein Jahr in
879 Kliniken und Praxen im Sauerland, in Ostwestfalen oder am Niederrhein. Wer vorher
880 dort gearbeitet hat, bekommt einen Bonus bei der Zulassung.

881 **Mental gesund und (Un)abhängig**

882 **Essen zählt wie Köln:** Suchst du in Essen einen Therapieplatz, rechnet die
883 Bedarfsplanung mit einem Psychotherapeuten für 4.953 Einwohner, in Köln mit einem für
884 2.988. Wegen einer Sonderregel für das Ruhrgebiet ist Essen auf dem Papier ungleich
885 versorgt. Das Land darf Stadtteile bestimmen, in denen sich Therapeuten trotzdem
886 niederlassen dürfen; 2024 hat es das für 24,5 Sitze getan. Wir tun das jedes Jahr,
887 bis du im Ruhrgebiet nicht länger wartest als in Köln, und beantragen im Gemeinsamen
888 Bundesausschuss, die Sonderregel zu streichen.

889 **Drug-Checking am Club und auf Festivals:** Kaufst du vor dem Festival eine Pille, weißt
890 du nicht, was drin ist. In Berlin enthielt 2024 mehr als die Hälfte der geprüften
891 Proben etwas, womit ihre Besitzer nicht gerechnet hatten. In NRW ist das Prüfen seit
892 Dezember 2025 erlaubt, aber nur in Drogenkonsumräumen, in die kaum ein Clubgänger
893 kommt. Wir erlauben es auch in Beratungsstellen, vor Clubs und auf Festivals. Bei uns

894 zahlt, wer seine Probe prüfen lässt, eine Gebühr. Dann erfährst du vor der Party, was
895 du nimmst, und nicht erst in der Notaufnahme.

896 **Krisendienst rund um die Uhr:** Gerät dein Bruder nachts in eine psychische Krise,
897 weißt du oft nicht, wen du anrufen sollst, und am Ende kommt vielleicht die Polizei.
898 In Bayern erreichst du rund um die Uhr einen Krisendienst, 2024 führte er 97.816
899 Gespräche. Wo seine Fachleute in Oberbayern 2023 rausfahren, brauchte es nur in 3,1
900 Prozent der Fälle Polizei oder Rettungsdienst. Im Entwurf des neuen Psychisch-
901 Kranken-Gesetzes sind solche Dienste nur erlaubt. Wir machen sie zur Pflicht: eine
902 Nummer für ganz NRW und Teams, die auch nachts kommen. Die Kosten der Städte trägt
903 das Land.

904 **Eine Tür für alle von 12 bis 25:** Bist du 19, hast Panikattacken und weißt nicht,
905 wohin, bist du für die Jugendpsychiatrie zu alt und im System der Erwachsenen fremd.
906 In Australien gehen junge Menschen ohne Überweisung in eine von über 150
907 Anlaufstellen, in denen Beratung, Therapie und Suchthilfe unter einem Dach sitzen.
908 Das Land fördert in jeder Region eine solche Tür, getragen von Jugend- und
909 Suchtberatung, Studierendenwerk und Klinikambulanz. Für Räume und Koordination zahlt
910 das Land bei 30 Standorten rund drei Millionen Euro im Jahr. Die Behandlung rechnen
911 die Partner ab wie bisher.

912 **Teilhabe, die nicht am Antrag scheitert**

913 **Erst der Betrieb, dann die Werkstatt:** Hast du eine Behinderung und kommst aus der
914 Förderschule, führt dein Weg oft in die Werkstatt, und dort bleibst du, mit wenig
915 Geld und wenig Perspektive, dich wirklich beruflich weiterzuentwickeln. 2019
916 wechselten bundesweit nur 0,35 Prozent der Beschäftigten auf den allgemeinen
917 Arbeitsmarkt. Künftig bekommst du zuerst einen Jobcoach, der sofort einen Betrieb
918 sucht und dich begleitet, solange nötig. In einer europäischen Studie mit
919 intellektuell benachteiligten Menschen fanden so 55 Prozent Arbeit, sonst 28 Prozent.
920 Beahlt wird das vom Inklusionsamt, das wir beim Land bündeln: Die Werkstatt bleibt
921 für alle, die sie wollen, wobei wir meist eine betriebliche Ausbildung für Behinderte
922 anstreben.

923 **Wenn dein Leben kippt: Schuldnerberatung in vier Wochen:** Überschuldung ist oft kein
924 Charakterproblem, sondern eine Kette: Mahnung, Pfändung, Stromsperre, Mietschulden,
925 Räumung. Hast du einen Job, eine Rente oder studierst du, bekommst du in NRW oft
926 keine kostenlose Schuldnerberatung, denn sie ist vor allem für Menschen in der
927 Grundsicherung da. Ab dem 20. November 2026 verlangt die EU, dass jeder in
928 Zahlungsnot eine Schuldnerberatung findet. Wir schreiben ins Landesgesetz: kostenlos
929 für alle und ein Erstgespräch binnen vier Wochen, online in wenigen Klicks anmeldbar.

930 **Kinderchancengeld per App:** Bekommt deine Familie Grundsicherung, Wohngeld oder
931 Kinderzuschlag, zahlt der Staat schon heute Klassenfahrt und Nachhilfe, für
932 Sportverein und Musikschule gibt es einen Zuschuss. Doch für jede Leistung gibt es
933 einen eigenen Weg, einen Gutschein oder einen Nachweis. Das Land stellt allen Kreisen
934 und Städten ein digitales Chancenkonto bereit: Dein Kind bekommt ein Konto in einer
935 App, und Verein, Nachhilfe oder Schule rechnen direkt darüber ab. Das Geld kommt beim
936 Kind an. Und kein Kind muss vor der Klasse erklären, warum es nicht mitfährt.

937 **Familie, wie sie ist**

938 **Zwei Zuhause:** Lebt dein Kind nach der Trennung die halbe Woche bei dir, zählt es für

939 deinen Wohnberechtigungsschein trotzdem nicht zum Haushalt. Einen zusätzlichen Raum
940 für Kinder, die dich besuchen, erlaubt das Land seit Jahren. Bei der Einkommensgrenze
941 aber rechnet das Amt, als wohntest du allein. Künftig zählt ein Kind in beiden
942 Haushalten mit. So bekommt dein Kind sein eigenes Zimmer.

943 **Mit achtzehn nicht allein:** Wächst du im Heim oder in einer Pflegefamilie auf,
944 bekommst du nach dem Gesetz auch nach 18 Hilfe, solange du sie brauchst, in der Regel
945 bis 21. Und du darfst zurückkommen, wenn es draußen nicht klappt. Wie lange du die
946 Hilfe wirklich bekommst, hängt aber von deinem Jugendamt ab. Künftig veröffentlicht
947 jedes Jugendamt, wie viele junge Erwachsene es über 18 hinaus begleitet. Bevor du
948 ausziehst, hast du eine Zusage für einen Platz im Wohnheim oder in einer Azubi-
949 Wohnung. Über den Bundesrat soll die Hilfe bis 25 gelten.

950 **Ehrenamt und Sport**

951 **Ein Formular für ein Vereinsfest:** Richtest du mit deinem Verein ein Sommerfest aus,
952 brauchst du mehrere Genehmigungen: für den Ausschank, die gesperrte Straße, die Bühne
953 und den Lärm. Künftig reichst du ein Formular bei deiner Stadt ein. Nutzt du ein
954 Musterkonzept des Landes, entscheidet sie binnen 14 Tagen, und wer denselben Lauf zum
955 zwanzigsten Mal ausrichtet, reicht kein neues Konzept ein. Seit Juli 2026 zahlt das
956 Land die GEMA für kleine Vereinsfeste. Das verlängern wir über 2027 hinaus und nehmen
957 Umzüge dazu.

958 **Offene Sportplätze:** Nirgends gelingt Integration so einfach wie auf dem Bolzplatz der
959 Wohnsiedlung. Willst du abends mit Freunden kicken, stehst du aber oft vor dem
960 verschlossenen Tor des Schulhofs oder Sportplatzes. Wer Geld aus der Sportmilliarde
961 des Landes bekommt, öffnet seine Plätze außerhalb der Trainings- und Schulzeiten für
962 alle, wo es sicher geht. Das Land übernimmt dafür das Haftungsrisiko der Städte.
963 Außerdem soll es einen rechtssicheren Baukasten für Kommunen geben bezogen auf
964 Kooperationen mit örtlichen Unternehmen, Stiftungen, Sportvereinen und
965 Bürgerinitiativen. Dieser soll Musterverträge bezogen auf Sponsoring,
966 Sportplatzpatenschaften, Bau, Pflege und Betrieb sowie Geld-, Sach- und
967 Arbeitsleistungen Dritter beinhalten.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 13: Kommunale Finanzen – Echte Selbstverwaltung statt Geisel der Landespolitik

Laufende Nummer: 13

Antragsteller*in:	BV Westfalen-West, BV Ostwestfalen-Lippe · BV Münsterland · BV Westfalen-Süd · BV Köln-Bonn · BV Ruhrgebiet
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	2. Wirtschaft, Energie, Finanzen

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wir Jungen Liberalen sehen die Kommunen als das Fundament unserer Demokratie und
2 unseres Gemeinwesens. Sie sind die erste Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger
3 und tragen maßgeblich zur Lebensqualität in unserem Land bei. Doch viel zu oft werden
4 sie durch eine verfehlte Landes- und Bundespolitik in finanzielle Schieflagen
5 getrieben, die ihre Handlungsfähigkeit und Selbstverwaltung massiv einschränken. Wir
6 fordern daher eine grundlegende Neuausrichtung der kommunalen Finanzen, die es den
7 Kommunen ermöglicht, eigenverantwortlich zu handeln und ihren Aufgaben im Sinne der
8 Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden.
- 9 Wir bekennen uns zu einer **konsequenten kommunalen Schuldenbremse**, die eine solide und
10 nachhaltige Finanzpolitik gewährleistet. Zudem fordern wir eine konsequente Anwendung
11 des **Konnexitätsprinzips**, welches besagt, dass wer bestellt, auch zahlt. Das heißt,
12 wenn Bund oder Land den Kommunen Aufgaben überträgt, muss der jeweilige Auftraggeber
13 auch für die vollständige Finanzierung dieser Aufgaben aufkommen. Es darf nicht sein,
14 dass die Kommunen durch Bundes- oder Landesgesetze und -verordnungen zu immer neuen
15 Aufgaben verpflichtet werden, während die Finanzierungslast bei ihnen hängen bleibt.
- 16 Wir fordern Transparenz und eine faire Aufteilung der finanziellen Verantwortung
17 zwischen Bund, Ländern und Kommunen.
- 18 Viele Kommunen sind durch Altlasten in Form von Schulden aus der Vergangenheit
19 belastet, die ihre Handlungsfähigkeit massiv einschränken. Daher fordern wir eine
20 **nachhaltige Altschuldenlösung**, die es den Kommunen ermöglicht, diese Schuldenberge
21 abzubauen und ihre Finanzen zu sanieren. Auch wenn eine umfassende Altschuldenlösung
22 auf Landesebene erfolgen muss, ist dies für uns der einzig richtige Weg. Wir fordern
23 die Landesregierungen auf, sich dieser Verantwortung zu stellen und gemeinsam mit den
24 Kommunen tragfähige Lösungen zu erarbeiten. Weiter fordern wir die **Abschaffung aller**
25 **Fördermaßnahmen** des Landes zugunsten einer direkten und bedarfsgerechten
26 Finanzausstattung. Fördermaßnahmen sind oft bürokratisch, intransparent und fördern
27 ineffiziente Strukturen. Anstatt die Kommunen durch immer neue Fördertöpfe zu
28 gängeln, brauchen sie eine verlässliche und freie Finanzierung, die ihnen ermöglicht,
29 ihre Aufgaben eigenverantwortlich wahrzunehmen.
- 30 Schließlich fordern wir eine **Erhöhung der Schlüsselzuweisungen** und eine Anpassung des
31 Verteilungsschlüssels, der sicherstellt, dass die finanziellen Mittel bedarfsgerecht
32 bei den Kommunen ankommen. Die Verteilung muss sich an den tatsächlichen Bedürfnissen
33 und Herausforderungen der einzelnen Kommunen orientieren und darf nicht durch starre
34 Vorgaben verzerrt werden. Um die finanzielle Souveränität der Städte und Gemeinden zu
35 schützen, fordern wir zudem, dass Kreisumlagen nicht mehr einseitig durch die Kreise
36 erhöht werden dürfen. Solche Anpassungen müssen eine vorherige schriftliche Anhörung

37 der betroffenen Kommunen sowie deren grundsätzliche Zustimmung voraussetzen, wobei im
38 Falle einer Ablehnung ein Schlichtungsverfahren oder ein aufschiebendes Veto der
39 Kommunen greifen muss und die finale Erhöhung weiterhin der Genehmigung durch die
40 Bezirksregierung bedarf. Wir fordern, dass die Kommunen als eigenverantwortliche
41 Akteure ernst genommen werden und die Möglichkeit erhalten, ihre Finanzen nachhaltig
42 und zukunftsorientiert zu gestalten. Nur so können wir eine starke und lebendige
43 kommunale Selbstverwaltung gewährleisten.

44 Wir Jungen Liberalen sind überzeugt, dass diese Maßnahmen unerlässlich sind, um die
45 kommunale Selbstverwaltung zu stärken und den Kommunen die nötige finanzielle Basis
46 für ihre Aufgaben zu geben.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 18: Weniger Staat, mehr Zuhause – Wohnen endlich wieder bezahlbar machen.

Laufende Nummer: 18

Antragsteller*in:	BV Köln-Bonn, BV Ruhrgebiet
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	3. Verkehr, Bauen, Infrastruktur

Die Versammlung möge beschließen:

1 Der Wohnungsmarkt in Nordrhein-Westfalen steckt in einer Krise. Das Angebot ist zu
2 gering, die Mieten steigen für viele Menschen ins Unbezahlbare, und der Traum vom
3 Eigenheim rückt in weite Ferne. Besonders junge Menschen stehen bei der Wohnungssuche
4 vor großen Hürden.

5 Um den Wohnungsmarkt zu entlasten, muss der Wohnungsbau deutlich ausgeweitet werden.
6 Dafür braucht es Maßnahmen, die das Bauen attraktiver machen und Investitionen
7 erleichtern.

8 **Steuern runter, Kräne rauf**

9 Bauherren und Käufer müssen steuerlich entlastet werden, um Investitionen anzuregen
10 und den Erwerb von Wohneigentum zu erleichtern. Das bestehende Steuersystem erzeugt
11 zudem hohen bürokratischen Aufwand. Eine Vereinfachung der Steuerstruktur kann
12 Abhilfe schaffen.

13 Wir fordern konkret:

- 14 • Für die erste selbst gekaufte und selbst genutzte Immobilie soll keine
15 Grunderwerbsteuer anfallen. Im Falle des Erwerbs eines Mehrfamilienhauses mit
16 ETW zur Selbstnutzung soll eine anteilige Besteuerung der fremdvermieteten
17 Bereiche erfolgen.
- 18 • Die bisherige Grundsteuer soll abgeschafft und durch eine Bodenwertsteuer
19 ersetzt werden. Besteuert wird dabei ausschließlich der Bodenwert, nicht die
20 Bebauung, sodass die Bebauung von Grundstücken steuerlich attraktiver wird.

21 **Aus Förderdschungel wird Bauland**

22 Derzeit existiert eine Vielzahl an Förderprogrammen des Landes Nordrhein-Westfalen,
23 der KfW, des Bundes und anderer Institutionen. Die Beantragung und Genehmigung dauert
24 häufig zu lange und verzögert Projekte erheblich. Zudem bestehen Überschneidungen
25 zwischen Programmen, während andere kaum genutzt werden.

26 Wir fordern:

- 27 • Die ersatzlose Abschaffung jeglicher NRW Förderprogramme (NRW Bank) für den
28 privaten Wohnungsbau.

29 **Bürokratie abreißen, Wohnungen bauen**

30 Zahlreiche gesetzliche Vorgaben verzögern oder verhindern Bauprojekte. Besonders
31 Regelungen im Arten- und Denkmalschutz erschweren Neubau und Sanierung erheblich.

32 Wir setzen uns dafür ein:

- 33 • Die interkommunale Zusammenarbeit bei der Bereitstellung von Ausgleichsflächen

- 34 im Artenschutz soll gestärkt werden.
- 35 • Der Denkmalschutz soll nur noch für Gebäude von überörtlicher Bedeutung gelten.
- 36 • Die Baustandards in Nordrhein-Westfalen sollen auf das europäische Mindestmaß
- 37 gesenkt werden. Ein Beispiel hierfür sind die Niederlande.
- 38 • Die Mietpreisbremse soll ersatzlos abgeschafft werden. Jegliche Form der
- 39 Mietpreisregulierung lehnen wir ab.

Antrag 17: Bargeld ist Freiheit. Bargeld schützen, Wahlfreiheit sichern

Laufende Nummer: 17

Antragsteller*in:	Torben Hundsdörfer, Jonathan Dammermann
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	2. Wirtschaft, Energie, Finanzen

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Bargeld ist gedruckte und geprägte Freiheit. Es ermöglicht anonyme, unkomplizierte
- 2 und jederzeit verfügbare Zahlungen, ganz ohne Strom, Internet oder Konto. Es schützt
- 3 die Privatsphäre der Bürger und ist ein wichtiger Baustein für die Krisenfestigkeit
- 4 unseres Zahlungsverkehrs. Gerade für ältere Menschen, Kinder und Jugendliche sowie
- 5 für Menschen ohne Zugang zu digitalen Bezahlmethoden ist Bargeld unverzichtbar.
- 6 Gleichzeitig wird Bargeld schleichend zurückgedrängt: durch den Abbau von
- 7 Geldautomaten und Filialen, durch Meldepflichten und Obergrenzen und durch die
- 8 Debatte um einen digitalen Euro. Ein liberaler Staat vertraut seinen Bürgern und
- 9 schreibt ihnen nicht vor, wie sie zu bezahlen haben.
- 10 Wir JuLis NRW bekennen uns zum Bargeld. In diesem Kontext fordern wir:
- 11 • **Keine Obergrenzen für Barzahlungen.** Wer legal verdientes Geld ausgibt, darf
- 12 nicht unter Generalverdacht stehen. Wir lehnen nationale und europäische
- 13 Obergrenzen ab, auch die ab 2027 vorgesehene EU-weite Grenze von 10.000 Euro.
- 14 Geldwäsche bekämpfen wir gezielt bei konkreten Verdachtsfällen, nicht durch die
- 15 Beschränkung der Freiheit aller.
- 16 • **Wahlfreiheit für Händler.** Geschäften muss es weiterhin offenstehen,
- 17 ausschließlich Bargeld anzunehmen. Weder der Bund noch EU dürfen Händler zur
- 18 Annahme bestimmter digitaler Zahlungsmittel oder zur Anschaffung von
- 19 Kartenlesegeräten zwingen.
- 20 • **Keine Diskriminierung von Bargeld.** Öffentliche Stellen in NRW, von
- 21 Landesbehörden über Kommunen bis zu öffentlichen Verkehrsunternehmen, sollen
- 22 Bargeld ohne Aufschläge und Gebühren annehmen. Barzahler dürfen nicht durch
- 23 Zuschläge oder schlechtere Konditionen benachteiligt werden.
- 24 • **Wiedereinführung der 500-Euro-Note.** Die EZB hat die Ausgabe des größten Scheins
- 25 eingestellt, obwohl er weiterhin gesetzliches Zahlungsmittel ist. Wir fordern
- 26 seine Wiedereinführung als Zeichen des Vertrauens in die Bürger und aufgrund
- 27 seiner Praktikabilität im Zahlungsverkehr.
- 28 • **Flächendeckende Bargeldversorgung.** Auch im ländlichen Raum muss Bargeld
- 29 erreichbar bleiben. Sparkassen und andere Institute in öffentlicher Hand sollen
- 30 ein Mindestangebot an Geldautomaten und Einzahlungsmöglichkeiten garantieren.
- 31 • **Bargeld als Teil der kritischen Infrastruktur.** Bei Stromausfall oder
- 32 Cyberangriffen muss der Zahlungsverkehr funktionieren. Bargeld ist dafür die
- 33 verlässlichste Rückfallebene.
- 34 • **Kein digitaler Euro, der Bargeld verdrängt.** Digitales Zentralbankgeld darf
- 35 Bargeld weder ersetzen noch benachteiligen und keine zentrale Erfassung von

- 36 Zahlungsdaten ermöglichen. Ohne verbindliche Bargeldgarantie und strenge
- 37 Datenschutzvorgaben lehnen wir seine Einführung ab.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 08: Frequenzwechsel: ÖRR privatisieren

Laufende Nummer: 8

Antragsteller*in:	BV Düsseldorf, BV Münsterland
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	4. Innen, Recht, Migration, Kommunales

Die Versammlung möge beschließen:

1 *Der öffentlich-rechtliche Rundfunk sitzt bequem in seiner Zwangsfinanzierung, während*
2 *er seinem eigentlichen Auftrag immer weniger gerecht wird. Von den 18,36 Euro*
3 *Rundfunkbeitrag im Monat gehen 8,70 Euro an die ARD-Landesrundfunkanstalten, 4,69*
4 *Euro ans ZDF, 4,08 Euro in die ARD-Gemeinschaftsaufgaben, 50 Cent ans*
5 *Deutschlandradio und 35 Cent an die Landesmedienanstalten, ganz gleich, ob und wie*
6 *viel davon je genutzt wird. Ausgewogenheit wird zur Ausnahme, Unterhaltungsshows und*
7 *Sportrechte fressen Budgets, die eigentlich der Meinungsvielfalt dienen sollten. Wer*
8 *den Beitrag nicht zahlt, bekommt Mahnungen und Vollstreckung, egal ob er ein einziges*
9 *Programm je eingeschaltet hat. Das ist kein Rundfunk für mündige Bürger, das ist ein*
10 *Selbstbedienungsladen mit Beitragsgarantie.*

11

12 *Wir Junge Liberale wollen einen Rundfunk, der sich seine Zuschauer verdient, statt*
13 *sie per Gesetz dazu zu verpflichten. Medienvielfalt entsteht durch Wettbewerb, nicht*
14 *durch eine Zwangsabgabe, die dem ÖRR jeden Anreiz zur Erneuerung nimmt. Deshalb*
15 *wollen wir den ÖRR privatisieren, so weit es das Grundgesetz zulässt, und ihn dort,*
16 *wo eine öffentlich-rechtliche Struktur zwingend bleiben muss, auf ein Minimum*
17 *verschlanken.*

18

19 **Sendeschluss für den Zwangsbeitrag**

20 *Der Rundfunkbeitrag ist eine Zwangsabgabe ohne Wettbewerbsdruck. Wir wollen sie*
21 *beenden, wo der Markt liefern kann, und begrenzen, wo das noch nicht geht.*

- 22 • *Die Landesregierung legt ein Konzept zur schrittweisen Privatisierung von*
23 *Sendeanstalten und Kanälen vor, die nicht zur Kern-Grundversorgung zählen,*
24 *verbunden mit gesetzlichen Auflagen zu Meinungsvielfalt und Ausgewogenheit für*
25 *die neuen privaten Träger.*
- 26 • *Rein kommerzielle Unterhaltungsformate und teure Sportübertragungsrechte*
27 *streichen wir aus dem gesetzlichen Auftrag des ÖRR und überlassen sie dem*
28 *privaten Markt.*
- 29 • *Der verbleibende Rundfunkbeitrag wird an die allgemeine Preisentwicklung*
30 *gekoppelt, statt wie bisher nach Bedarfsmeldungen der Anstalten festgesetzt zu*
31 *werden.*
- 32 • *Scheitert die Reform dauerhaft, fordern wir die vollständige Privatisierung des*
33 *ÖRR im Rahmen des verfassungsrechtlich Möglichen.*

34

35 **Schlank statt satt**

- 36 Auch der ÖRR, der bis zur Privatisierung bestehen bleibt, muss sich an denselben
37 Maßstäben messen lassen wie jedes andere Unternehmen.
- 38 • Die neun ARD-Landesanstalten legen wir zu höchstens vier Medienanstalten
39 zusammen, Nordrhein-Westfalen bekommt künftig nur noch ein Hörfunk-Vollprogramm.
 - 40 • Gehälter von Intendanz und Geschäftsleitung deckeln wir auf Höhe der obersten
41 Besoldungsgruppe des öffentlichen Dienstes, neue Pensionszusagen der Anstalten
42 schaffen wir ab.
 - 43 • Eine gestärkte, staatsferne Kontrollinstanz prüft jährlich öffentlich, ob der
44 ÖRR seinen Ausgewogenheitsauftrag noch erfüllt.
 - 45 • NRW stimmt künftigen Beitragserhöhungen nur zu, wenn diese Schritte nachweislich
46 umgesetzt sind. Anderenfalls prüfen wir die Kündigung des
47 Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 14: Luisa ist überall! – Für einen konsequenten Schutz von Frauen vor Gewalt

Laufende Nummer: 14

Antragsteller*in:	BV Westfalen-West, BV Ostwestfalen-Lippe · BV Münsterland · BV Westfalen-Süd · BV Niederrhein · BV Ruhrgebiet
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	4. Innen, Recht, Migration, Kommunales

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Gewalt gegen Frauen stellt eine der gravierendsten und am weitesten verbreiteten
- 2 Menschenrechtsverletzungen unserer Zeit dar. Jede Frau hat ein unveräußerliches Recht
- 3 auf Leben, Freiheit und körperliche Unversehrtheit. Es ist eine Kernaufgabe des
- 4 Rechtsstaats, diese Rechte für jede einzelne Person zu garantieren und zu schützen.
- 5 Die Realität in Deutschland zeigt jedoch ein erschreckendes Bild: Die Schutz- und
- 6 Hilfsangebote sind lückenhaft, Täter werden oft zu lasch oder gar nicht verfolgt und
- 7 Opfer bleiben mit den physischen und psychischen Folgen allein. Um Frauen wirksam vor
- 8 Gewalt zu schützen und ihre Selbstbestimmung zu stärken, ist ein entschlossenes und
- 9 umfassendes Handeln zwingend erforderlich.
- 10 **Deshalb fordern wir Jungen Liberalen konkret:**
- 11 **Prävention stärken und niedrigschwellige Hilfe ausbauen**
- 12 **Bundesweite Etablierung des „Luisa ist hier!“-Konzepts:** Wir fordern die
- 13 verpflichtende Einführung und Bewerbung des Codewort-Systems „Luisa ist hier!“ in
- 14 Gastronomie, Clubs und bei öffentlichen Veranstaltungen. Dies schafft eine bundesweit
- 15 einheitliche, diskrete und unkomplizierte Hilfmöglichkeit für Frauen in bedrohlichen
- 16 Situationen. Das Personal kann so geschult werden, direkt und deeskalierend zu
- 17 helfen, ohne die Betroffene weiter zu gefährden.
- 18 **Bildungsoffensive für Gleichberechtigung und Konsens:** Wir fordern die
- 19 fächerübergreifende Verankerung von Aufklärung über Konsens, sexuelle
- 20 Selbstbestimmung und die verschiedenen Formen von Gewalt in den Lehrplänen aller
- 21 Schulformen. Nur durch frühzeitige, altersgerechte Bildung können schädliche
- 22 Geschlechterstereotype abgebaut und eine Kultur des Respekts und des „Nein heißt
- 23 Nein“ von Grund auf gefördert werden.
- 24 **Förderung von "Positive Masculinity":** Wir fordern die Etablierung von Programmen und
- 25 Kampagnen, die sich gezielt an Jungen und Männer richten. Ziel ist es,
- 26 gewaltbegünstigende Rollenbilder aktiv aufzubrechen und ein partnerschaftliches,
- 27 gleichberechtigtes und gewaltfreies Miteinander als erstrebenswertes Leitbild zu
- 28 etablieren.
- 29 **Stärkung der Medienkompetenz gegen digitale Gewalt:** Wir fordern gezielte
- 30 Aufklärungskampagnen zur Sensibilisierung für digitale Gewaltformen wie Hassrede,
- 31 Cyberstalking oder die unerlaubte Verbreitung intimer Bilder. Frauen müssen befähigt
- 32 werden, sich im digitalen Raum sicher zu bewegen, Taten effektiv zu dokumentieren und
- 33 zur Anzeige zu bringen.
- 34 **Ausbau anonymer und digitaler Beratungsangebote:** Wir fordern die Sicherstellung eines

flächendeckenden und leicht zugänglichen Angebots an telefonischen und Online-Beratungsstellen. Diese bieten Betroffenen eine erste, vertrauliche Anlaufstelle, um sich über ihre Situation und Hilfsmöglichkeiten zu informieren, bevor sie sich zu weiteren Schritten entscheiden.

Schutzräume schaffen und Opfer stärken

Einführung eines Rechtsanspruchs auf Schutz und Beratung: Wir fordern die gesetzliche Verankerung eines individuellen Rechtsanspruchs auf Schutz und Beratung für alle Betroffenen von geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt. Damit wird der Schutz vor Gewalt als staatliche Kernaufgabe anerkannt und die Hilfe von der jeweiligen Haushaltslage der Kommunen entkoppelt.

Bedarfsgerechte und verlässliche Finanzierung von Frauenhäusern: Wir fordern eine solide und dauerhafte Bundesfinanzierung für Frauenhäuser und Fachberatungsstellen. Nur so kann der akute Mangel an Plätzen beendet, Personal fair entlohnt, bundesweite Qualitätsstandards gesichert und eine hochwertige psychosoziale Betreuung für alle betroffenen Frauen und ihre Kinder garantiert werden.

Nationales Online-Register für freie Frauenhausplätze: Wir fordern die Einrichtung einer bundesweiten, in Echtzeit abrufbaren Datenbank für freie Frauenhausplätze. Dies beendet die verzweifelte und oft retraumatisierende Suche nach einem freien Platz, bei der Betroffene unzählige Einrichtungen abtelefonieren müssen.

Flächendeckende Einführung der anonymen Spurensicherung: Wir fordern, dass die anonyme Beweisaufnahme und -sicherung nach sexualisierter Gewalt als gesetzliche Regelleistung in allen Notaufnahmen und Kliniken angeboten wird. Dies stärkt die Selbstbestimmung der Betroffenen, da sie Beweise für ein mögliches späteres Strafverfahren sichern können, ohne dem unmittelbaren Druck einer Anzeige ausgesetzt zu sein.

Wirtschaftliche Unabhängigkeit als Gewaltschutz fördern: Finanzielle Abhängigkeit ist eine der größten Hürden, eine gewaltvolle Beziehung zu verlassen. Wir fordern daher politische Maßnahmen, die die ökonomische Eigenständigkeit von Frauen stärken, wie z.B. faire Löhne, bessere Kinderbetreuung, gezielte Förderung von Gründerinnen und flexible Arbeitszeitmodelle.

Konsequente Strafverfolgung und Stärkung des Rechtsstaats

Geschlechtsspezifische Tötungen als Mord erkennen: Geschlechtsspezifische Tötungen, insbesondere Femizide, werden in der Rechtsprechung zu häufig als Totschlag statt als Mord bewertet. Wir wollen deshalb die Auseinandersetzung mit geschlechtsspezifischer Gewalt in der Juristenausbildung stärken und eine entsprechende Sensibilisierung der Justiz fördern. Die geschlechtsspezifische Motivation soll bei der Prüfung der Mordmerkmale konsequent berücksichtigt werden. Die Entscheidung über Mord oder Totschlag bleibt dabei dem Gericht im Einzelfall vorbehalten.

Strafrahmen bei Vergewaltigung erhöhen: Wir fordern eine Angleichung des Strafrahmens für Vergewaltigung (§ 177 StGB) an den des schweren Raubes (§ 250 StGB) mit einer Anhebung der Mindeststrafe von zwei auf drei Jahre. Durch diese Heraufsetzung wird sichergestellt, dass bei der Verurteilung einer Vergewaltigung künftig keine Aussetzung der Strafe zur Bewährung mehr möglich ist, um der Schwere dieser Taten und dem Schutz der Opfer gerecht zu werden.

Opferschutz im Gerichtsverfahren ausbauen: Wir fordern die standardmäßige Anwendung und den Ausbau von Schutzmaßnahmen im Gerichtsprozess, wie z.B. Video-Vernehmungen oder die Aussage aus einem separaten Raum. Diese Maßnahmen müssen konsequent genutzt werden, um zu verhindern, dass Opfer durch die direkte Konfrontation mit dem Täter erneut traumatisiert werden und ihre Aussagefähigkeit beeinträchtigt wird.

Sicherstellung der psychosozialen Prozessbegleitung: Wir fordern einen garantierten, kostenfreien Anspruch auf professionelle psychosoziale Prozessbegleitung für alle Opfer von Gewalttaten. Diese Begleitung ist essentiell für die emotionale Stabilisierung, bietet Orientierung im komplexen Justizsystem und hilft bei der Bewältigung des Traumas.

Vollständige Umsetzung der Istanbul-Konvention: Wir fordern die Einrichtung einer nationalen Koordinierungsstelle und die Entwicklung eines verbindlichen, ressortübergreifenden Aktionsplans, um die lückenhafte Umsetzung des Übereinkommens zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen endlich zu beenden.

Spezialisierung bei Polizei und Justiz: Wir fordern verpflichtende und regelmäßige Fortbildungen für Polizei, Staatsanwaltschaften und Richterschaft, wobei dies nur die Dezernate bei den Behörden und Gerichten betrifft, die die Fälle auch tatsächlich bearbeiten. Dies ist notwendig, um die Sensibilität im Umgang mit Betroffenen zu erhöhen, Täterstrategien besser zu erkennen und die Qualität der Ermittlungs- und Gerichtsverfahren nachhaltig zu verbessern.

Effektive Verfolgung digitaler Gewalt: Wir fordern die Schaffung von spezialisierten Staatsanwaltschaften und Polizeieinheiten zur konsequenten Verfolgung von Straftaten im digitalen Raum. Nur mit dem nötigen Fachwissen kann sichergestellt werden, dass der digitale Raum kein rechtsfreier Raum für Hass und Gewalt gegen Frauen ist.

Täterarbeit ausbauen: Wir fordern die Intensivierung von Täterprogrammen als wichtigen Baustein, um Gewaltkreisläufe nachhaltig zu durchbrechen. Die Finanzierung dieser Programme darf jedoch unter keinen Umständen zulasten der existenziell wichtigen Mittel für die Opferhilfe und -beratung gehen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 02: Eine neue Gründerzeit für Nordrhein-Westfalen

Laufende Nummer: 2

Antragsteller*in:	KV Erft
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	2. Wirtschaft, Energie, Finanzen

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Nordrhein-Westfalen soll ein Land sein, in dem mehr Menschen eigenes Vermögen
- 2 aufbauen, Wohneigentum erwerben, sich an Unternehmen beteiligen oder selbst ein
- 3 Unternehmen gründen können.
- 4 Privateigentum verschafft Menschen wirtschaftlichen Handlungsspielraum. Wer
- 5 Rücklagen, Beteiligungen oder Immobilien besitzt, kann eigenständiger vorsorgen,
- 6 investieren, Risiken tragen und Entscheidungen treffen. Deshalb wollen wir Junge
- 7 Liberale politische Rahmenbedingungen stärker danach beurteilen, ob sie
- 8 Eigentumsbildung erleichtern oder erschweren.
- 9 Unser Ziel ist eine Eigentümer- und Gründergesellschaft, in der möglichst viele
- 10 Menschen eigenes Vermögen aufbauen können. Wohneigentum, Aktien,
- 11 Unternehmensbeteiligungen und Selbstständigkeit sollen nicht davon abhängen, ob
- 12 bereits Vermögen in der Familie vorhanden ist. Wer arbeitet, spart, investiert oder
- 13 unternehmerisches Risiko übernimmt, soll realistische Chancen haben, daraus dauerhaft
- 14 Eigentum und wirtschaftliche Sicherheit aufzubauen.
- 15 Dazu gehört auch eine stärkere Gründerkultur. Wer ein Unternehmen gründet, setzt
- 16 eigenes Kapital und eigene Arbeitskraft ein und trägt das Risiko des Scheiterns. Der
- 17 Staat soll nicht entscheiden, welche Geschäftsmodelle Erfolg haben sollen. Seine
- 18 Aufgabe ist es, verlässliche Regeln zu schaffen, Markteintritt zu ermöglichen und
- 19 unnötige Kosten und bürokratische Hürden zu vermeiden. Ebenso müssen die
- 20 wirtschaftlichen Folgen eines gescheiterten Gründungsversuchs so ausgestaltet sein,
- 21 dass ein erneuter unternehmerischer Versuch möglich bleibt.
- 22 Mit dem Begriff einer neuen Gründerzeit verbinden wir deshalb keinen staatlich
- 23 organisierten Wirtschaftsaufschwung. Gemeint ist eine Ordnung, in der Kapitalbildung,
- 24 Investitionen, Unternehmensgründungen und wirtschaftlicher Aufstieg möglichst breit
- 25 möglich sind und in der Eigentum als Voraussetzung persönlicher Eigenständigkeit
- 26 geschützt wird.
- 27 **Beschluss**
- 28 Die Jungen Liberalen Nordrhein-Westfalen setzen sich dafür ein, das Leitbild einer
- 29 Eigentümer- und Gründergesellschaft zu einem zentralen Bestandteil liberaler Politik
- 30 in Nordrhein-Westfalen zu machen.
- 31 Insbesondere die Steuer-, Wirtschafts-, Energie-, Wohnungs-, Sozial- und
- 32 Bildungspolitik soll stärker daran ausgerichtet werden,
- 33 • privaten Vermögensaufbau und Eigentumsbildung zu erleichtern,
- 34 • Gründungen, Investitionen, Unternehmenswachstum und Unternehmensnachfolgen zu
- 35 erleichtern,
- 36 • die Entstehung langfristig tragfähiger Arbeitsplätze zu ermöglichen,

- 37 • Eigentumsrechte vor unverhältnismäßigen staatlichen Eingriffen zu schützen,
 - 38 • die Kosten und dauerhaften Folgen unternehmerischen Scheiterns zu begrenzen und
 - 39 zweite Gründungsversuche zu ermöglichen,
 - 40 • sowie sozialen Aufstieg stärker durch wirtschaftliche Teilhabe, Vermögensbildung
 - 41 und Eigenständigkeit zu ermöglichen.
- 42 Liberale Politik muss zuerst die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Wohlstand
43 entsteht und möglichst viele Menschen daran teilhaben können. Erst auf dieser
44 Grundlage kann verteilt werden. Umverteilung darf wirtschaftliches Wachstum und
45 Vermögensbildung nicht ersetzen, sondern soll dort absichern, wo eigene Mittel nicht
46 ausreichen. Unser langfristiges Ziel ist eine Gesellschaft, in der mehr Menschen
47 durch eigenes Einkommen, Eigentum und Vermögen wirtschaftlich eigenständig sind und
48 deshalb weniger auf staatliche Umverteilung angewiesen sind.

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag 05: Vertragsfreiheit statt Einheitskasse - Die GKV marktwirtschaftlich reformieren

Laufende Nummer: 5

Antragsteller*in:	BV Ostwestfalen-Lippe
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	2. Wirtschaft, Energie, Finanzen

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Das deutsche Krankenversicherungssystem basiert auf einer verpflichtenden
- 2 Versicherung mit einem weitgehend staatlich regulierten Leistungs- und
- 3 Beitragssystem. Dadurch wird der Wettbewerb zwischen den Versicherungsunternehmen
- 4 erheblich eingeschränkt und die Verantwortung der Versicherten in den Hintergrund
- 5 gedrängt. Während bei nahezu allen anderen konventionellen Versicherungen Beiträge
- 6 und Leistungen individuell vereinbart werden und Risiken entsprechend kalkuliert
- 7 werden können, gelten für die Krankenversicherung weitreichende Sonderregelungen.
- 8 Dies führt zu steigenden Kosten, Fehlanreizen und einer zunehmenden Belastung der
- 9 Beitragszahler.
- 10 Ein funktionierender Versicherungsmarkt lebt von Wettbewerb und Vertragsfreiheit.
- 11 Versicherungen müssen ihre Leistungen und Beiträge eigenständig gestalten können,
- 12 während Versicherte selbst entscheiden können, welches Leistungsniveau sie absichern
- 13 möchten. Wer bewusst gesünder lebt und geringere Risiken verursacht, darf gegenüber
- 14 risikoreicherem Verhalten nicht benachteiligt werden. Deshalb fordern wir:
- 15 **1. Die gesetzliche Pflicht zur einheitlichen Ausgestaltung von**
- 16 **Krankenversicherungen ist schrittweise abzubauen.** Krankenversicherungen sollen –
- 17 wie andere private Versicherungen auch – ihre Beiträge, Leistungen und
- 18 Vertragsbedingungen eigenständig festlegen und im Wettbewerb miteinander
- 19 anbieten können.
- 20 **2. Die allgemeine Krankenversicherungspflicht ist aufzuheben.** Jeder volljährige und
- 21 geschäftsfähige Bürger muss selbst entscheiden können, ob und in welchem Umfang
- 22 er sich gegen Krankheitskosten versichern möchte. Die Entscheidung, auf eine
- 23 Krankenversicherung vollständig zu verzichten, ist Ausdruck der individuellen
- 24 Vertrags- und Entscheidungsfreiheit und darf nicht durch staatlichen Zwang
- 25 eingeschränkt werden.
- 26 **3. Krankenversicherungen sollen das Recht erhalten, Versicherungsverträge** unter den
- 27 vertraglich vereinbarten Bedingungen **zu kündigen oder nicht zu verlängern**, wenn
- 28 das Versicherungsverhältnis dauerhaft wirtschaftlich nicht mehr tragfähig ist
- 29 oder vereinbarte Voraussetzungen nicht mehr erfüllt werden. Die
- 30 Krankenversicherung darf hierbei nicht länger anders behandelt werden als andere
- 31 Versicherungsarten.
- 32 **4. Für Personen, die aufgrund schwerer Vorerkrankungen** oder außergewöhnlich hoher
- 33 Gesundheitsrisiken auf dem freien Versicherungsmarkt keinen ausreichenden
- 34 Versicherungsschutz erhalten können, ist ein **gesondertes, steuerfinanziertes**
- 35 **Sicherungssystem** vorzusehen. Dieses soll ausschließlich als soziale
- 36 **Auflösung dienen** und den Wettbewerb im regulären Versicherungsmarkt nicht

beeinträchtigen.

5. **Krankenkassen** sollen deutlich **freier** mit **Ärzten, Krankenhäusern, Apotheken** und anderen **Leistungserbringern** über **Preise** und **Versorgungsmodelle verhandeln können**. Selektivverträge könnten damit von der Ausnahme zu einem zentralen Instrument des Wettbewerbs werden. Das BMG sieht bereits heute Wettbewerb zwischen Kassen und Leistungserbringern als Ansatz für mehr Qualität und Effizienz.
6. Versicherte sollen durch **höhere Transparenz** nachvollziehen können, welche **Kosten** durch ihre **Behandlung** entstehen und welchen Anteil davon ihre Versicherung übernimmt. Die Kosten müssen dabei verständlich und digital abrufbar dargestellt werden.
7. **Dokumentations-, Genehmigungs- und Abrechnungspflichten** sollen auf ihre **Notwendigkeit überprüft** und unnötige Vorgaben **abgeschafft werden**. Versicherungen und Leistungserbringer sollen mehr Freiraum erhalten, eigene effiziente Prozesse zu entwickeln.
8. Versicherte sollen ihre **Gesundheits- und Abrechnungsdaten** auf Wunsch sicher **digital verwalten** und zwischen Versicherern übertragen können. Ein standardisiertes digitales Verfahren könnte den Wechsel der Versicherung erleichtern und gleichzeitig verhindern, dass Daten zum Lock-in-Effekt werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 09: Aufgabenkritik statt Autopilot: NRW-Finanzen neu ordnen

Laufende Nummer: 9

Antragsteller*in:	BV Düsseldorf
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	2. Wirtschaft, Energie, Finanzen

Die Versammlung möge beschließen:

1 *Nordrhein-Westfalen gibt Jahr für Jahr mehr aus, ohne regelmäßig zu prüfen, ob jede*
2 *Behörde, jedes Förderprogramm und jede Verwaltungsebene noch gebraucht wird.*
3 *Bezirksregierungen, Landschaftsverbände und eine wachsende Zahl an Förderprogrammen*
4 *laufen einfach weiter, Haushaltsjahr für Haushaltsjahr, unabhängig davon, ob sie*
5 *wirken.*

6

7 *Wir Junge Liberale wollen einen Landeshaushalt, der sich an Wirkung statt an*
8 *Gewohnheit orientiert. Wo eine Verwaltungsebene überflüssig geworden ist, schaffen*
9 *wir sie ab. Wo Fördergeld nichts bewirkt, streichen wir es. Und wo Geld fließt, muss*
10 *es jeder nachvollziehen können.*

11

12 **Aufgaben auf den Prüfstand**

13 *Jede Verwaltungsebene muss ihre Existenz rechtfertigen, nicht umgekehrt.*

14 • *Wir prüfen die Abschaffung der fünf Bezirksregierungen in Düsseldorf, Köln,*
15 *Arnsberg, Münster und Detmold nach dem Vorbild Niedersachsens. Aufgaben ohne*
16 *zwingenden Bündelungsbedarf gehen direkt an Landesministerien, Fachbehörden oder*
17 *Kommunen über.*

18 • *Die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe lösen wir auf. Ihre*
19 *Pflichtaufgaben wie Eingliederungshilfe, Psychiatrieversorgung, Förderschulen*
20 *sowie Kultur- und Denkmalpflege gehen auf die Landesebene über, ohne dass*
21 *Betroffene Leistungen verlieren. Kreise und kreisfreie Städte erhalten dafür*
22 *verbindliche Mitsprache- und Anhörungsrechte gegenüber dem Land.*

23 • *Politische Stabstellen in Rathäusern ohne gesetzlichen Pflichtauftrag, etwa*
24 *Klimastäbe oder Sonderbeauftragte für Nischenthemen, bauen wir ab, das Personal*
25 *geht in die überlastete Kernverwaltung. Die Pflicht zur hauptamtlichen*
26 *Gleichstellungsbeauftragten ab einer bestimmten Einwohnerzahl stellen wir auf*
27 *den Prüfstand.*

28 • *Verwaltungsleistungen ohne Bürgerkontakt, etwa IT, Beschaffung und*
29 *Rechnungswesen, organisieren Kommunen künftig gemeinsam statt jede für sich.*

30 • *Den Meldestellenverbund für Diskriminierung (MEDAR, MIRa, DINA, MIQ) schaffen*
31 *wir ab. Anonyme Selbstmeldungen ohne Fallprüfung sind keine belastbare Grundlage*
32 *für politisches Handeln. Beratung und Unterstützung Betroffener leistet*
33 *weiterhin die bestehenden Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit, für*
34 *Straftaten bleibt die Polizei zuständig.*

35

36 **Fördergeld mit Sinn und Ende**

37 *Was nicht wirkt, bekommt kein Geld mehr, egal wie lange es das schon bekommen hat.*

- 38 • *Förderprogramme erhalten künftig eine feste Laufzeit von maximal 12 Monaten und*
39 *werden an messbare, vorab festgelegte Kennzahlen gekoppelt. Wer seine Ziele ohne*
40 *triftigen Grund verfehlt, verliert den Anspruch auf weitere Mittel, jede*
41 *Anschlussförderung braucht einen neuen Bewilligungsbeschluss. Für laufende*
42 *institutionelle Förderungen gilt eine Übergangsfrist von zwei Haushaltsjahren.*
- 43 • *Wer gegen ein bestandskräftig genehmigtes Infrastruktur-, Gewerbe- oder*
44 *Wohnungsbauvorhaben in NRW klagt, bekommt für die Dauer des Verfahrens keine*
45 *neue projektbezogene Landesförderung im selben Themenfeld. Das gesetzliche*
46 *Klage- und Verbandsklagerecht bleibt davon unberührt.*
- 47 • *Finanzschwache Kommunen in Haushaltssicherung oder Nothaushalt befreien wir von*
48 *Eigenanteilen bei freiwilligen Förderprogrammen oder finanzieren sie über den*
49 *vereinbarten Konnexitätsmechanismus vor. Sparpolitik darf nicht zulasten der*
50 *finanzschwächsten Kommunen gehen.*

51

52 **Transparenz und faire Verteilung**

53 *Was mit Steuergeld passiert, muss nachvollziehbar sein, nicht verhandelbar.*

- 54 • *Empfänger einer Landesförderung ab 50.000 Euro pro Haushaltsjahr legen ihre*
55 *Overhead-, Personal- und Kampagnenkosten offen.*
- 56 • *Grundsteuer- und Gewerbesteuerhebesätze aller Kommunen machen wir in einem*
57 *landesweiten Online-Register vergleichbar.*
- 58 • *Für Mittel aus Bundes-Sonderschulden legt NRW gesetzlich einen festen*
59 *Verteilungsschlüssel zwischen Land und Kommunen fest, statt ihn bei jedem neuen*
60 *Fördertopf politisch neu auszuhandeln.*
- 61 • *Landesförderung für Vereine und Verbände binden wir an das verfassungsrechtliche*
62 *Neutralitätsgebot, wie es Bundesfinanzhof und Bundesfinanzministerium für die*
63 *Gemeinnützigkeit bereits festgestellt hat: Wer Landesmittel erhält, verhält sich*
64 *parteipolitisch neutral. Organisationen, die überwiegend von ausländischen*
65 *Regierungen oder ihnen nahestehenden Stellen finanziert oder gesteuert werden,*
66 *schließen wir von der Förderung aus.*

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 10: Keine versteckten Smart Glasses und Action Cams in Bädern, Kitas und Schulen

Laufende Nummer: 10

Antragsteller*in:	BV Düsseldorf
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	4. Innen, Recht, Migration, Kommunales

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 *Wir setzen uns dafür ein, dass sogenannte Smart Glasses, etwa Meta-Brillen und Action*
- 2 *Cams, welche über eine versteckte Filmfunktion verfügen, in Schulen, Kitas, in allen*
- 3 *städtischen Bädern, Liegewiesen, Umkleiden, Duschen, Sanitäranlagen und Saunen*
- 4 *verboten werden.*
- 5 *Wenn bei einem Verstoß gegen das Recht auf das eigene Bild, versteckte Filmgläser*
- 6 *oder versteckte Kameras verwendet werden, soll dies bei einer Verurteilung*
- 7 *strafscharfend wirken.*

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 20: Elternunabhängige Chancengerechtigkeit ermöglichen - Steuerfinanzierte Prüfungsmaterialien veröffentlichen

Laufende Nummer: 20

Antragsteller*in:	BV Ostwestfalen-Lippe
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	1. Bildung, Wissenschaft Forschung

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wir Jungen Liberalen NRW fordern die vollständige, kosten- und barrierefreie
- 2 Veröffentlichung aller Prüfungsaufgaben der Zentralen Prüfungen 10 (ZP10), der
- 3 Zentralen Klausuren am Ende der Einführungsphase (ZKE) sowie der zentralen
- 4 Abiturprüfungen des jeweiligen vorangegangenen Schuljahres sowie aller zehn
- 5 vergangenen Schuljahre inklusive aller dazugehörigen Erwartungshorizonte,
- 6 Musterlösungen und Angaben für Lehrkräfte.
- 7 Um dies rechtssicher und zukunftsfähig zu gestalten, fordern wir Jungen Liberalen:
- 8 **1. OER-Prinzip verankern:** Bei der Erstellung neuer Prüfungsaufgaben ist von
- 9 vornherein darauf zu achten, dass genutzte Texte, Medien und Quellen entweder
- 10 gemeinfrei sind oder unter einer Open-Access-Lizenz stehen.
- 11 **2. Lizenzen ablösen:** Für bestehende, urheberrechtlich geschützte Inhalte in
- 12 Altaufgaben müssen die notwendigen Veröffentlichungsrechte pauschal durch das
- 13 MSB erworben werden, um eine lückenlose Bereitstellung zu garantieren.
- 14 **3. Zentraler Zugang:** Die Bereitstellung muss auf einer modernen, für alle Bürger
- 15 ohne Registrierungsschranken zugänglichen Online-Plattform erfolgen.
- 16 **4. Rückwirkende Veröffentlichung:** Bereits vorhandene Prüfungsaufgaben der
- 17 vergangenen zehn Jahre sind schnellstmöglich vollständig und inklusive
- 18 Erwartungshorizonte in das zentrale Archiv zu überführen, soweit
- 19 Urheberrechtsfragen dies erlauben. Für urheberrechtlich geschützte Inhalte gilt
- 20 der bereits geforderte pauschale Lizenzerwerb durch das MSB.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 07: Zeitenwende auch im Zivilschutz

Laufende Nummer: 7

Antragsteller*in:	BV Ruhrgebiet, BV Köln-Bonn · BV Münsterland · BV Westfalen-West
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	4. Innen, Recht, Migration, Kommunales

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Auftretende Katastrophen wie Extremwetter oder Pandemien, aber auch militärische
2 Konfliktlagen führen vor Augen, wie wichtig ein effektiver Schutz der
3 Zivilbevölkerung ist. Deutschland bleibt dabei jedoch im internationalen Vergleich zu
4 anderen Ländern, wie auch in den notwendigen Anforderungen an eine effektive zivile
5 Infrastruktur, weit zurück. Es muss darum gehen, den Zivilschutz nachhaltig zu
6 stärken.
- 7 **1. Stärken wir das Ehrenamt!** Ein großer Teil des Zivilschutzes besteht aus vielen
8 ehrenamtlichen Helfern, die unter unentgeltlicher Opferung ihrer Freizeit sowie
9 im Katastrophenfall unter Einsatz ihres Lebens unabdingliche Aufgaben für die
10 Gesellschaft wahrnehmen. Dies gilt es anzuerkennen und explizit zu fördern. Die
11 Vereinbarkeit von Ehrenamt und Beruf muss gewährleistet werden. Ferner müssen
12 für ehrenamtliche Helfer finanzielle Anreize geschaffen werden, um die
13 Attraktivität des Ehrenamts zu fördern. Dabei ist u.a. eine Erhöhung der
14 Ehrenamtspauschale anzustreben. Die ehrenamtlichen Organisationen müssen durch
15 Entbürokratisierung entlastet und mit einer besseren Ausstattung versehen
16 werden. Zusätzlich fordern wir eine verbindliche Abgleichspflicht zwischen
17 Hauptberuf und ehrenamtlicher Einsatzplanung. Für Personen in
18 sicherheitsrelevanten Hauptberufen, etwa im Gesundheitswesen, in der
19 Wehrverwaltung oder in kommunalen Sicherheitsbehörden, ist die bestehende
20 Unabkömmlichstellung konsequent anzuwenden, damit im Ernstfall nicht beide
21 Aufgabenbereiche gleichzeitig auf dieselbe Person angewiesen sind. Zusätzlich
22 ist das Freistellungs- und Verdienstausschlussrecht für ehrenamtliche Helfer
23 auszubauen.
- 24 **2. Bauen wir Frühwarnsysteme aus!** Wir fordern den Ausbau von Cell-Broadcast und der
25 NINA-Warn-App als Rückgrat der Bevölkerungswarnung, ergänzt um eine bessere
26 Anbindung an die Detektionsseite wie Pegel- und Sensornetze und das Modulare
27 Warnsystem MoWaS. Wir fordern ein dauerhaft gesichertes Sirenenförderprogramm
28 für die Kommunen statt befristeter Einzelprogramme, eine verbindliche Frist zur
29 vollständigen Anbindung aller lokalen Warnsysteme an die nationale Ebene, sowie
30 analoge Rückfallebenen wie Lautsprecherwagen und Sirenen für alle, deren Geräte
31 kein Cell-Broadcast unterstützen. Regelmäßige Warntag-Übungen sind verpflichtend
32 fortzuführen.
- 33 **3. Schaffen wir tragfähige und einheitliche Verwaltungsstrukturen!** Statt auf
34 Doppelstrukturen und unklare Kompetenzzuteilungen zu setzen, braucht es
35 einheitliche Strukturen. Daher fordern wir die Stärkung des Bundesamts für
36 Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, die zur zentralen Stelle für die
37 Koordination des Zivilschutzes ausgebaut werden soll. Zusätzlich fordern wir,
38 dass die gestärkte Koordinationsstelle beim BBK verbindlich mit der

39 militärischen Gesamtverteidigungsplan verankert wird. Die Zivil-Militärische
40 Zusammenarbeit zwischen BBK, Ländern und der Bundeswehr, insbesondere den
41 Landeskommunikationszentren, ist gesetzlich zu verankern und nicht nur informell zu pflegen.

42 **4. Fördern wir zivile Schutzräume!** Anstatt auf die Katalogisierung nicht
43 vorhandener oder in schlechtem Zustand befindlicher Schutzräume zu setzen, die
44 langsam nachgerüstet und aufgestockt werden sollen, braucht es einen
45 konsequenten numerischen Ausbau von Schutzräumen. Wir fordern finanzielle bzw.
46 steuerliche Vergünstigungen beim Bau neuer Gebäude, die Schutzräume integrieren.
47 Gebäude, die im alltäglichen Leben für zivile Zwecke genutzt werden, sollen so
48 im Kriegsfall als Schutzräume fungieren. Darunter fallen Schutzräume, die einzig
49 für diese Funktion gebaut wurden sowie Räume, die eine anderweitige Nutzung im
50 Alltag finden, jedoch als Schutzraum ausgerüstet sind. Die Vergünstigungen sowie
51 notwendige Baugenehmigungen sollen bürokratiearm vergeben werden.

52 **5. Schützen wir kritische Infrastruktur!** Wir fordern verbindliche technische
53 Mindeststandards für alle KRITIS-Betreiber auf Basis des BSI-Grundschutzes,
54 insbesondere physisch getrennte Offline-Backups, zentrale Systeme zur
55 Angriffserkennung (SIEM/SOC) und eine Energieautarkie von mindestens 72 Stunden.
56 Wir fordern die konsequente und fristgerechte Umsetzung des KRITIS-Dachgesetzes
57 durch die Betreiber. Ergänzend fordern wir die Einrichtung von KRITIS-
58 Sicherheitsräten auf Länderebene zur Koordination zwischen Polizei,
59 Verfassungsschutz und Betreibern gegen hybride Angriffe einschließlich
60 Drohnenbedrohungen, sowie ein zweigleisiges Finanzierungsmodell aus KfW-Krediten
61 und Steuerabschreibungen für Backup- und Drohnenabwehr-Infrastruktur.

62 **6. Koordinieren wir Einsätze schneller und effektiver!** Aktuell sind Disponenten in
63 den Leitzentralen mit bis zu 10 Bildschirmen ausgestattet, um vernünftig
64 disponieren zu können. Wir fordern die Kreise und Leitstellen dazu auf,
65 Testgebiete zu eröffnen, um neue Arten der Einsatzplanung zu ermöglichen. Ziel
66 ist es, den Arbeitsaufwand zu reduzieren, indem Informationen aus eingehenden
67 Notrufen automatisch von KI ausgewertet und passende Rettungsmittel alarmiert
68 werden können. Zusätzlich soll eine verbesserte und intuitive UI die Übersicht
69 auch bei größeren Schadenslagen oder Katastrophen verbessern. Zusätzlich fordern
70 wir ein einheitliches Landesstandard-Prinzip für alle Leitstellen in NRW, nach
71 dem Vorbild von Rheinland-Pfalz und dem Leitstellenverbund Netzwerk 112 in
72 Brandenburg. Wir fordern eine landesweit einheitliche, mehrjährige Ausbildung
73 für Leitstellendisponentinnen und -disponenten nach bayerischem Vorbild, eine
74 verbindliche Ausfallredundanz zwischen benachbarten Leitstellen bei
75 Systemausfall, sowie die zügige und flächendeckende Anbindung an Next Generation
76 eCall und digitale Alarmierungssysteme.

77 **7. Stärken wir das Leuchtturm-Konzept!** Die vom BBK empfohlenen Katastrophenschutz-
78 Leuchttürme als dezentrale, niedrigschwellige Anlaufstellen für die Bevölkerung
79 dürfen kein Flickenteppich einzelner kommunaler Pilotprojekte bleiben. Wir
80 fordern ein verbindliches Konzept, das die Einrichtung von Katastrophenschutz-
81 Leuchttürmen an bereits bekannter, barrierearmer Infrastruktur wie Wahllokalen
82 vorschreibt, ergänzt um mobile Leuchttürme in öffentlichen Verkehrsmitteln für
83 Gebiete, die nicht fußläufig abgedeckt sind. Land und Bund müssen dafür nicht
84 nur die einmalige Einrichtung, sondern dauerhaft auch die Vorhaltung der

- 85 dezentralen Notfall-Materialkisten und die Einbindung ortsansässiger Vereine und
86 Ehrenamtlicher finanziell absichern.
- 87 **8. Härten wir unsere Gebäude!** Bevölkerungsschutz beginnt baulich, nicht erst im
88 Krisenfall. Wir fordern einen verbindlichen Standard, nach dem öffentliche
89 Gebäude bei Neubau und energetischer Sanierung grundsätzlich mit
90 Einspeisepunkten für mobile Netzersatzanlagen auszustatten sind. Wir fordern die
91 bauliche Sicherung von Notbrunnen, Pumpstationen, Kläranlagen und Hebewerken
92 gegen gleichzeitigen Stromausfall und Hochwasser. Wir fordern den baulichen
93 Schutz kritischer IT-Infrastruktur wie zentraler Serverräume nach den Vorgaben
94 des BSI Grundschutzes, ergänzt um gesicherte Archive für analoge Notfallpläne und
95 netzunabhängige Datenträger. Bei öffentlichen Tiefbauprojekten wie Tiefgaragen
96 und Unterführungen sind Dual-Use-Konzepte für die kurzfristige Nutzung als
97 Notunterkünfte verbindlich umzusetzen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 03: Feministische Rechts- und Kriminalpolitik

Laufende Nummer: 3

Antragsteller*in:	KV Bochum, BV Westfalen West - BV Münsterland - BV Ostwestfalen-Lippe
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	4. Innen, Recht, Migration, Kommunales

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Rechts- und Kriminalpolitik ist in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit
2 immer wieder Teil deutlich wahrnehmbarer Debatten. Unterschiedliche Gruppen
3 präsentieren vermeidliche Lösungen für Missstände, die jedoch die eigentliche Ursache
4 verkennen und ihre intendierte Wirkung verfehlen.
- 5 Die Ursachen dieser Missstände sind auch struktureller Natur. Patriarchale
6 Gesellschaftsstrukturen führen zu Verbrechen gegen weibliche und queere Menschen und
7 verhindern einen politischen Willen zur grundlegenden Veränderung dieser
8 gesellschaftlichen und kriminalpolitischen Missstände. Folglich muss eine
9 feministisch geprägte Kriminal- und Rechtspolitik neben der Bestrafung des einzelnen
10 Täters den gesellschaftlichen Missständen konsequent und allumfassend entgegenwirken.
- 11 Zudem muss das erklärte Ziel einer erfolgreichen Rechts- und Kriminalpolitik die
12 umfassende Wahrnehmung des Schutzauftrages des Staates bezüglich der Grundrechte
13 aller Beteiligten sein.
- 14 Um dem gerecht zu werden, fordern die Jungen Liberalen NRW eine feministische Rechts-
15 und Kriminalpolitik.
- 16 1. Strafbarkeit bei SexualdeliktenDie Vornahme sexueller Handlungen, die der
17 ausdrücklichen oder konkludenten Zustimmung des Gegenübers entbehrt, soll unter
18 Strafe gestellt werden. §177 StGB soll entsprechend angepasst werden.
- 19 2. Digitale GewaltDer Schutz der sexuellen Selbstbestimmung und der Intimsphäre ist
20 ebenso im digitalen Raum einzufordern. Sexualisierte Deepfakes sollen einen
21 spezifischen Straftatbestand im Strafgesetzbuch erhalten, der nicht nur die
22 Verbreitung, sondern auch die unbefugte Erstellung dessen unter Strafe stellt
23 und Qualifikationsmerkmale bei Delikten gegen Minderjährige und Schutzbefohlene
24 vorsieht. Ferner sollen Plattformbetreiber verpflichtet sein, Erkennungssysteme
25 einzusetzen, die eine erneute Verbreitung bereits als rechtswidrig
26 identifizierter Inhalte selbst umgehend verhindern. Außerdem sollen
27 Plattformbetreiber verpflichtet sein, gemeldete Inhalte umgehend bei Eingang
28 eines Antrages auf einstweiligen Rechtsschutz vorläufig zu sperren, deren
29 endgültige Prüfung parallel schnellstmöglich durch Gerichte erfolgt. Zur
30 Eindämmung digitaler Gewaltdelikte sollen zudem die ZAC NRW (Zentral- und
31 Ansprechstelle Cybercrime Nordrhein-Westfalen) sowie andere spezialisierte
32 Einheiten personell und technisch besser ausgestattet werden, indem eine moderne
33 digitalforensische Ausstattung zur Täteridentifikation eingeführt wird. Dabei
34 lehnen wir jedoch anlasslose Überwachungsmethoden oder eine Klarnamenpflicht
35 entschieden ab.
- 36 3. OpferschutzAnlaufstellen und Zufluchtsorte für Opfer von Gewaltdelikten,

darunter Frauenhäuser, sollen flächendeckend ausgebaut und stärker gefördert werden, um das ab 2032 geltende Recht auf einen Schutzplatz verwirklichen zu können. Außerdem sollen psychologische und juristische Beratungsstellen weiter ausgebaut werden, die eine präventive oder prozessbegleitende Hilfestellung für die Opfer von Gewaltverbrechen darstellen. Eine umfassende juristische und psychologische Begleitung sowie ein gesichertes, wenngleich vorläufiges Bleiberecht für Opfer ohne Aufenthaltsbefugnis soll zudem die Anzeigebereitschaft erhöhen. Wir lehnen etwaige Sparmaßnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung in der Psychotherapie ab.

4. Gestaltung von Strafverfahren
Angezeigte Gewaltdelikte sollen, wenn es die Sachlage sowie die weiteren Ermittlungen ergeben, durch die Staatsanwaltschaften konsequent zur Anklage gebracht werden. Zudem soll der Zeitraum zwischen der Anzeige eines Gewaltdelikts bei den Strafverfolgungsbehörden und dem Beginn des Strafprozesses möglichst verringert werden. So soll die Authentizität von Zeugenaussagen sichergestellt, das Opfer vor dem Täter sowie einer weiteren psychischen Belastung durch die Dauer des Verfahrens vermeiden und eine faktische Vorverurteilung des Verdächtigen durch eine andauernde prozessuale Rollenzuschreibung und der Untersuchungshaft verhindert werden. In der strafprozessrechtlichen Ausarbeitung soll insbesondere darauf geachtet werden, dass der Prozessgrundsatz in dubio pro reo in jedem Fall gewahrt bleibt.

5. Präventive Täterarbeit
Resozialisierungsprogramme und Gewaltpräventionskurse sollen für Täter weiter ausgedehnt werden, um einen Rückfall bereits verurteilter Gewalttäter zu vermeiden.

6. Schwangerschaftsabbrüche
Schwangerschaftsabbrüche sollen binnen der ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft auch ohne eine vorherige Beratung grundsätzlich rechtmäßig und straffrei sein. Ferner sollen die Regelungen zur Schwangerschaft und einem Schwangerschaftsabbruch außerhalb des Strafrechts normiert werden. Außerdem ist der Zugang zu entsprechender medizinischer Versorgung zu gewährleisten.

Begründung

Längst ist gesellschaftlich eine neue Diskussion über die Sicherstellung von innerer Sicherheit und Opferschutz entbrannt, die von unterschiedlichen Gruppierungen verschieden beschrieben und auch benutzt wird. Diese Diskussion über innere Sicherheit darf nicht in einer Migrationsdebatte enden, sondern muss im Ausgangspunkt Gedanken einer feministischen Rechts- und Kriminalpolitik aufgreifen, um hinreichend den aktuellen Herausforderungen gerecht werden zu können.

Ein effektiver Gewaltschutz kann nicht nur durch reaktive Maßnahmen sichergestellt werden, sondern insbesondere durch präventive Mittel zur Vermeidung von Gewaltdelikten.

Das Strafrecht ist die Ultima Ratio eines Staates. Bewusst muss die Entscheidung getroffen werden, welches Verhalten eine Gesellschaft zu kriminaleren und damit gesellschaftlich zu ächten intendiert und welches Verhalten einer strafrechtlichen Sanktionierung nicht bedarf. Den Grundrechten ist dabei in besonderem Maße in beidseitiger Hinsicht Rechnung zu tragen. Das Strafrecht darf die Reichweite von Grundrechten in der Kriminalisierung von Verhalten nicht verkennen.

98 % aller Video-Deepfakes im Netz sind pornografisch und richten sich gegen Frauen. Das ist eine gezielte Waffe zur Demütigung und sozialen Vernichtung. Wer hier von "Satirefreiheit" oder "Prüffristen" spricht,

verkennt die Lebensrealität der Opfer. Als Liberale schützen wir die Freiheit des Einzelnen – und dazu gehört untrennbar das Recht auf die eigene sexuelle Identität und die Unversehrtheit unserer Kinder.

Das Strafrecht ist nicht immer das richtige Mittel. So bleibt der Abschreckungseffekt durch härtere Strafen zumeist hinter der intendierten Wirkung zurück, während ein höheres Risiko der Strafverfolgung, z.B. durch eine höhere Anzeigebereitschaft, eine geringere Einstellungsquote bei Gewaltdelikten oder mehr Effizienz bei Strafverfolgungsbehörden und Gerichten, eine wirksamere Abschreckung mit sich zieht. Insbesondere bei geschlechtsspezifischer Gewalt ist die Anzeigebereitschaft gering und die Einstellungsquote hoch.

Neben der hohen Einstellungsquote stellt die lange Dauer zwischen Anzeigenaufnahme und Prozessbeginn ein Defizit der aktuellen Ausgestaltung von Strafprozessen besonders bei Gewaltdelikten dar. Um dies zu ändern, sollen angezeigte Gewaltdelikte, wenn es die Sachlage und die weiteren Ermittlungen ergeben, zur Anklage gebracht werden. Außerdem sollen Gerichte und Strafverfolgungsbehörden mit genügend Personal ausgestattet werden. Dazu sollen entsprechende Stellen geschaffen werden sowie die Ausbildung juristischen Personals, namentlich durch die Schaffung von mehr Studienplätzen, einer ausreichenden Ausstattung juristischer Fakultäten sowie genügend Referendariatsstellen, numerisch gesteigert und qualitativ verbessert werden.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.

Antrag 19: Energie! Speichern unter...? – Das Potential von Energiespeichern entfesseln

Laufende Nummer: 19

Antragsteller*in:	BV Köln-Bonn
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	2. Wirtschaft, Energie, Finanzen

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Energiewende ist eine der wichtigsten Herausforderungen unserer Zeit. Doch was
- 2 tun wir, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht? Hier kommen
- 3 Energiespeicher ins Spiel, die in der Vergangenheit oft zu wenig Beachtung fanden.
- 4 Zum Ende des Jahres 2024 betrug die Speicherkapazität von Großspeichern lediglich
- 5 etwa 1,8 GWh in
- 6 Deutschland, während das Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme ISE einen
- 7 Bedarf von 104 GWh bis 2030 und 180 GWh bis 2045 prognostiziert – wovon etwa 45 % von
- 8 Batteriegroßspeichern bereitgestellt werden könnten. Dies verdeutlicht das enorme
- 9 Potential von Energiespeichern.
- 10 Daher fordern die Jungen Liberalen NRW:
- 11 • **Eine einheitliche rechtliche Definition von Energiespeichern als vierte Säule**
- 12 **des Energiesystems:** Eine neue Definition sollte nicht zwischen verschiedenen
- 13 Speichertechnologien oder Neu- und Bestandsanlagen unterscheiden. Zukünftig
- 14 dürfen Energiespeicher nicht mehr als „Letztverbrauch“ eingestuft werden. In
- 15 keinem Fall sollte dem Wettbewerb der einzelnen Speichertechnologien
- 16 untereinander durch gesetzgeberische Eingriffe vorgegriffen werden.
- 17 • **Unbefristete Befreiung von Netzentgelten:** Die aktuelle Befristung der Befreiung
- 18 von Netzentgelten bis 2029 sollte aufgehoben werden, um Investoren langfristige
- 19 Planungssicherheit zu bieten.
- 20 • **Überarbeitung des Ausschließlichkeitsprinzips:** Wir plädieren für eine
- 21 Überarbeitung des Ausschließlichkeitsprinzips im Zusammenhang mit
- 22 Energiespeichern, sodass auch gespeicherter Strom aus erneuerbaren Energien auch
- 23 als solcher klassifiziert werden kann, selbst wenn der Stromspeicher nicht
- 24 ausschließlich erneuerbaren Strom aufnimmt. Die Klassifizierung als Strom aus
- 25 erneuerbaren Energien muss sich daher auf die Strommenge beziehen, die aus
- 26 erneuerbaren Energien stammt.
- 27 • **Vereinfachung des Saldierungsmechanismus:** Reine Netzspeicher sollten von diesem
- 28 Mechanismus befreit werden. Ursprünglich wurde dieser eingeführt, um eine
- 29 Doppelbelastung der Energiespeicher durch die EEG-Umlage zu vermeiden. Der
- 30 Mechanismus besteht jedoch weiterhin und ist insbesondere aufgrund seines hohen
- 31 administrativen Aufwands für reine Netzspeicher nicht mehr gerechtfertigt.
- 32 • **Gesetzgeberische Rahmenbedingungen für Multi-Use-Konzepte:** Wir setzen uns dafür
- 33 ein, dass gesetzliche Rahmenbedingungen für Multi-Use-Konzepte von
- 34 Stromspeichern entwickelt werden. In Multi-Use-Konzepten können unterschiedliche
- 35 Beteiligte Strom in den Speicher einspeisen, als auch wieder herausziehen. Dies
- 36 würde bspw. Quartierspeicher in städtischen Energiekonzepten ermöglichen.

37

38 **Batteriespeicher**

39 Batteriespeicher sind einer der am genutzten Arten von Energiespeichern.

40 Daher fordern die Jungen Liberalen NRW:

- 41 • **bessere Integration von Batteriegroßspeichern in das Netzingpassmanagement:**

42 Derzeit werden in diesem Bereich das Potential von insbesondere
43 Batteriespeichern noch nicht optimal genutzt. Verringerung der Melde- und
44 Zahlungspflichten: Die bürokratischen Hürden für Energiegemeinschaften sollten
45 deutlich gesenkt werden.

- 46 • **Einbezug Energiespeicher in Erneuerbare-Energien-Gemeinschaften:** Diese können
47 entweder dadurch entstehen, dass bspw. Privathaushalte gespeicherte Energie aus
48 der Industrie verwenden. Eine andere Form der Umsetzung besteht darin, dass
49 privat erzeugter Energie durch mehrere Haushalte genutzt wird.

- 50 • **Neue Regelungen für die Eigenversorgung:** Mehrfamilienhäuser und
51 Einliegerwohnungen sollten gleichgestellt werden, um die Eigenversorgung mit
52 Strom zu fördern und Planungssicherheit zu gewährleisten. Durch die Streichung
53 der Eigenversorgung im EEG wurde der Weg in diese Richtung frei gemacht. Eine
54 gesetzgeberische Klarstellung ist jedoch bezüglich der Planungssicherheit
55 solcher Anlagen wünschenswert.

56

57 **Pumpspeicher**

58 Pumpspeicher sind eine kostengünstige und nachhaltige Form der Energiespeicherung.

59 Doch ihre Genehmigung kann bis zu 10 Jahre dauern, und die Projektkosten sind hoch.

60 Daher fordern die Jungen Liberalen NRW:

- 61 • **die Einführung eines bundesweit einheitlichen und zeitlich effizienten**
62 **Genehmigungsverfahrens für Pumpspeicheranlagen.**

Antrag 06: Qualität vor Quantität: Fehlsteuerungen der Internationalisierung an NRW-Hochschulen korrigieren

Laufende Nummer: 6

Antragsteller*in:	BV Ruhrgebiet
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	1. Bildung, Wissenschaft Forschung

Die Versammlung möge beschließen:

1 Die Jungen Liberalen Nordrhein-Westfalen fordern eine grundlegende Neuausrichtung der
2 Internationalisierungspolitik an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen. Um die
3 Qualität der Lehre zu sichern, die finanzielle Stabilität der Hochschulen zu
4 gewährleisten und gesellschaftlichen Rückhalt zu wahren, fordern wir konkret:

5 **1. Einführung von Studiengebühren für Studierende aus Nicht-EU-Staaten:** Die
6 Landesregierung wird aufgefordert, flächendeckende Studiengebühren für
7 Studierende aus Nicht-EU-Staaten an den Hochschulen in NRW einzuführen (nach dem
8 Vorbild Bayerns und Baden-Württembergs). Diese Einnahmen sind zweckgebunden zur
9 Verbesserung der Betreuungsrelationen und für den Ausbau der Infrastruktur an
10 den jeweiligen Hochschulen einzusetzen. Von dieser Regelung ausgenommen sind
11 Studierende aus Nicht-EU-Staaten, die zum Zeitpunkt der Immatrikulation bereits
12 über einen Aufenthaltstitel verfügen, der ihnen einen dauerhaften bzw.
13 aufenthaltsrechtlich verfestigten Aufenthalt in Deutschland ermöglicht, bereits
14 in Deutschland Studierende sowie Austauschstudierende.

15 **2. Reform der Hochschulfinanzierung:** Bei der Mittelverteilung durch das Land (z.B.
16 im Rahmen von Zielvereinbarungen oder der leistungsorientierten
17 Mittelverteilung) sind reine Internationalisierungsquoten, die allein die Anzahl
18 oder den Anteil internationaler Studierender berücksichtigen, als positive
19 Finanzierungsparameter vollständig zu streichen. Stattdessen sollen
20 Finanzierungsanreize auf nachvollziehbaren Qualitäts- und Erfolgskriterien
21 beruhen. Die Landesregierung wird zudem aufgefordert, sich auf Bundesebene für
22 eine entsprechende Ausgestaltung von Förderprogrammen einzusetzen.

23 **3. Stärkung der Arbeitsmarktintegration internationaler Studierender:** Die
24 Landesregierung wird aufgefordert, die Hochschulen dabei zu unterstützen,
25 internationale Studierende frühzeitig auf den deutschen Arbeitsmarkt
26 vorzubereiten. Hierzu sollen insbesondere Angebote zur Berufsorientierung, zur
27 Vermittlung von Praktika und Werkstudententätigkeiten sowie zur Kontaktaufnahme
28 mit Unternehmen ausgebaut werden. Hochschulen sollen zudem verstärkt mit
29 Unternehmen und anderen Arbeitgebern zusammenarbeiten, um internationale
30 Studierende bereits während des Studiums mit dem deutschen Arbeitsmarkt vertraut
31 zu machen und den Übergang in eine qualifizierte Beschäftigung nach dem Studium
32 zu erleichtern. Darüber hinaus sollen internationale Studierende spätestens zum
33 Zeitpunkt des Studienabschlusses über nachgewiesene Deutschkenntnisse auf dem
34 Sprachniveau B1 verfügen. Dies soll unabhängig davon gelten, ob der jeweilige
35 Studiengang in deutscher oder englischer Sprache absolviert wurde.

36 **4. Anpassung der Semesterzeiten an internationale Standards:** Während die

Vorlesungszeiten in Deutschland Anfang April (Sommersemester) und Mitte Oktober (Wintersemester) beginnen, fangen die Semester an fast allen anderen Unis in Europa, in weiten Teilen der restlichen Welt, sowie an einigen privaten Unis bereits im September (Wintersemester) und im Januar oder Februar (Sommersemester) an. Dies stellt deutsche Studierende, die selbst ins Ausland gehen wollen, sowie Ausländer, die an eine staatliche deutsche Universität zum Studieren, Forschen oder Arbeiten kommen, vor Herausforderungen. Gerade im Sommersemester beginnt an ausländischen Universitäten oft das Semester, während in Deutschland Vorlesungs- und Klausurenphasen noch laufen. Wir fordern daher die Vorlesungszeiten an Hochschulen in NRW an internationale Standards anzupassen und zukünftig bereits im September, sowie im Februar mit der Vorlesungszeit zu beginnen.

5. **Deutsch als Regelfall im Bachelorbereich:** Die Landesregierung wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass grundständige Studiengänge an den Hochschulen in NRW grundsätzlich in deutscher Sprache angeboten werden. Englischsprachige Bachelorstudiengänge sollen weiterhin möglich sein, wenn hierfür aufgrund der fachlichen oder internationalen Ausrichtung des Studiengangs ein nachvollziehbarer Bedarf besteht. Die Entscheidung über die konkrete Ausgestaltung des Studienangebots verbleibt bei den Hochschulen.
6. **Schärfung der sprachlichen Zulassungsvoraussetzungen:** Für die Immatrikulation an Hochschulen in NRW müssen verbindliche, unabhängig geprüfte Sprachnachweise (z. B. TOEFL/IELTS für Englisch, TestDaF/DSH für Deutsch) verlangt werden. Der bloße Nachweis einer vorherigen englisch- oder deutschsprachigen Abschlussarbeit oder eines vorherigen Studiengangs im Ausland darf nicht länger pauschal als Befreiung von einem zertifizierten Sprachtest ausreichen.
7. **Erweiterte Sicherheits- und Integritätsprüfungen:** Bei der Zulassung von Studierenden aus Nicht-EU-Staaten sind die Sicherheitsüberprüfungen im Visaprozess und die Kooperation zwischen Hochschulen und Sicherheitsbehörden zu intensivieren. Wenn konkrete Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass Studienplätze zur gezielten Unterwanderung, Spionage oder zur Verbreitung verfassungsfeindlicher und islamistischer Ideologien (wie z. B. im Umfeld von Gruppierungen wie „Muslim Interactive“) genutzt werden sollen, ist die Zulassung konsequent zu verweigern bzw. das Visum zu entziehen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 12: Der Mangel ist hausgemacht – Hausärztliche Primärversorgung entfesseln und digitalisieren

Laufende Nummer: 12

Antragsteller*in:	BV Westfalen-West, BV Westfalen-Süd
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	2. Wirtschaft, Energie, Finanzen

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Bis zum Jahr 2040 wird die Zahl der hausärztlich tätigen Vollzeitäquivalente in
- 2 Deutschland laut Projektionen im Auftrag der Bertelsmann Stiftung kontinuierlich
- 3 sinken, während der Bedarf gleichzeitig steigt. Schon heute gelten bundesweit mehr
- 4 als 5.000 Hausarztsitze als unbesetzt, mit teils dramatischen regionalen
- 5 Unterschieden zwischen Ballungsräumen und ländlichen Mittelbereichen. Ein Viertel der
- 6 niedergelassenen Hausärztinnen und Hausärzte plant, die eigene Tätigkeit innerhalb
- 7 der nächsten fünf Jahre zu beenden.
- 8 Diese Entwicklung wird in der politischen Debatte reflexhaft als reiner Ärztemangel
- 9 verhandelt und mit dem immer gleichen Rezept beantwortet: mehr Studienplätze, mehr
- 10 Ausgaben, mehr staatliche Planung. Dabei zeigen die Daten ein anderes Bild.
- 11 Deutschland verfügt im europäischen Vergleich über eine überdurchschnittliche Arzt-
- 12 und Pflegekräftedichte. Das eigentliche Problem liegt nicht in der Zahl der Köpfe,
- 13 sondern in ihrer Verwendung. Fast zwei Drittel der Hausärztinnen und Hausärzte
- 14 erledigen nach eigener Auskunft regelmäßig Aufgaben selbst, die ebenso gut von
- 15 anderen, spezialisierten Berufsgruppen übernommen werden könnten.
- 16 Wo Praxen konsequent auf Teamversorgung setzen, etwa im Gesundheitszentrum
- 17 Birkenallee in Papenburg oder bei den Hausärzten am Spritzenhaus in Baiersbronn,
- 18 lassen sich Ärztinnen und Ärzte um bis zu 65 Prozent von delegierbaren Aufgaben
- 19 entlasten und ihr Versorgungsvolumen um 150 bis 200 Prozent steigern. Physician
- 20 Assistants und nichtärztliche Praxisassistentinnen und -assistenten übernehmen dort
- 21 routinemäßig Wundversorgung, Hausbesuche, technische Diagnostik und
- 22 Chronikerbetreuung, ohne dass die Versorgungsqualität leidet. Sowohl Bevölkerung als
- 23 auch Patientinnen und Patienten akzeptieren die Behandlung durch qualifiziertes
- 24 Praxispersonal in großer Mehrheit.
- 25 Parallel dazu bleibt die elektronische Patientenakte weit hinter ihrem Versprechen
- 26 zurück. Statt eines strukturierten, durchsuchbaren und interoperablen Aktensystems
- 27 entsteht in der Praxis vielerorts nur eine weitere digitale Ablage für eingescannte
- 28 PDF-Dokumente. Auch die aktuelle Gesundheitspolitik bleibt auf halbem Weg stehen: Die
- 29 zum 1. Januar 2026 reformierte Vorhaltepauschale ändert an der Vergütungslogik nichts
- 30 Grundsätzliches und wurde vom Hausärzterverband selbst als unzureichend kritisiert.
- 31 Die zum 1. Juli 2026 in Kraft getretene Apothekenreform öffnet zwar neue Spielräume
- 32 bei Impfungen und pharmazeutischen Dienstleistungen, lässt zentrale Umsetzungsfragen
- 33 aber bewusst offen.
- 34 Wir Jungen Liberalen wollen diesen Attentismus nicht länger hinnehmen. Statt immer
- 35 neuer kleinteiliger Reförmchen braucht die Primärversorgung eine konsequente
- 36 Neuordnung der Arbeitsteilung, der Vergütung und der digitalen Infrastruktur.

Vor diesem Hintergrund fordern wir Jungen Liberalen Westfalen-West:

1. Das hausarztzentrierte System stärken – freiwillig, aber wirksam

Wir setzen auf eine Hausarztkoordination, die sich durch Qualität und Anreiz durchsetzt, nicht durch Zwang.

– **Koordinationsleistungen aufwerten:** Wir fordern eine spürbar bessere Vergütung hausärztlicher Koordinationsleistungen, insbesondere für Erstkontakt, Langzeitbetreuung und Überweisungsmanagement.

– **Freiwilligkeit statt Gatekeeping:** Die Teilnahme an hausarztzentrierten Versorgungsmodellen ist für Patientinnen und Patienten freiwillig zu halten. Verpflichtende Gatekeeping-Modelle lehnen wir ab, da sie die Entscheidungsfreiheit von Patienten und Ärzten unnötig einschränken und in der Studienlage keinen eindeutigen Zusatznutzen zeigen.

– **Weiterbildung ausbauen:** Die Weiterbildung in Allgemeinmedizin ist durch zusätzliche geförderte Weiterbildungsstellen und eine bessere Verzahnung von ambulanter und stationärer Weiterbildung auszubauen.

– **Digitale Praxis-IT fördern:** Der Ausbau interoperabler Praxis-IT-Systeme (elektronische Patientenakte, E-Rezept, Telekonsultation) ist gezielt zu fördern, um administrative Lasten gerade für Praxisgründerinnen und -gründer zu senken.

– **Bedarfsplanung flexibilisieren:** Die kassenärztliche Bedarfsplanung ist zu flexibilisieren, damit Niederlassungen in offenen Planungsbereichen schneller und unbürokratischer möglich werden.

2. Physician Assistants als eigenständigen Regelberuf etablieren

Der Flickenteppich aus Modellprojekten verhindert die bundesweite Skalierung eines Berufsbilds, das sich in der Praxis längst bewährt hat.

– **Bundeseinheitliche Berufsordnung schaffen:** Wir fordern eine bundeseinheitliche, gesetzlich verankerte Berufs- und Qualifikationsordnung für Physician Assistants, die diesen Beruf aus dem Flickenteppich landesrechtlicher Modellprojekte herausführt.

– **Eigenständige Kompetenzen ermöglichen:** Physician Assistants ist im Rahmen ärztlicher Delegation die eigenständige Durchführung definierter diagnostischer und therapeutischer Leistungen zu ermöglichen, einschließlich der Verordnung von Heil- und Hilfsmitteln nach ärztlicher Festlegung.

– **Ausbildungskapazitäten ausbauen:** Die Zahl der Studienplätze für Physician-Assistant-Studiengänge ist bundesweit deutlich auszubauen; bürokratische Hürden bei deren Anerkennung sind abzubauen.

– **EBM-Vergütung für Delegation definieren:** Für die eigenständige Durchführung definierter Leistungen durch Physician Assistants sind eigene, klar definierte Positionen im einheitlichen Bewertungsmaßstab zu schaffen, damit die Refinanzierung nicht am fehlenden Vergütungscode scheitert.

– **Titelschutz einführen:** Die Berufsbezeichnung Physician Assistant ist analog zu anderen Gesundheitsfachberufen bundesweit zu schützen und mit einer Registrierungspflicht zu versehen, um Missbrauch der Bezeichnung auszuschließen.

3. Aufgaben konsequent delegieren statt Ärzte binden

Wer Praxisteam stärken will, muss ihnen erlauben zu tun, wofür sie qualifiziert

sind, rechtssicher und wirtschaftlich attraktiv statt als Draufzahlgeschäft.

– **Rechtssicherheit schaffen:** Wir fordern einen bundesweit einheitlichen, regelmäßig aktualisierten Katalog delegierbarer Leistungen für nichtärztliche Praxisassistenten und VERAH-Kräfte, der Rechtssicherheit für Praxen schafft.

– **Substitution statt bloßer Delegation:** Für klar definierte, standardisierbare Indikationen wie Routine-Hausbesuche, Chronikerversorgung und technische Diagnostik ist echte Substitution statt bloßer Delegation zu ermöglichen.

– **Wirtschaftliche Anreize setzen:** Der einheitliche Bewertungsmaßstab ist so anzupassen, dass Delegation und Substitution für Praxen wirtschaftlich attraktiv sind statt eines Draufzahlgeschäfts.

– **Qualifizierungsstandards verankern:** Die Ausbildung für delegierbare und substituierbare Tätigkeiten ist mit bundeseinheitlichen Qualifizierungsstandards in der Regelberufsausbildung zu verankern, damit Substitution nicht an uneinheitlichen Kammervorgaben scheitert.

– **Primärarztssystem konsequent nutzen:** Delegation und Substitution sind von Beginn an verbindlicher Bestandteil der Rahmenvorgaben eines künftigen Primärarztssystems, statt erst nachträglich ergänzt zu werden.

– **Starthilfen für kleine Praxen:** Für Einzelpraxen und kleine Praxisgemeinschaften sind eigene, vergütete Beratungsleistungen zum Aufbau delegationsfähiger Praxisteams bereitzustellen, damit Delegation nicht auf große Praxisnetze beschränkt bleibt.

4. Die elektronische Patientenakte grundlegend neu bauen

Eine Akte, die nur PDFs sammelt, verdient den Namen nicht. Wir wollen echte Interoperabilität statt eines weiteren digitalen Feigenblatts.

– **Strukturierte Standards statt PDF-Friedhof:** Wir fordern eine elektronische Patientenakte, die medizinische Inhalte strukturiert, kodiert und maschinenlesbar nach internationalen Standards wie HL7 FHIR speichert, statt als bloßer Dokumenten-Viewer zu fungieren.

– **Echte Interoperabilität sicherstellen:** Nach dem Once-Only-Prinzip ist Interoperabilität zwischen Praxen, Kliniken, Apotheken und Pflegeeinrichtungen sicherzustellen, sodass Befunde nicht wiederholt erhoben oder abgetippt werden müssen.

– **Verbindliche Fristen setzen:** Die Einführung ist mit einer verbindlichen Umsetzungsfrist für Softwarehersteller und spürbaren Sanktionen bei Nichteinhaltung zu flankieren, damit aus der elektronischen Patientenakte kein weiteres Jahrzehnteprojekt wird.

– **Zugang vereinfachen:** Die Aktivierung der elektronischen Patientenakte ist für Patientinnen und Patienten durch ein einfacheres, weiterhin sicheres Authentifizierungsverfahren zu erleichtern, statt an mehrfachen TAN-Verfahren zu scheitern.

– **Automatisierte Erfassung statt Upload-Silos:** Praxis- und Klinikinformationssysteme sind zur automatisierten, strukturierten Übermittlung von Behandlungsdaten in die elektronische Patientenakte zu verpflichten, statt Dokumente nur als unstrukturierte Einzeldateien hochzuladen.

5. Bürokratie abbauen, Regulierung zurückfahren

Jede Stunde, die in Dokumentation statt Behandlung fließt, ist eine verlorene Versorgungsstunde.

– **Dokumentation auf das Nötige reduzieren:** Dokumentationspflichten in der Primärversorgung sind auf das medizinisch und rechtlich zwingend erforderliche Maß zu reduzieren.

– **Bedarfsplanung lockern:** Die kleinteilige kassenärztliche Bedarfsplanung ist zu lockern; Niederlassung und Praxisgründung, insbesondere in Kooperationsformen mit Physician Assistants und nichtärztlichen Praxisassistenzen, sind zu erleichtern statt zu reglementieren.

– **Regressängste beseitigen:** Regressängste bei Verordnungen sind durch eine Reform der Wirtschaftlichkeitsprüfung zu beseitigen, damit medizinische statt bürokratische Erwägungen über Verordnungen entscheiden.

– **Bestehende Digitaldaten nutzen:** Qualitätsnachweise sind, wo möglich, automatisiert aus bereits genutzten digitalen Anwendungen wie eAU, E-Rezept und elektronischem Arztbrief abzuleiten, statt zusätzliche parallele Dokumentation zu verlangen.

– **Anreiz statt Sanktion:** Bei der Nutzung digitaler Anwendungen wie der elektronischen Patientenakte ist auf positive finanzielle Anreize statt auf Honorarkürzungen zu setzen, damit Bürokratieabbau nicht durch neue Sanktionslogik unterlaufen wird.

6. Vergütung neu ordnen – weg von der Verwaltung des Mangels

Die zum 1. Januar 2026 reformierte Vorhaltepauschale ändert an der Grundlogik der hausärztlichen Vergütung nichts und wurde selbst vom Hausärzterverband als unzureichend kritisiert. Wir Jungen Liberalen fordern eine echte Strukturreform.

Der Kongress möge sich für eine der folgenden Optionen aussprechen:

Option A) Bestehendes Vergütungssystem beibehalten

Das bestehende System aus Versichertenpauschale, Einzelleistungsvergütung und der reformierten Vorhaltepauschale wird strukturell nicht angetastet. Etwaige Nachbesserungen erfolgen punktuell im bestehenden Rahmen.

Option B) Bestehendes Modell konsequent skalieren – gemischte Finanzierung

Die hausarztzentrierte Versorgung nach § 73b SGB V ist von einem freiwilligen Selektivvertrag zum bundesweiten Regelangebot weiterzuentwickeln, mit morbiditätsadjustierter Grundpauschale, Einzelleistungsvergütung für abgrenzbare Leistungen und Qualitätszuschlägen für nachgewiesene Versorgungsergebnisse.

Option C) Grundlegend neues Modell

Die Vergütung ist auf eine voll risikoadjustierte, morbiditätsbezogene Kopfpauschale nach dem Vorbild einer diagnosebezogenen Patientenklassifikation umzustellen, verbunden mit einer gesetzlichen Pflicht zur Risikoadjustierung, damit chronisch kranke und multimorbide Patientinnen und Patienten für Praxen wirtschaftlich nicht unattraktiv werden.

Unabhängig von der gewählten Option gilt:

– **Übergang absichern:** Bei einem Wechsel auf Option B oder C sind verbindliche Übergangsfristen und eine Einkommensgarantie für die Umstellungsphase vorzusehen, damit der Systemwechsel keine Praxis in eine wirtschaftliche Schieflage bringt.

- 166 – **Risikoadjustierung solide finanzieren:** Wird Option C gewählt, ist die Finanzierung
167 des dafür notwendigen Morbiditätsklassifikationssystems einschließlich laufender
168 Pflege gesetzlich abzusichern, damit Risikoadjustierung nicht an fehlenden Mitteln
169 scheitert.
- 170 **7. Apotheken als vollwertigen Teil der Primärversorgung nutzen**
- 171 Apotheken stehen in jeder Nachbarschaft bereit, ihre Kompetenzen bleiben aber
172 ungenutzt, solange zentrale Umsetzungsfragen ausgesessen werden.
- 173 – **Impfbefugnisse konsequent umsetzen:** Die im Zuge der Apothekenreform 2026
174 beschlossenen erweiterten Impfbefugnisse, insbesondere für Totimpfstoffe und die
175 Durchführung durch geschultes PTA-Personal, sind bundesweit einheitlich und ohne
176 weitere Verzögerung durch ungeklärte Ausführungsdetails umzusetzen. Wir fordern eine
177 verbindliche Umsetzungsfrist.
- 178 – **Anbindung an die elektronische Patientenakte:** Pharmazeutische Dienstleistungen in
179 der Prävention von Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes und tabakassozierten
180 Erkrankungen sind datenschutzkonform an die neue elektronische Patientenakte
181 anzubinden, damit Beratungsergebnisse der Apotheke direkt in die hausärztliche
182 Behandlung einfließen, statt in einer Parallelwelt zu verbleiben.
- 183 – **Erster Anlaufpunkt bei Bagatellen:** Apotheken sind als anerkannter erster
184 Anlaufpunkt für Bagatellerkrankungen und Selbstmedikationsberatung zu stärken, mit
185 bundeseinheitlichen, verbindlichen Verweiskriterien an die Hausarztpraxis, um echte
186 Entlastung zu schaffen, ohne Versorgungsqualität zu gefährden.
- 187 – **Versorgungsanker in der Fläche ausbauen:** In unterversorgten Regionen sind Apotheken
188 als ergänzender Versorgungsanker auszubauen, etwa durch verstärkte Botendienste und
189 telepharmazeutische Beratung in Kooperation mit den umliegenden Hausarztpraxen.
- 190 – **Blutentnahme-Standards beschleunigen:** Schulungs- und Haftungsstandards für die
191 Blutentnahme in Apotheken sind deutlich vor der bislang vorgesehenen Frist Anfang
192 November 2026 verbindlich festzulegen, damit die neuen Kompetenzen nicht monatelang
193 ungenutzt bleiben.
- 194 – **Flächendeckung vor Versandhandel:** Angesichts der sinkenden Zahl an Vor-Ort-
195 Apotheken sind Rahmenbedingungen für den Versandhandel so zu gestalten, dass die
196 wohnortnahe Apotheke als Versorgungsanker nicht wirtschaftlich verdrängt wird.
- 197 – **Zeitplan für ePA-Anbindung setzen:** Für die Anbindung pharmazeutischer
198 Präventionsleistungen an die elektronische Patientenakte ist ein verbindlicher
199 Zeitplan mit konkreten Umsetzungsschritten vorzulegen, statt die Integration
200 unbefristet offenzulassen.

Begründung

1. Die Kapazitätslücke ist real, aber kein reines Mengenproblem

Nach Berechnungen im Auftrag der Bertelsmann Stiftung sinkt die Zahl der hausärztlichen Vollzeitäquivalente bis 2040 kontinuierlich, während der Bedarf steigt. Gleichzeitig zeigt der OECD-Ländervergleich, dass Deutschland mit rund 4,5 praktizierenden Ärztinnen und Ärzten pro 1.000 Einwohner über dem EU-Durchschnitt von 4,1 liegt, bei der Pflegekräftedichte mit rund 11 pro 1.000 Einwohner sogar deutlich über dem EU-Schnitt von 8,5. Das Problem ist damit keine absolute Knappheit an Personal, sondern dessen Verteilung und Nutzung.

2. Delegation wirkt nachweislich

In Papenburg werden bereits 65 Prozent, in Baiersbronn 52 Prozent aller delegierbaren Leistungen tatsächlich delegiert, gegenüber nur 8 Prozent in Standardpraxen. Die Folge: Ärztinnen und Ärzte werden dort um 58 bis 71 Prozent entlastet, die Zahl der betreuten Patientinnen und Patienten pro Arzt steigt auf das Zwei- bis Dreifache des Durchschnitts. Patientenbefragungen zeigen zugleich hohe Zufriedenheit mit der Behandlung durch qualifiziertes Praxispersonal.

3. Physician Assistant ist der fehlende Baustein

Der Ausbau delegierbarer Versorgung scheitert nicht am Willen der Praxen. Eine deutliche Mehrheit der Hausärzteschaft befürwortet den Grundsatz „Wer kann, der darf“ bei der Aufgabenübertragung. Es fehlt an einem bundeseinheitlichen, rechtssicheren Rahmen für den Beruf des Physician Assistant, der bislang zwischen Ländern und Modellprojekten zersplittert ist.

4. Gatekeeping ist keine liberale Lösung

Die Studienlage zu verpflichtenden Zugangssteuerungsmodellen ist uneinheitlich. Kritisiert werden insbesondere das Konfliktpotenzial zwischen Arzt und Patient, die Einschränkung ärztlicher und patientenseitiger Entscheidungsfreiheit sowie der hohe Ressourcenaufwand für ein funktionierendes Qualitätsmanagement solcher Systeme. Wir setzen stattdessen auf freiwillige, finanzielle Anreize für eine koordinierte Versorgung.

5. Die elektronische Patientenakte ist ein Symbol digitaler Halbherzigkeit

Eine Akte, die im Kern eine Sammlung eingescannter PDF-Dokumente bleibt, verfehlt ihren Zweck. Ohne strukturierte, kodierte Daten nach etablierten Standards und echte Interoperabilität nach dem Once-Only-Prinzip bleibt jede Entlastung durch Delegation und Teamversorgung auf halbem Weg stehen, weil Informationen zwischen den Beteiligten nicht zuverlässig fließen.

6. Bürokratieabbau ist Voraussetzung, nicht Kür

Die zum 1. Januar 2026 reformierte Vorhaltepauschale zeigt exemplarisch, wie kleinteilige Zu- und Abschlagslogik – etwa ein Honorarabschlag von 40 Prozent bei Unterschreiten einer Impfquote – Bürokratie erzeugt, statt sie abzubauen. Genau diese Verwaltungslast bindet Arbeitszeit, die für Koordination und Teamführung gebraucht würde.

7. Vergütung muss sich an Versorgungsrealität statt an Verwaltungslogik orientieren

Option A, der Status quo, verwaltet den Mangel nur weiter: Die zum 1. Januar 2026 reformierte Vorhaltepauschale wurde selbst vom Hausärzteverband als unzureichend kritisiert und ändert an den strukturellen Fehlanreizen nichts. Option B zeigt dagegen bereits heute in der Praxis, dass eine Kombination aus Pauschale, Einzelleistung und Qualitätszuschlag funktioniert: Rund 10 Millionen Patientinnen und Patienten und 16.000 Hausärztinnen und Hausärzte nehmen freiwillig an der hausarztzentrierten Versorgung teil, bei rund 30 Prozent höherem Honorar als im Regelsystem. Option C greift eine Richtung auf, die auch die Bundesregierung selbst perspektivisch verfolgt, nämlich Kopfpauschalen für Hausärzte. Dabei ist jedoch die Warnung der Versorgungsforschung ernst zu nehmen: Bei Diabetes-Patientinnen und -Patienten schwankt der tatsächliche Behandlungsaufwand zwischen durchschnittlich 97 Euro und Einzelfällen von über 1.000 Euro pro Quartal. Eine Kopfpauschale ohne verbindliche Risikoadjustierung würde Anreize zur Risikoselektion setzen und ausgerechnet chronisch kranke Menschen benachteiligen. Wählt der Kongress Option C, muss sie zwingend mit einer verbindlichen Morbiditätsadjustierung verbunden werden.

8. Apotheken sind ungenutzte Kapazität direkt vor der Haustür

Die zum 1. Juli 2026 in Kraft getretene Apothekenreform erlaubt erstmals Impfungen mit Totimpfstoffen auch durch geschultes PTA-Personal und erweitert pharmazeutische Dienstleistungen in der Prävention.

Zentrale Umsetzungsfragen sind jedoch bewusst offengelassen worden. Damit diese Reform tatsächlich Hausärztinnen und Hausärzte entlastet und nicht in einer weiteren Parallelstruktur versandet, muss sie konsequent umgesetzt und an die elektronische Patientenakte angebunden werden.

Wir Jungen Liberalen wollen eine Primärversorgung, die sich an der tatsächlichen Arbeitsteilung im Team orientiert, moderne Berufsbilder ernst nimmt, echte digitale Infrastruktur bereitstellt, Apotheken als vollwertigen Versorgungspartner einbindet und Ärztinnen und Ärzte von Bürokratie befreit, statt sie mit immer neuer Verwaltungslogik zu ersticken. Die notwendigen Versorgungsmodelle existieren bereits in der Praxis. Sie müssen bundesweit skaliert werden, statt weiter durch veraltete Berufsbilder, halbherzige Reformen und überkomplexe Regulierung ausgebremst zu werden.

Antrag 01: Freie Fahrradfahrt für freie Bürger

Laufende Nummer: 1

Antragsteller*in:	KV Erft
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	3. Verkehr, Bauen, Infrastruktur

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen Nordrhein-Westfalen fordern die Abschaffung der absoluten
- 2 Fahruntüchtigkeitsgrenze von 1,6 Promille für Fahrradfahrer und damit die Aufhebung
- 3 der Strafbarkeit des bloßen Fahrradfahrens unter Alkoholeinfluss ohne konkrete
- 4 Ausfallerscheinungen oder Gefährdung.
- 5 Eine Strafbarkeit konkreter Gefährdung des Straßenverkehrs bleibt bestehen.

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag 04: Für einen liberalen und rechtsstaatlichen Umgang mit dem Strafrecht

Laufende Nummer: 4

Antragsteller*in:	BV Westfalen-Süd
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	4. Innen, Recht, Migration, Kommunales

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Das Strafrecht ist das schärfste Schwert des Rechtsstaates. Gerade deshalb darf es
2 nicht zum Instrument werden, mit dem jedes gesellschaftlich unerwünschte Verhalten
3 sanktioniert wird. Wo mildere Mittel ausreichen, muss der Staat auf den Einsatz des
4 Strafrechts verzichten. Für uns Junge Liberale bedeutet eine liberale Rechtspolitik
5 daher, die individuelle Freiheit zu schützen, staatliche Eingriffe auf das notwendige
6 Maß zu begrenzen und zugleich einen starken und verlässlichen Rechtsstaat zu
7 gewährleisten.
- 8 *1. Keine Strafbarkeit von Rad-, E-Bike- und E-Scooter-Fahrten nach §§ 315c, 316*
9 *StGB*
10 Das Führen eines Fahrrads, E-Bikes oder E-Scooters unter dem Einfluss von Alkohol
11 oder anderen berauschenden Mitteln soll aus den Tatbeständen der §§ 315c und 316 StGB
12 herausgenommen werden. Die Anwendung des Strafrechts ist hier unverhältnismäßig,
13 soweit keine konkrete Gefährdung oder Schädigung anderer Personen hinzutritt.
14 Selbstverständlich müssen Verstöße weiterhin wirksam sanktioniert werden können.
15 Hierfür steht insbesondere das Ordnungswidrigkeitenrecht zur Verfügung. Es ermöglicht
16 angemessene Sanktionen, ohne jeden Verstoß unmittelbar mit den weitreichenden Folgen
17 einer strafrechtlichen Verurteilung zu versehen. Entscheidend muss sein, dass die
18 Sanktion sich am tatsächlich verursachten Risiko und Schaden orientiert.
- 19 *2. Transparente Entscheidungen über Verfolgungsermächtigungen*
20 Dort, wo das Gesetz für die strafrechtliche Verfolgung bestimmter Sachverhalte eine
21 besondere Ermächtigung voraussetzt, muss staatliches Handeln nachvollziehbar bleiben.
22 Die Nichterteilung einer solchen Verfolgungsermächtigung, wie sie beispielsweise in
23 den §§ 89a, 89c und 129b StGB vorgesehen ist, soll deshalb künftig begründet werden
24 müssen.
25 Eine Begründungspflicht schafft Transparenz und ermöglicht es, die getroffene
26 Entscheidung rechtlich und politisch besser nachzuvollziehen. Sie stellt dabei keinen
27 Eingriff in die Entscheidungsbefugnis des zuständigen Ministeriums dar, sondern
28 stärkt vielmehr deren rechtsstaatliche Legitimation.
- 29 *3. Ein anonymes Hinweisgebersystem gegen illegale Absprachen im Strafverfahren*
30 Ein funktionierender Rechtsstaat lebt von transparenten und fairen Verfahren. Dort,
31 wo strafprozessuale Absprachen außerhalb des gesetzlich vorgesehenen Rahmens
32 getroffen oder rechtlich nicht zulässige Vereinbarungen lediglich mit einem scheinbar
33 legalen Rahmen versehen werden, wird dieses Vertrauen beschädigt.
34 Wir fordern daher die Einrichtung eines angemessenen und wirksamen anonymen
35 Hinweisgebersystems für entsprechende Vorgänge im Strafverfahren. Insbesondere

- 36 Personen, die unmittelbar mit solchen Vorgängen konfrontiert werden, wie Beisitzer,
- 37 Schöffen, Justizbedienstete oder Rechtsanwälte müssen die Möglichkeit haben,
- 38 rechtswidriges Verhalten zu melden, ohne dadurch selbst berufliche oder persönliche
- 39 Nachteile befürchten zu müssen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 11: Sichere Altersvorsorge statt Risikogeschäfte – Berufsständische Versorgungswerke transparent und zukunftssicher machen. Einführung einer NRW-Anlageverordnung

Laufende Nummer: 11

Antragsteller*in:	BV Düsseldorf
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	2. Wirtschaft, Energie, Finanzen

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Viele Freiberufler wie Anwälte, Wirtschaftsprüfer oder Architekten zahlen in
- 2 Deutschland nicht in die gesetzliche Rente ein, sondern müssen Beiträge an
- 3 berufsständische Versorgungswerke entrichten. Dieses System beruht auf einer
- 4 gesetzlichen Pflicht zum Anschluss des freien Berufes.
- 5 Wo der Staat jedoch eine gesetzliche Zwangsmitgliedschaft anordnet, trägt er auch die
- 6 Verantwortung für den Schutz des eingezahlten Eigentums. Jüngste spekulative
- 7 Fehlinvestitionen wie VZD in Berlin, mangelndes Risikomanagement und undurchsichtige
- 8 Kapitalanlagen einzelner Versorgungswerke haben offenbart, dass die bestehenden
- 9 Governance und Aufsichtsstrukturen veraltet sind. Renditen der Versorgungswerke
- 10 bewegen sich weit unter denen am Markt und blockieren enorme Summen der
- 11 Beitragszahler für alternative Investitionen.
- 12 Dem Land NRW kommt hier eine besondere Rolle, da es zum einen die Aufsicht über die
- 13 landeseigenen Versorgungswerke besitzt, als auch gesetzliche Quoten über
- 14 Anlageklassen, sowie die Regelungen der Versorgungswerke anpassen kann.
- 15 Die Jungen Liberalen Düsseldorf fordern auf Landesebene zur Verbesserung der
- 16 Governance und tiefgehender Modernisierung der Strukturen:
- 17
- 18 **Einführung einer eigenen NRW-Anlageverordnung**
- 19 Abschaffung der pauschalen Verweisung in der VersAufsVO NRW auf die
- 20 Bundesanlagenverordnung. Das Land NRW soll eine eigene Anlageverordnung insbesondere
- 21 für Versorgungswerke einführen. Hierzu sollen folgende Punkte als Zielvorgabe
- 22 umgesetzt werden.
- 23 • Schaffung transparenter, an unterschiedliche Risiko- und Anlagehorizonte
- 24 angepasster Anlagestrategien, zwischen denen Mitglieder im Rahmen der
- 25 versicherungsmathematischen Möglichkeiten wählen können.
- 26 • Sicherstellung einer angemessenen Diversifikation und eines professionellen
- 27 Risikomanagements.
- 28 • Verzicht auf gesetzliche Vorgaben zugunsten einzelner Finanzprodukte oder
- 29 Anlageklassen, sowie die Anforderungen an Sicherheit, Rentabilität, Liquidität
- 30 und angemessene Mischung und Streuung erfüllt werden.
- 31 **Keine Ausnahmegenehmigungen für Hochrisikogeschäfte.**
- 32 Die Landesbehörde soll keine Abweichungen der gesetzlichen Quoten nach §7 Abs. 2
- 33 VersAufsVO mehr zulassen, welche den Anteil von Hochrisikogeschäften am Vermögen

34 erhöht.

35 **Anpassung der Stresstest und Solvabilitätsmodelle.**

36 Die aktuellen Solvabilitätsmodelle sollen gesetzlich so angepasst werden, dass der
37 Anlagehorizont besser berücksichtigt wird. Beiträge junger Mitglieder unterliegen
38 anderen Risikoklassen und können deutlich langfristiger angelegt werden als Beiträge
39 älterer Mitglieder. Die Versorgungswerke sollten nicht mehr gezwungen werden ihre
40 Quoten und Anlagen in renditebremsende Staatsanleihen zu erhöhen.

41 **Verbindliche Eignungskriterien für Entscheidungsträger**

42 Gesetzliche Verankerung von Mindset-Qualifikationskriterien oder verpflichtender
43 Schulungen im Landesversicherungsaufsichtsgesetz für Personen in Aufsichts- und
44 Anlagegremien der Versorgungswerke.

45 **Verpflichtende Transparenz und Publizitätspflichten**

46 Zur Verbesserung der Transparenz sollen alle Versorgungswerke in NRW gesetzlich dazu
47 verpflichtet werden einen verständlichen und transparenten Risikobericht an ihre
48 Mitglieder zur Verfügung zu stellen.

49 **Wahlfreiheit bei der Altersvorsorge**

50 Die Landesregierung soll sich im Bundesrat für eine bundesgesetzliche Regelung
51 einsetzen, die Mitgliedern berufsständischer Versorgungswerke unter klar definierten
52 Voraussetzungen eine Befreiung von der Pflichtmitgliedschaft ermöglicht, wenn sie
53 eine gleichwertige und langfristig gesicherte eigenständige Altersvorsorge nachweisen
54 können.

55 Dabei soll insbesondere sichergestellt werden, dass durch die Wahlfreiheit keine
56 unvertretbaren Risiken für die langfristige finanzielle Stabilität der
57 Versorgungswerke oder eine spätere Belastung der Allgemeinheit entstehen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 16: Zurück zur Landes- und Bündnisverteidigung – Zeitenwende ernstnehmen

Laufende Nummer: 16

Antragsteller*in:	Lennart Poll, Torben Hundsdörfer, Frederik Bottermann, Janik Büsching, Paul Wetzler, Fabian Behrens, Tom Hinz, Paolo Aguilar Sanchez, Lasse Hundsdörfer
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	5. Außen, Verteidigung

Die Versammlung möge beschließen:

1 Die Illusion eines dauerhaften Friedens in Europa ist zerbrochen. Der brutale,
2 imperialistische Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine markiert nicht nur das
3 Ende einer Ära, sondern ist auch die offene Eskalation eines längst begonnenen
4 Konflikts. Deutschland und seine Verbündeten sind Zielscheibe permanenter hybrider
5 Angriffe, die von Desinformationskampagnen über Cyberattacken auf kritische
6 Infrastruktur bis hin zu politischer Einflussnahme reichen. Wir befinden uns in einer
7 dauerhaften „Phase 0“ – einem Zustand des Wettbewerbs unterhalb der Schwelle eines
8 offenen Krieges, in dem unsere offene Gesellschaft gezielt geschwächt werden soll.

9 Diese neue Realität erfordert eine grundlegende Neubewertung unserer
10 Verteidigungsfähigkeit, die weit über Material und Berufssoldaten hinausgeht. Sie
11 verlangt nach einer gesamtgesellschaftlichen Resilienz und einer personell
12 aufwuchsfähigen Bundeswehr, um glaubwürdige Abschreckung zu gewährleisten. Angesichts
13 einer zunehmenden Fokussierung der USA auf den Systemrivalen China ist eine
14 signifikante Stärkung der deutschen Verteidigungsfähigkeit unabdingbar.

15 **Deshalb fordern wir Jungen Liberalen konkret:**

16 **1. Einführung eines modernen Wehrdienstes von bis zu sechs Monaten**

17 Wir fordern die Einführung eines neuen, modernen Wehrdienstes mit einer flexiblen
18 Dienstdauer von bis zu sechs Monaten, der es jungen Menschen ermöglicht, den Dienst
19 bestmöglich in ihre persönliche Lebens- und Bildungsplanung zu integrieren. Der
20 Wehrdienst kann dabei auch modular in mehreren Abschnitten von jeweils einem Monat
21 innerhalb eines Zeitraums von bis zu sechs Jahren abgeleistet werden. Dieser Dienst
22 ist im Sinne der Wehrgerechtigkeit und Gleichberechtigung für alle Geschlechter zu
23 leisten. Ein solch tiefgreifender Eingriff in die individuelle Freiheit ist
24 ausschließlich durch die Notwendigkeit der Landes- und Bündnisverteidigung
25 legitimiert. Eine allgemeine Dienstpflicht, die über diesen Zweck hinausgeht, lehnen
26 wir entschieden ab. Das im Grundgesetz verankerte Recht auf Kriegsdienstverweigerung
27 aus Gewissensgründen bleibt unangetastet. Für Kriegsdienstverweigerer wird ein
28 Ersatzdienst geschaffen, der einen direkten Beitrag zur Stärkung der
29 gesamtstaatlichen Verteidigungsfähigkeit und Resilienz leistet, beispielsweise bei
30 der Feuerwehr, im Katastrophenschutz, im Sanitätswesen oder in der
31 Logistikunterstützung der Streitkräfte.

32 **2. Attraktivitätsoffensive I: Exzellente Ausstattung und moderne Beschaffung**

33 Die beste Motivation und höchste Personalstärke sind wertlos, wenn die Soldatinnen
34 und Soldaten nicht mit Material ausgestattet sind, das im Ernstfall funktioniert,

schützt und überlegen ist. Wir fordern daher eine radikale Kehrtwende in der Beschaffungspolitik der Bundeswehr. Der Grundsatz muss lauten: „off-the-shelf“ statt „Goldrandlösung“. Wir kaufen, was auf dem Markt bewährt und verfügbar ist. Eine 80-Prozent-Lösung, die heute zur Verfügung steht, ist besser als eine 100-Prozent-Lösung in 15 Jahren. Das dysfunktionale und lähmend langsame Beschaffungswesen muss durch die Abschaffung der 25-Millionen-Euro-Vorlage für den Haushaltsausschuss und die Stärkung der exekutiven Verantwortung des Verteidigungsministeriums fundamental reformiert werden.

3. Attraktivitätsoffensive II: Dienst für die Freiheit als persönlicher Gewinn

Wer dem Land dient, investiert Lebenszeit. Diese Investition muss sich lohnen. Wehr- und Ersatzdienst dürfen keine verlorene Zeit sein, sondern müssen zu einem echten Karriere-Booster und einer Chance für die persönliche Entwicklung werden. Wir fordern daher einen Baukasten an zivilen Vorteilen: Die unkomplizierte und bundesweit einheitliche Anrechnung von Dienstzeiten als Wartesemester oder ECTS-Punkte für ein Studium muss Standard werden. Der Erwerb zivil anerkannter Qualifikationen – vom LKW-Führerschein über IT-Zertifikate bis hin zu Projektmanagement-Trainings – muss fester und garantierter Bestandteil des Dienstes sein. Zudem fordern wir die Einführung eines degressiv gestaffelten „Freiheits-Bonus“. Dieses nach Beenden des Wehrdienstes ausgezahlte Startkapital soll jungen Menschen den Weg in die Selbstständigkeit, zum Erwerb von Wohneigentum oder in die weitere Ausbildung erleichtern. Zudem sollen finanzielle Ansprüche auf den Bundesförderungsdienst verlängert und erhöht werden, um weitere Anreize für eine Dienstzeitverlängerung über den Wehrdienst hinaus zu schaffen.

4. Stärkung der Reserve als strategisches Rückgrat

Die volle Wirksamkeit eines kurzen Wehrdienstes entfaltet sich erst durch eine schlagkräftige, gut ausgebildete und sofort abrufbare Reserve. Daher sind alle Absolventinnen und Absolventen des Wehrdienstes im Anschluss für eine Dauer von mindestens sechs Jahren in der Reserve grundbeordert (GBO). Diese Beordnung darf nicht nur auf dem Papier existieren. Wir fordern für alle GBO-Angehörigen eine verpflichtende Mindestübungszeit von zwei Wochen pro Jahr. Diese Übungen müssen flexibel aufteilbar und unbürokratisch zu leisten sein, um die Vereinbarkeit mit Studium, Ausbildung und Beruf zu gewährleisten. Die Reserve muss organisch in die aktive Truppe integriert werden. Nur so wird sichergestellt, dass Reservisten im Verteidigungsfall als eingespieltes Team und nicht als isolierte Individuen agieren können. Die Reserve ist das strategische Rückgrat unserer aufwuchsfähigen Streitkräfte.

Begründung

1. Die neue Realität: Unmissverständliche Bedrohungslage und Ende der Friedensdividende

Die sicherheitspolitische Lage in Europa hat sich fundamental und dauerhaft verändert. Der großangelegte, brutale Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ist kein isoliertes Ereignis, sondern der vorläufige Höhepunkt einer seit Jahren andauernden imperialistischen Politik des Kremls. Führende Militärs und Nachrichtendienste der NATO warnen unmissverständlich, dass Russland nach einer möglichen Konsolidierung seiner Position in der Ukraine innerhalb von drei bis fünf Jahren in der Lage und willens sein könnte, das NATO-Bündnisgebiet direkt anzugreifen. Wir befinden uns bereits heute in

einer „Phase 0“ des Konflikts: Deutschland ist Ziel permanenter hybrider Angriffe, die von Desinformationskampagnen zur Spaltung unserer Gesellschaft, über Cyberangriffe auf kritische Infrastruktur bis hin zu Sabotageakten reichen. Diese Realität zu ignorieren, wäre grob fahrlässig und würde die Sicherheit zukünftiger Generationen aufs Spiel setzen. Die Zeit der „Friedensdividende“, in der Streitkräfte primär als Instrument für Auslandseinsätze zur Krisenbewältigung verstanden wurden, ist unwiderruflich vorbei.

2. Deutschlands strategische Schlüsselrolle und die Grenzen der Bündnisgarantie

Innerhalb der NATO kommt Deutschland aufgrund seiner geografischen Lage, seiner Wirtschaftskraft und seiner Bevölkerungsgröße eine herausragende, nicht delegierbare Verantwortung zu. Wir sind die strategische Drehscheibe und die logistische Tiefe des Raumes für jede Bündnisverteidigung an der NATO-Ostflanke. Truppenverlegungen, Nachschub und die Versorgung Verwundeter müssen über und durch Deutschland organisiert werden. Eine nicht oder nur unzureichend verteidigungsfähige Bundesrepublik wäre daher kein Bündnispartner, sondern eine strategische Last, die das gesamte Bündnis lähmt.

Zudem müssen wir der Realität ins Auge sehen: Der bedingungslose Verlass auf die Schutzgarantie der USA ist brüchig geworden. Die strategische Neuausrichtung Washingtons auf den indopazifischen Raum sowie innenpolitische Unwägbarkeiten zwingen Europa, die Hauptlast der konventionellen Abschreckung auf unserem Kontinent selbst zu tragen. Eine nüchterne militärische Analyse zeigt: Die europäischen NATO-Staaten ohne die USA und die Türkei verfügen über geringere konventionelle Streitkräfte als Russland. Die Wiederherstellung der militärischen Handlungsfähigkeit, insbesondere Deutschlands als zentralem Akteur, ist daher keine Option, sondern eine Überlebensnotwendigkeit für ein freies Europa.

3. Der Wehrdienst als Fundament der Wehrhaftigkeit: Ausbildung, Resilienz und Aufwuchsfähigkeit

Eine reine Berufsarmee, so professionell sie auch sein mag, kann die für eine glaubhafte Landes- und Bündnisverteidigung erforderliche personelle Masse und Durchhaltefähigkeit allein nicht erbringen. Hier setzt die Logik des modernen Wehrdienstes an:

– **Effektive Ausbildung in bis zu sechs Monaten:** In einem sechsmonatigen Wehrdienst können die essenziellen militärischen Grundfertigkeiten vermittelt werden, die das Fundament jedes Soldaten bilden. Dazu gehören: Waffen- und Schießausbildung, Gefechtsdienst aller Truppen (Bewegung im Gelände, Tarnung, Sicherung), Selbst- und Kameradenhilfe unter Gefechtsbedingungen, ABC-Abwehr und die Grundlagen des Fernmeldewesens. Diese Fähigkeiten sind wie Fahrradfahren oder Schwimmen: Einmal verinnerlicht, sind sie auch nach Jahren durch kurze Auffrischungsübungen schnell reaktivierbar. Sie bilden das „Muskelgedächtnis“ des Soldaten.

– **Schaffung personeller Aufwuchsfähigkeit:** Der Wehrdienst generiert eine breite Basis an grundausgebildetem Personal, das im Spannungs- oder Verteidigungsfall kurzfristig mobilisiert werden kann. Nur so kann die Bundeswehr von ihrer Friedens- auf ihre Kriegsstärke aufwachsen, Verluste ausgleichen und über einen längeren Zeitraum hinweg den Kampf führen. Ohne diesen Aufwuchs wäre die aktive Truppe nach kurzer Zeit verbraucht.

– **Stärkung des Heimatschutzes und der Tail-to-Tooth-Ratio:** In einem modernen Krieg findet der Kampf nicht nur an der Front statt. Die Sicherung des eigenen Territoriums, der Schutz kritischer Infrastruktur (Häfen, Flughäfen, Brücken, Energieanlagen) und die Aufrechterhaltung logistischer Versorgungslinien sind kriegsentscheidend. Diese Aufgaben des Heimatschutzes binden enorme Kräfte. Durch eine große, wehrdienstbasierte Reserve können diese Aufgaben wahrgenommen werden, ohne die hochprofessionellen und spezialisierten Kampftruppen („Tooth“) von ihrer Hauptaufgabe an der Front abzuziehen. Dies verbessert die sogenannte „Tooth-to-Tail-Ratio“ (das Verhältnis von Kampftruppen zu Unterstützungskräften) massiv und steigert die gesamtstaatliche Resilienz. Die Unterstützungskräfte („Tail“) sind das Rückgrat, das es der Kampftruppe erst ermöglicht, effektiv zu operieren. Ein Wehrdienst

ist der effizienteste Weg, diesen notwendigen, personell umfangreichen „Tail“ zu generieren.

4. Attraktivität nicht als Luxus, sondern als strategische Notwendigkeit

Ein moderner Wehrdienst im 21. Jahrhundert kann nicht mehr auf reinem Zwang basieren. Um die besten und motiviertesten jungen Menschen zu gewinnen und sie möglicherweise für eine weiterführende Karriere in den Streitkräften zu begeistern, muss der Dienst als spürbarer persönlicher Gewinn wahrgenommen werden.

– **Exzellente Ausstattung ist eine Frage des Respekts und der Effektivität:** Ein Soldat, dem der Staat das ultimative Opfer abverlangen könnte, hat Anspruch auf die bestmögliche Ausrüstung, die ihn schützt und seinen Auftrag erfüllen lässt. Fehlendes oder defektes Material ist nicht nur demotivierend, sondern im Ernstfall tödlich. Eine schnelle, pragmatische und am Bedarf der Truppe orientierte Beschaffung ist daher Grundvoraussetzung.

– **Zivile Vorteile als faire Kompensation:** Die Investition von bis zu sechs Monaten Lebenszeit muss sich für den Einzelnen lohnen. Die Anrechnung für Studium, der Erwerb ziviler Qualifikationen und ein finanzieller „Freiheits-Bonus“ sind keine Geschenke, sondern eine intelligente Investition. Sie erhöhen die Akzeptanz des Dienstes in der Gesellschaft und stellen sicher, dass die Bundeswehr als moderner und attraktiver Akteur wahrgenommen wird, der seinen Bürgern nicht nur etwas abverlangt, sondern ihnen auch etwas zurückgibt.

Dieser Antrag ist somit die logische Konsequenz aus der Analyse der neuen sicherheitspolitischen Realität. Er legt das Fundament für eine Bundeswehr, die ihren Kernauftrag – die Verteidigung Deutschlands und seiner Verbündeten – wieder glaubhaft erfüllen kann. Es ist ein notwendiger Schritt, um unsere Freiheit, unsere Sicherheit und unsere Werte in einer zunehmend gefährlichen Welt zu sichern.

Antrag 15: Vom Zwangsbon zum Gewinnlos – Steuerehrlichkeit durch Anreiz statt Pflicht

Laufende Nummer: 15

Antragsteller*in:	BV Westfalen-West, BV Ostwestfalen-Lippe · BV Westfalen-Süd
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	2. Wirtschaft, Energie, Finanzen

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Seit dem 1. Januar 2020 gilt in Deutschland die sogenannte Bonpflicht nach § 146a
- 2 Abs. 2 AO in Verbindung mit der Kassensicherungsverordnung. Jeder Betrieb mit
- 3 elektronischer Registrierkasse muss für jeden noch so kleinen Kauf einen Beleg
- 4 ausdrucken und aushändigen, ob der Kunde ihn will oder nicht. Das Ergebnis ist
- 5 branchenweit bekannt. Der Bon landet in den allermeisten Fällen ungelesen im nächsten
- 6 Mülleimer. Millionen Kilometer BPA-belastetes Thermopapier werden jährlich
- 7 produziert, ohne dass ein einziger zusätzlicher Euro Steuerhinterziehung dadurch
- 8 aufgedeckt würde. Die eigentliche Betrugsprävention leistet längst die technische
- 9 Sicherheitseinrichtung im Kassensystem. Die Pflicht zur physischen Aushändigung ist
- 10 ein bürokratisches Anhängsel ohne eigenständigen Nutzen.
- 11 Dass es auch anders geht, zeigt Taiwan seit 1951. Dort ist jeder Kassenbon zugleich
- 12 ein Los der staatlichen „Uniform Invoice Lottery“. Alle zwei Monate zieht die
- 13 Regierung in einer live übertragenen Ziehung Gewinnnummern, die mit den letzten
- 14 Ziffern der auf dem Bon aufgedruckten Belegnummer übereinstimmen müssen. Die Gewinne
- 15 reichen von wenigen hundert bis zu zehn Millionen Taiwan-Dollar. Der Effekt ist
- 16 eindeutig. Verbraucher bestehen aktiv auf ihrem Bon, weil er ihnen etwas wert ist.
- 17 Bereits im ersten Jahr der Einführung stiegen die Steuereinnahmen des taiwanesischen
- 18 Fiskus um 75 Prozent. Bis heute bleiben bei nahezu jeder Ziehung Millionenbeträge an
- 19 nicht abgeholten Gewinnen liegen. Das ist ein Beleg dafür, wie tief die Bon-Kultur im
- 20 Alltag verankert ist, ganz ohne Zwang.
- 21 Der Unterschied zwischen beiden Systemen ist der Unterschied zwischen liberaler und
- 22 paternalistischer Politik. Deutschland zwingt jedem Bürger ein Stück Papier auf, das
- 23 er nicht will, und erreicht damit nichts. Taiwan schafft einen echten Anreiz,
- 24 freiwillig das Richtige zu tun, und erreicht damit alles. Wir Jungen Liberalen wollen
- 25 keine Politik des Zwangs ohne Wirkung, sondern des Anreizes mit Wirkung.
- 26 Vor diesem Hintergrund fordern wir Jungen Liberalen Folgendes:
- 27 1. Abschaffung der Bonpflicht
- 28 Die Pflicht zur Aushändigung eines Kassenbelegs nach § 146a Abs. 2 AO ist ersatzlos
- 29 zu streichen. Die technische Aufzeichnungspflicht über die zertifizierte technische
- 30 Sicherheitseinrichtung bleibt zur Betrugsprävention vollumfänglich bestehen,
- 31 lediglich der Zwang zur physischen Übergabe an den Kunden entfällt. Ein Beleg wird
- 32 weiterhin auf Wunsch ausgehändigt oder digital bereitgestellt.
- 33 2. Einführung einer bundesweiten Bon-Lotterie nach taiwanesischem Vorbild
- 34 Jeder über eine TSE erfasste Kassenvorgang erhält automatisch eine eindeutige,
- 35 staatlich generierte Losnummer.

Bei der Ziehung zieht eine unabhängige Stelle, zum Beispiel das Bundeszentralamt für Steuern, im Zwei-Monats-Rhythmus öffentlich und live übertragen die Gewinnnummern.

Für die Bon-Lotterie steht ein jährliches Gewinnvolumen von 24 Millionen Euro zur Verfügung, finanziert aus einem festen Anteil der durch die Reform zusätzlich generierten Steuereinnahmen. Die Gewinnstruktur setzt bewusst auf Breite statt auf einzelne Rekordsummen. Der überwiegende Teil des Volumens wird als viele kleine und mittlere Gewinne zwischen 5 und 500 Euro ausgeschüttet, damit möglichst viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer tatsächlich etwas gewinnen und der Anreiz in der Breite wirkt. Ergänzend gibt es wenige größere Gewinne bis in den sechsstelligen Bereich, die der Ziehung zusätzliche Aufmerksamkeit verschaffen.

Bei der Teilnahmeberechtigung ist jede Losnummer eigenständig gültig, unabhängig davon, ob der Kunde den Papierbeleg physisch mitnimmt.

3. Digitale statt analoge Umsetzung

Anders als im taiwanesischen Original setzen wir auf ein digitales Verfahren. Die Losnummer wird per QR-Code auf dem Beleg oder direkt im ELSTER-Konto beziehungsweise einer eigenen Bon-Lotterie-App hinterlegt. Verbraucher können ihre Teilnahme papierlos verwalten, wodurch der ökologische Vorteil der abgeschafften Bonpflicht erhalten bleibt, statt durch eine neue Zettelwirtschaft konterkariert zu werden.

4. Keine neue Bürokratie für Betriebe

Die Erzeugung der Losnummer erfolgt automatisiert im ohnehin verpflichtenden TSE-Datensatz. Für Unternehmen entsteht kein zusätzlicher Melde- oder Verwaltungsaufwand. Im Gegenteil, insbesondere kleine Betriebe wie Bäckereien, Kioske und Marktstände sparen durch den Wegfall der Bonpflicht Kosten für Bonrollen, Drucker und Wartung.

5. Evaluierung nach drei Jahren

Nach drei Jahren ist die Bon-Lotterie unabhängig auf ihre Wirkung auf Belegquote und Steuermehreinnahmen zu evaluieren. Bei nachgewiesenem Erfolg ist sie dauerhaft zu verankern, andernfalls sind Gewinnstruktur und Ziehungsrythmus anzupassen.

Begründung

1. Die Bonpflicht ist wirkungsloser Bürokratismus

Die 2020 eingeführte Bonpflicht sollte Kassenmanipulation erschweren. Tatsächlich leistet diese Aufgabe längst die technische Sicherheitseinrichtung, die jeden Kassenvorgang fälschungssicher protokolliert. Die zusätzliche Pflicht zur physischen Aushändigung schafft keinen eigenständigen Kontrollmehrwert, sondern ausschließlich Kosten, für Betriebe in Form von Bonrollen und Wartungsaufwand, für die Umwelt in Form von BPA-belastetem Thermopapier, das in den allermeisten Fällen ungenutzt entsorgt wird. Eine Regelung, die niemand will und niemand nutzt, gehört abgeschafft.

2. Das Taiwan-Modell beweist, dass Anreiz Zwang schlägt

Taiwan löst seit 1951 exakt das Problem, das die deutsche Bonpflicht vorgibt zu lösen, nämlich die lückenlose Erfassung von Bareinnahmen zur Sicherung des Steueraufkommens. Der Unterschied liegt im Mechanismus. Statt Unternehmen und Kunden zur Bonausgabe beziehungsweise -mitnahme zu zwingen, macht Taiwan den Bon selbst zu etwas Begehrtem. Der Effekt ist messbar. Im ersten Jahr nach Einführung stiegen die Steuereinnahmen um 75 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Auch heute, mehr als 70 Jahre später, bleiben bei jeder Ziehung Gewinne in Millionenhöhe unabgeholt liegen. Das ist ein Indiz für die schiere Masse an Belegen, die im Umlauf sind, weil Menschen sie aktiv verlangen und aufbewahren.

3. Deutschlands Bargeldproblem braucht eine intelligente statt eine bürokratische Antwort

Schwarzarbeit und nicht erfasste Bareinnahmen sind in bargeldintensiven Branchen wie Gastronomie, Handwerk und Einzelhandel weiterhin ein relevantes Problem. Klassische Kontrollinstrumente wie die Kassen-Nachschau sind personalintensiv, punktuell und wirken erst im Nachhinein. Eine Bon-Lotterie verlagert die Kontrolle auf Millionen tägliche Transaktionen, die von den Kunden selbst im eigenen finanziellen Interesse überwacht werden, zu Grenzkosten von nahezu null für den Staat.

4. Liberale Grundüberzeugung heißt Anreiz statt Formularpflicht

Die Bonpflicht ist ein klassisches Instrument des Verordnungsstaates. Sie zwingt allen Bürgern eine Handlung auf, unabhängig von deren tatsächlichem Interesse. Die Bon-Lotterie kehrt dieses Prinzip um. Niemand wird gezwungen, einen Bon mitzunehmen, aber jeder, der es tut, hat etwas davon. Das ist der Unterschied zwischen einer Politik, die Verhalten befiehlt, und einer Politik, die Verhalten belohnt. Als Junge Liberale setzen wir auf Anreize statt auf Vorschriften, wo immer dies möglich ist.

5. Fazit

Dieser Antrag verbindet Entbürokratisierung mit besserer Steuerehrlichkeit. Er streicht eine wirkungslose Pflicht und ersetzt sie durch einen Mechanismus, der in Taiwan seit über 70 Jahren beweist, dass Anreiz wirksamer ist als Zwang. Deutschland kann daraus lernen, dass gute Politik nicht mehr Vorschriften braucht, sondern klügere.

Weg vom Zwangsbö, hin zum Gewinnschein, Steuerehrlichkeit, die sich lohnt!